Montag, 28. Februar 1983 - D
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland ..., Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg ...

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 49 - 9.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf.10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 - 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

POLITIK

Libanon bietet Israel Garantien an

AFP/AP, Beirut

Optimistisch über die israelisch-libanesischen Verhandlungen haben sich am Wochenende Sprecher beider Seiten geäußert. Der libanesische Regierungschef Shafik al Wazzan erklärte, es bestünden „vernünftige Aussichten" auf einen baldigen Abzug der israelischen Truppen aus Libanon. Der Leiter der israelischen Delegation bei den Verhandlungen, David Kimche, sagte, die Gespräche machten „befriedigende Fortschritte", da beide Seiten guten Willens seien. Der Nahost-Sonderbotschafter von US-Präsident Reagan, Philip Habib, flog gestern mit neuen libanesischen Vorschlägen für ein Truppenabzugs-Abkommen von Beirut nach Israel. Wie von offizieller Seite in Beirut verlautete, ist vor allem die Frage der von Israel geforderten Sicherheits-Garantien und des Rahmens künftiger bilateraler Beziehungen strittig. Nach Angaben von Shafik al Wazzan ist seine Regierung bereit, über die mögliche Stationierung einer multinationalen Truppe in Südlibanon zu verhandeln. Sie sei zu Sicherheits-Garantien bereit, die jegliche israelische Präsenz in Südlibanon überflüssig machten.

ZITAT DES TAGES



„Wir sollten uns sehr anstrengen, daß wir den hohen Lebensstandard, den wir erreicht haben, auch verteidigen. Und dazu gehören solide Staatsfinanzen."

Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, in seiner Warnung vor einer Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahmen. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

„Mehr Zeitsoldaten"

dpa/AP, Berlin

In der „Nationalen Volksarmee" NVA) der „DDR" soll der Anteil der Soldaten auf Zeit beziehungsweise der Berufssoldaten weiter erhöht werden. Wie das Informationsbüro West (IWE) berichtete, haben die Wehrkreiskommandos der NVA in Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation FDJ und der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik" sowie Betrieben und Schulen ihre Aktivitäten zur Anwerbung von Längerdienenden verstärkt. 30 Prozent der wehrpflichtigen Jugendlichen im Bezirk Magdeburg hätten schriftlich ihre Bereitschaft geäußert, als Zeit- oder Berufssoldaten in der NVA zu dienen.

Raketen einsatzbereit

rtr, Tel Aviv

Die Sowjetunion hat nach Angaben aus israelischen Militärkreisen die Installation von vier Batterien der Boden-Luft-Rakete SAM-5 in Syrien abgeschlossen. Es sei das erste Mal, daß diese Luft-Abwehrraketen außerhalb Europas stationiert worden seien, hieß es gestern weiter. Den Kreisen zufolge stellen die Raketen eine direkte Bedrohung für das fliegende Frühwarnsystem Israels sowie eine mögliche Gefahr für die Maschinen der im Mittelmeer operierenden amerikanischen Flugzeugträger dar.

WETTER

Regnerisch

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet und Berlin stark bewölkt, zeitweise Regen, der im Süden länger anhält. Tagestemperaturen 5 bis 10 Grad, nachts um 3 Grad.

Blüm weist Zweifel des DGB zurück

ms. Bonn

Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) hat Zweifel aus dem Gewerkschaftslager an der Bereitstellung von zusätzlich 30 000 Ausbildungsplätzen im Jahr 1983 zurückgewiesen. Gegenüber der WELT sagte Blüm gestern, aus diesen „pausenlosen Zweifeln" spreche der „blanke Neid" darüber, daß Bundeskanzler Kohl diese Vereinbarung auf freiwilliger Basis mit den Repräsentanten der deutschen Wirtschaft gelungen sei. 1983 würden 650 000 Ausbildungsverhältnisse auslaufen. Hinzu kämen die 30 000 neuen Ausbildungsplätze. Erwartet würden insgesamt 660 000 Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Dies bedeute, so sagte Blüm, daß jeder einen Ausbildungsplatz erhalte, wenn auch nicht jeder in seinem „Traumberuf und in seinem Heimatort". Wenn die SPD sich jetzt als „Panikmacher" betätige, dann führe dies zur Torschlußpanik vieler Jugendlicher. Blüm: „Das führt dazu, daß viele bis zum letzten Tag, obwohl sie eine feste Zusage haben, sich weiterhin bewerben und damit die Lehrstellenübersicht verzerren und Ausbildungsplätze blockieren."

Urteil von Genua

rtr/F. M. Rom

Patrizio Peci, Italiens prominentester „reumütiger" Rotbrigadist, kommt frei. Obwohl er selbst die Mittäterschaft an acht von der Terrororganisation verübten Morden zugegeben hat, verfügte ein Schwurgericht in Genua am Wochenende seine Haftentlassung. Aufgrund seiner Aussagen konnte die Polizei entscheidende Schläge gegen die Terrororganisation erzielen. In dem einmonatigen Prozeß in Genua waren insgesamt 21 Mitglieder der Terrorgruppe angeklagt. Vier Terroristen erhielten Freiheitsstrafen bis zu 28 Jahren, sieben wurden freigesprochen, darunter der „reuige" Peci.

Warnstreiks

gba. Bonn

Von morgen an wird die IG Metall bundesweit mit Warnstreiks Druck auf die Metall-Arbeitgeber auszuüben versuchen, um ihre Forderungen in der diesjährigen Tarifrunde durchzusetzen. Die Friedenspflicht der Gewerkschaft endet heute um Mitternacht. Die IG Metall fordert in den verschiedenen Tarifbezirken bis zu 6,5 Prozent höhere Einkommen, hat aber den Ausgleich der erwarteten Preissteigerung in diesem Jahr als eigentliches Ziel der Lohnrunde bezeichnet. Die Metall-Arbeitgeber halten die beabsichtigten Warnstreiks für rechtlich nicht zulässig.

WIRTSCHAFT

Ifo: Klimaverbesserung

rtr, München

Eine weitere Besserung des Geschäftsklimas in der deutschen Industrie und eine nachlassende Tendenz zu Produktionseinschränkungen hat das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt. In einem Ifo-Konjunkturtest beurteilen die Firmen im Januar sowohl ihre aktuelle Lage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate besser, obgleich diese Tendenz weniger ausgeprägt als im Dezember gewesen sei. Seite 9

SPORT

Eine Runde weiter

DW. Bonn

Die Handball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik hat sich für die Endrunde der B-Weltmeisterschaft in Holland nach zwei Siegen qualifiziert. Dem 22:18-Erfolg über Frankreich folgte gestern ein 19:10 gegen Holland. Heute trifft die deutsche Mannschaft auf die CSSR. – Jupp Derwall, Bundestrainer der Fußball-Nationalmannschaft, ist überraschend nach Barcelona geflogen. Er hat dort mit Bernd Schuster über die Zukunft der Mannschaft geredet. Ein Gespräch mit dem Hamburger Felix Magath folgt in der nächsten Woche.

Seiten 12, 13, 14

Heute in der WELT

Fall Franke, Hirt: Für weitere 723 000 Mark Ausgaben ohne Beleg

Sonderzahlungen an Anwalt Stange / Urkundenfälschung?

MANFRED SCHELL, Bonn

Die finanziellen Ungereimtheiten im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen während der Amtszeit des früheren Ministers Egon Franke (SPD) sind offensichtlich weitaus größer als bisher in der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Dies ergibt sich aus amtlichen Unterlagen, die der WELT vorliegen. Danach ist nicht nur der Verbleib von 5,56 Millionen Mark ungeklärt, es geht darüber hinaus um die Verwendung von 723 000 Mark, die das Ministerium in den Jahren 1980 bis 1982 dem Westberliner Rechtsanwalt Stange – neben dessen Jahrespauschalhonorar – „für nicht zu belegende Sonderauslagen" zur Verfügung gestellt hat.

Diese Sonderzahlungen an den Rechtsanwalt Stange sind auch deshalb bemerkenswert, weil ihm zunächst 1977 nur die Genehmigung erteilt worden war, Ausgaben „bis zu 15 000 Mark" ohne Nachweis zu machen. Damit sollten Ausgaben, die nicht vorhersehbar, aber sofort geleistet werden mußten, abgedeckt werden. Diese Sonderzahlungen, für deren Verwendung kein Nachweis geliefert werden mußte, wurden 1980 plötzlich von 15 000 auf 60 000 Mark, 1981 auf 107 100 Mark und 1982 sogar auf 556 200 Mark erhöht. Wofür diese Summen verwendet worden sind, ist nicht geklärt.

Die Erhöhung steht weder zur Entwicklung der Jahreshonorare noch zu den zu erfüllenden Aufgaben in einem angemessenen Verhältnis. Immerhin hat Rechtsanwalt Stange für seine Bemühungen in den Jahren 1980 bis 1982 ein Pauschalhonorar von 1,7 Millionen Mark erhalten. Dieses Honorar ist beträchtlich höher als das des Ostberliner Rechtsanwalts Vogel.

Im Zentrum der Kritik steht der frühere Ministerialdirektor im innerdeutschen Ministerium, Edgar Hirt. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, er habe die Caritas, die sich ihrerseits außerordentlich korrekt verhalten und im guten Glauben gehandelt hat, angewiesen, für die 5,56 Millionen Mark „einen fingierten Verwendungsnachweis zu erstellen". Der zugrundeliegende Sachverhalt wird in den amtlichen Unterlagen so dargestellt: Hirt habe 1979 mit der Caritas vereinbart, neben den allgemeinen Zuwendungen für humanitäre Aufgaben eine „Sonderzuwendung mit der Zweckbestimmung Kauf medizinisch-technischer Geräte" zu leisten. Von dieser Sonderzuwendung sollten Rechtsanwalt Stange „auf dessen Anforderung jeweils Beträge in bar" weitergezahlt werden. Zugleich sei von Hirt deutlich gemacht worden, dem eigenen Ministerium gegenüber „dürfe dies nicht erkennbar gemacht werden". Vielmehr sei in den Verwendungsnachweisen die Zweckbindung aufgrund von „Beschaffungsbelegen" nachzuweisen, die bei der Ausgabe von Caritas-eigenen Mitteln angefallen sind. Hier dürfte der Ansatz für ein eventuelles Ermittlungsverfahren gegen Hirt und Franke nicht nur wegen des Verdachts der Untreue, sondern auch der Urkundenfälschung liegen.

Die Caritas hat Behörden gegenüber erklärt, sie habe sich zwar wegen der auf Anweisung von Hirt „oft sehr kurzfristig" an Rechtsanwalt Stange auszuzahlenden Barbeträge Gedanken gemacht, zumal da der Anwalt für seine Aufgaben Honorare direkt aus den Mitteln des Ministeriums bekomme. Die Caritas versicherte aber, sie habe angesichts der Amtsstellung von Hirt keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit und auch nicht am Sinn dieses Verfahrens gehabt, obwohl ihr nicht bekannt wurde, welchem

● Fortsetzung Seite 8

„SPD für acht Jahre in die Opposition"

Interview mit dem Historiker Golo Mann über die Bedeutung der Bundestagswahl

DW. Bonn

Der Historiker Professor Golo Mann hat den Sozialdemokraten empfohlen, für acht Jahre in der Opposition zu bleiben, um ihre inneren Konflikte zu bereinigen. Mit Mann sprach Hans-Erich Bilges.

Frage: Alle führenden deutschen Politiker sagen, die Wahl am 6. März sei von historischer Bedeutung; ein Vergleich mit der Wahl im Jahr 1949 sei angebracht.

Golo Mann: Die Adenauer-Wahlen, als es erst um Marktwirtschaft oder Sozialismus ging, dann um die Bundeswehr, den Atlantik-Pakt, die EWG, waren gewiß noch entscheidender. Aber für die nächsten acht Jahre bedeuten die Wahlen vom 6. März wirklich sehr viel.

Die SPD hat sich an der Macht verbraucht, so wie die Union im Jahre 1969; die SPD sollte nun einmal für acht Jahre in die Opposition gehen, um ihre inneren Konflikte zu bereinigen. Hans-Jochen Vogel mag durchaus in guter Verfassung sein, aber Helmut Schmidt war das auch. Und doch ist er, wie wir von seinem engsten Vertrauten, Herrn Bölling hörten, weit mehr an seiner eigenen Partei gescheitert als an den Liberalen. In fünf Monaten kann sich daran kaum etwas geändert haben.

Im übrigen sollte in der parlamentarischen Demokratie überhaupt ab und an ein Wechsel sein. Vier Jahre sind zu kurz und 12 Jahre zu lang; acht ist das richtige. Und bloße fünf Wintermonate, das wäre ja reiner Unsinn. Natürlich wäre es besser gewesen, man hätte auf Franz-Josef Strauß gehört und gleich im Oktober gewählt. Aber jetzt muß es auch so gehen.

Frage: Wir haben rund 2,5 Millionen Arbeitslose, stecken wirtschaftlich in einer schweren Krise, geht es mit den Deutschen bergab?

Golo Mann: Die gegenwärtige Krise wird überwunden werden. Die Amerikaner, von denen soviel abhängt, sind da optimistisch. Aber die goldenen 50er, 60er, 70er Jahre, als jeder Student, auch der mit dem schlechtesten Examen, ohne Schwierigkeiten eine passende Stellung finden konnte, die kommen nicht wieder.

Wir wissen ja, wie diese in der europäischen Geschichte beispiellose Aufwärtsbewegung zustande kam: Ein in Ruinen liegendes Land mußte wieder aufgebaut werden; die aus ihrer Heimat Vertriebenen, dann die Flüchtlinge aus der Ostzone brauchten alles neu und suchten alles neu. Der Schwung, der so entstand, übertrug sich auf andere Länder, die in einer ähnlichen Lage waren, und so kam es zu einem einzigartigen Export-Import-Handel, der obendrein durch die EWG gewaltig gefördert wurde.

Heute gibt es diesen ungeheuren Nachholbedarf nicht mehr. Und es kann das Sozialprodukt nicht in alle Ewigkeit steigen – ich meine, in der Quantität. Es wird sich vielmehr um qualitative Änderungen handeln, sagen wir um Verkehrsmittel neuen Typs. Auch das bringt Arbeit und Erträge, aber keine zu hohen mehr.

Von der Notwenigkeit des Sparens reden die Politiker ungern,

■ Fortsetzung Seite 8

Führungswechsel bei der Ruhrkohle AG

HANS BAUMANN, Essen

Der Vorsitzende des Vorstandes der Ruhrkohle AG (Essen), Karlheinz Bund, wird nach Erreichen des 60. Lebensjahres 1985 den Dienst quittieren. Der Aufsichtsrat wird am 11. März mit größter Wahrscheinlichkeit dem Wunsch Bunds entsprechen und den Vertrag mit dem Vorstandschef nur um ein Jahr verlängern und nicht, was jetzt anstand, um weitere fünf Jahre.

Zu Spannungen war es bereits vor Jahren gekommen, weil Bund eisern auf Diversifikationskurs lag und Zug um Zug die hoch subventionierte Kohleeinheitsgesellschaft ausbaute. Auch seine Auslandsaktivitäten fanden nicht immer einhellige Zustimmung, obwohl sie stets den Segen des Aufsichtsrates hatten. Die leeren Kassen der öffentlichen Hände und der Zwang zum Abbau der Subventionen hätten die Ruhrkohle AG gezwungen, die bisherige Politik aufzugeben.

Die Ruhrkohle AG hat eine Gesamtbelegschaft von rund 125 000 Personen. Im vergangenen Jahr wurden 63 Millionen Tonnen gefördert. Der Umsatz erreichte im Konzern 18 Milliarden Mark.

Seite 2: Von Knechtschaft befreit

SPD spricht von Angriff auf die Ehre Vogels

Reaktion auf Bericht über „gemeinsame HJ-Zeit"

DW. Bonn

Als einen schwerwiegenden Angriff auf die Ehre und die persönliche Integrität von Hans-Jochen Vogel bezeichnete am Sonntag SPD-Vorstandssprecher Clement einen Bericht von „Bild am Sonntag" über eine Wahlkampfveranstaltung der CSU in Rimsting (Bayern), in deren Verlauf sich der CSU-Ortsvorsitzende Ernst Holler über seine „gemeinsame Hitlerjugend-Zeit" mit Vogel geäußert hatte.

Nach Angaben Hollers soll Vogel als „Jungstammführer" Kulturbeauftragter des Hitlerjugend-Bannes 116 in Gießen gewesen sein. Vogel sei außerdem an einem „Urteil" beteiligt gewesen, das auf dem HJ-Bann gegen ihn, Holler, nach einer Schlägerei mit einem Fähnleinführer wegen „Schändung der Uniform" gefällt worden sei.

Clement bezeichnete die Vorwürfe, über die „Bild am Sonntag" aus der Wahlveranstaltung und nach einem Interview mit Holler berichtete, als „wahre Verleumdungsorgie". Vogel sei nie Jungstammführer, sondern im Rang eines Scharführers in Gießen für den Theaterring zuständig gewesen. In dieser Eigenschaft habe er sich um den gemeinsamen Besuch von Theaterveranstaltungen, um Laienspiel- und Musikgruppen und um die Vorbereitung kultureller Veranstaltungen zu kümmern gehabt.

Als frei erfunden bezeichnete Clement die Darstellungen Hollers, Vogel habe andere Mitglieder der Hitlerjugend „verurteilt" oder junge Menschen „dem Führer geweiht". Nach den übereinstimmenden Erklärungen damaliger Lehrer und Klassenkameraden habe Vogel in Wahrheit eine selbständige kritische Einstellung bewahrt, seine Vorbehalte immer wieder deutlich gemacht, bis zum Abitur am freiwilligen Religionsunterricht im Pfarrhaus teilgenommen und sich der massiven Werbung der Waffen-SS durch freiwillige Meldung zur Wehrmacht entzogen. Nach Mitteilung Clements habe Vogel unverzüglich strafrechtliche, zivilrechtliche und presserechtliche Maßnahmen ergriffen.

Seite 4: Angriffe auf Vogels Vergangenheit

Braucht Paris neues Sparprogramm?

Das französische Außenhandelsdefizit ist drastisch gestiegen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Premierminister Pierre Mauroy ist in seinen optimistischen Prognosen zur wirtschaftlichen Lage des Landes eine Woche vor wichtigen Kommunalwahlen schlagartig von den Tatsachen widerlegt worden.

Am 14. Februar hatte er in einem Fernseh-Interview gesagt, alle Ampeln der Wirtschaft stünden in Frankreich wieder auf Grün; das Schlimmste liege hinter den Franzosen. Am Wochenende wurden vom Pariser Wirtschaftsministerium die Zahlen für die Inflation und den Außenhandel im Monat Januar bekanntgegeben. Danach sind die Preise im Durchschnitt um 0,9 Prozent und damit am stärksten in der EG gestiegen.

Das Außenhandelsdefizit vergrößerte sich von weniger als sieben Milliarden Franc in den drei vorhergehenden Monaten auf 9,8 Milliarden Franc. Damit lag es nur knapp unter dem bisher schlechtesten Ergebnis vom September 1982.

Oppositionsführer Jacques Chirac nannte das Ergebnis in einem Interview eine „Katastrophe für unser Land". Ein neues Austerity-Programm sei nun unvermeidlich. Premierminister Mauroy hatte dies ausdrücklich in seinem Fernsehinterview ausgeschlossen. Der Versuch der sozialistischen Regierung – so Chirac –, ihre Mißerfolge immer mit der weltweiten Krise zu erklären, würden von niemandem mehr geglaubt, denn ein Blick über die Grenzen zeige, daß alle anderen es besser machten.

Außenhandelsminister Michel Jobert beschuldigte erneut „die Nachbarn" Frankreichs, nicht genügend französische Waren abzunehmen und damit nichts zur Verbesserung der französischen Handelsbilanz zu tun. Einen verschärften Protektionismus dagegen schloß er aus.

Staatspräsident Mitterrand nutzte die Einweihung eines neuen „Weltzentrums für das Computerwesen" in Paris zu einem ernsten Appell an die französische Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, mehr als bisher zu tun, um Frankreichs Industrie besser für die harte Konfrontation mit der Konkurrenz zu rüsten. „Wir kennen die Zahlen über unsere Verschuldung und unseren Außenhandel", sagte der Präsident in leicht gereiztem Ton vor 200 Rektoren der französischen Hochschulen. Frankreich habe „einen dramatischen Rückstand gegenüber seinen Konkurrenten, den wir nur aufholen können, wenn wir unsere Techniker und Arbeiter besser auf die Aufgaben vorbereiten, die sie am Ende dieses Jahrhunderts erwarten!".

Seite 10: Starker Einbruch

DER KOMMENTAR

Zweigleisig

BERNT CONRAD

Die Sowjets fahren wieder einmal, wie schon so oft, in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik zweigleisig. Einerseits suchen sie die Wähler in der Bundesrepublik mit einer massiven Propagandakampagne unter Druck zu setzen. Andererseits läßt Moskau im Gespräch mit dem Bonner Abrüstungsbeauftragten Ruth die Bereitschaft zum sachlichen Dialog – auch über den 6. März hinaus – erkennen.

Dahinter verbergen sich höchst unterschiedliche Interessen: Kurzfristig wollen die Sowjets möglichst viele ängstliche Deutsche und neuerdings auch Italiener gegen die amerikanische Sicherheitspolitik aufwiegeln. Langfristig aber wird der Kreml nicht umhin können, sich mit den Amerikanern zu arrangieren, besonders wenn er erkennen muß, daß sich die Westeuropäer, trotz Gromykos Appell, nicht von Washington trennen lassen.

Um die zweite, langfristige Schiene nicht selbst zu blockieren, pflegen die Sowjets – hinter dem Rauchschleier ihrer Propaganda – das nüchterne Gespräch. Bei solchen Gelegenheiten liegt der Vorteil des Westens darin, mit großer Offenheit und Klarheit die eigenen Sicherheitsinteressen umreißen und die Russen vor Fehleinschätzungen warnen zu können.

Genau das hat Botschafter Ruth in Moskau getan. Seine sowjetischen Gesprächspartner werden mit Interesse vernommen haben, daß das, was der Bonner Beauftragte ihnen sagte, in jedem Punkt mit den Darlegungen des amerikanischen Chefdelegierten bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen, Nitze, gegenüber seinem Sowjetpartner Kwizinski übereinstimmte. Dies wird sich auf die interne Meinungsbildung im Kreml auswirken.

Genau hier zeigt sich die Realitätsferne des sozialdemokratischen Drängens nach Nachgiebigkeit in Genf. Indem Vogel und Bahr sich von den Amerikanern entfernen, ermuntern sie die auf Gleis 1 dampfende Sowjetpropaganda. Der Wille der Bundesregierung, an der Seite Washingtons und auf der Basis des Doppelbeschlusses den sachlichen Dialog mit Moskau zu führen, hingegen gibt auf Gleis 2 grünes Licht für Resultate in Genf.

Botschafter Ruth: Kreml zu sachlichem Dialog bereit

Moskau greift jetzt italienische Regierung an

BERNT CONRAD, Bonn

Der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Friedrich Ruth, hat bei seinen Gesprächen in Moskau den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion – ungeachtet ihrer derzeitigen Propagandakampagne – zu einem sachlichen Abrüstungsdialog mit dem Westen insgesamt und speziell mit der Bundesregierung bereit ist und auch künftig bereit sein wird.

Die ruhige und offene Atmosphäre von Ruths 14stündigem Meinungsaustausch mit führenden Außenpolitikern der Sowjetunion unterschied sich nach Angaben aus diplomatischen Kreisen erheblich von der Hitzigkeit der gegenwärtigen Kampagne Moskaus gegen den NATO-Doppelbeschluß mit der Blickrichtung auf die Bundestagswahl vom kommenden Sonntag. Diese Kampagne hatte am Donnerstag mit einem „Prawda"-Interview des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko einen Höhepunkt erreicht.

Die Aufforderung Gromykos an die Westeuropäer, sich von den Abrüstungspositionen der Amerikaner zu trennen, wurde gestern von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher als „Desorientierungsversuch und grobe Einmischung in den Wahlkampf" zurückgewiesen. Der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel bezeichnete die Äußerungen des sowjetischen Außenministers demgegenüber als die „übliche Begleitmusik" bei direkten Verhandlungen zwischen den Supermächten.

Zur gleichen Zeit dehnten die sowjetischen Medien ihre Anti-Raketen-Kampagne auf die italienische Regierung aus. Die Moskauer „Iswestija" beschuldigte Rom, bei den Bestrebungen zum Aufstellen neuer amerikanischer Atomraketen in Mitteleuropa in vorderster Front zu stehen und sogar Druck auf zögernde NATO-Partner auszuüben.

Sehr viel nüchterner und aufnahmebereiter verhielten sich die stellvertretenden sowjetischen Außenminister Komplektow und Kornijenko sowie andere hohe sowjetische Diplomaten und Militärs bei ihren Diskussionen mit Botschafter Ruth, der am Donnerstag mit weiteren Abrüstungsexperten nach Moskau geflogen war und in der Nacht zum Sonntag nach Bonn zurückkehrte. Wie aus diplomatischen Kreisen verlautete, bezeichneten die Russen selbst den Meinungsaustausch mit Ruth als sehr nützlich und wichtig und bekundeten den Willen zu seiner Fortsetzung.

Der Bonner Abrüstungsbeauftragte legte besonderen Wert darauf, den Sowjets den Prozeß der Abstimmung und die Gemeinsamkeit innerhalb der NATO vor Augen zu führen. Gerade angesichts des Gromyko-Interviews wies Ruth jeden Gedanken an eine Spaltung zwischen Amerikanern und Westeuropäern als Illusion zurück. Die Bundesregierung, so versicherte er, ordne sich nicht etwa den amerikanischen Sicherheitsinteressen unter, sondern teile sie aus Überzeugung. „Genau dies macht uns für die Sowjets zum interessanten Partner – nicht das Gegenteil", kommentierte ein Sachkenner.

Als sich der Bonner Botschafter entschieden gegen die sowjetische

▲ Fortsetzung Seite 8

US-Beamte: Regime in Iran scheint stabiler zu werden

Wandel in der Einschätzung / Pragmatische Einflüsse?

rtr, Washington

In den USA bahnt sich offenbar ein Wandel in der Einschätzung der Stabilität des Khomeini-Regimes an: Im Außen- und Verteidigungsministerium in Washington wird es für kaum noch wahrscheinlich gehalten, daß es in Iran zu einem Militärputsch gegen die herrschende Geistlichkeit, zu einem Bürgerkrieg oder zu einer sowjetischen Invasion kommt, wenn Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini stirbt oder zurücktritt.

Ministerialbeamte sprechen neuerdings von einer Festigung der Herrschaftsstrukturen in Iran. Das Regime löse sich von der Leitfigur Khomeini und werde ohne ihn lebensfähig. Das 83jährige Schiiten-Oberhaupt scheine bei recht guter Gesundheit zu sein und noch alle Zügel in der Hand zu halten.

Innenpolitisch habe sich das Regime gefestigt, besagt die Einschätzung. Im Dezember habe die Bevölkerung ein Gremium gewählt, das die Khomeini-Nachfolge regeln soll. Zugleich verkündete der Ayatollah ein Acht-Punkte-Programm gegen Auswüchse wie Massenverhaftungen und standrechtliche Hinrichtungen. Bei allem religiösen Fanatismus gebe es in der Wirtschaft klare Hinweise auf den Einfluß pragmatischer Politiker.

Die Patt-Situation im irakisch-iranischen Krieg ergebe gute Aussichten für eine reibungslose Klärung der Khomeini-Nachfolge. Chaos in dem 40-Millionen-Volk – wegen einer militärischen Niederlage oder eines Machtkampfes – könnte der Sowjetunion den Weg zu mehr Einfluß auf Iran ebnen. Nahe der Grenze stehen etwa 24 sowjetische Divisionen.

Derzeit sind die Beziehungen der beiden Nachbarn ausgesprochen gespannt, was durch die Verhaftung führender Funktionäre der moskautreuen kommunistischen Tudeh-Partei bestätigt wurde.

Unverändert geblieben sei die Feindschaft der islamischen Revolutionäre gegenüber den USA, meinen die US-Beamten. Unverbraucht sei auch die Überzeugung, die Revolution in die benachbarten Golf-Staaten wie Saudi-Arabien und Irak exportieren zu müssen und Führungsmacht der Dritten Welt zu sein. So bleibe Iran eine Bedrohung lebenswichtiger Interessen des Westens in der Ölregion.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Baumsterben im Sozialismus

Von Dankwart Guratzsch

Wenige Tage nach Verabschiedung des neuen Maßnahmenpakets zur Luftreinhaltung und zum Schutz der Wälder in der Bundesrepublik hat jetzt auch die „DDR" erstmals „besorgniserregende Schäden in den Wäldern, besonders im Erzgebirge", eingestanden. Wie das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" am Wochenende meldete, haben Politbüro und Ministerrat deshalb „umfangreiche Vorhaben" beschlossen, die sich freilich gravierend von den Verordnungen der Bundesregierung unterscheiden.

So enthält der Bericht des „Neuen Deutschland" keinerlei Hinweise auf Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft oder zur Rauchgasentschwefelung, für die die westdeutsche Industrie in den nächsten zehn Jahren acht bis zwölf Milliarden Mark investieren muß. Statt auf die Bekämpfung des „sauren Regens" an der Quelle, setzt die „DDR"-Führung offensichtlich auf die Minderung seiner Folgen – und zwar mit Methoden, die bei Umweltschützern der Bundesrepublik höchst umstritten sind.

Danach sollen 23 000 Hektar Wald durch „eine zusätzliche Düngergabe" gegen Schadstoffemissionen „widerstandsfähig" gemacht und auf weiteren 130 000 der insgesamt drei Millionen Hektar Wald der „DDR" Schadinsekten wie Nonne, Borkenkäfer, Fichtenblattwespe und Kiefernspinner bekämpft werden. Die Wälder der „DDR" kommen also aus dem „sauren Regen" in die Chemietraufe.

Flankierend dazu soll in einem „langfristigen Programm" die Aufforstung „entstandener Kahlflächen" mit „rauchharten Baumarten" weitergehen. Schon im vergangenen Jahr seien dafür in zwei neugeschaffenen Anzuchtstätten 6,7 Millionen Sämlinge und 2,3 Millionen Substratpflanzen bereitgestellt worden.

Die „DDR"-Industrie, die extrem schwefelhaltige Braunkohle verfeuert, unter deren Rauch nicht nur Wälder, Landwirtschaft, Bauwerke und die Menschen im anderen Deutschland, sondern auch in Westeuropa zu leiden haben, bleibt also ungeschoren. Erhofft sich die „DDR" auch auf diesem Gebiet eine Milliardenspritze aus dem Westen?

Wenn Medizin alt wird

Von Jochen Aumiller

Der Gesundheitsmarkt ist von ernst zu nehmender Verbraucherkritik bisher weitgehend verschont geblieben. Lediglich die Stiftung Warentest hat sich in den letzten Jahren vereinzelt an dieser Tabu-Zone vergriffen. Das Geschrei war jedesmal groß, die Erfolge blieben allerdings nicht aus. Besonders verdienstvoll war die Überprüfung der Blutdruckmeßgeräte: Einige Produzenten nahmen sich die Schelte wegen eklatanter Ungenauigkeiten denn doch zu Herzen und verbesserten flugs ihr Angebot.

Die letzte Aktion der Stiftung Warentest hat am Glanz unserer Apotheker gekratzt. Bei einem Viertel der getesteten freiverkäuflichen Arzneimittel war die Haltbarkeitsfrist überschritten. In rührender Einhelligkeit verteidigten daraufhin Apotheker- und Ärztefunktionäre den Tatbestand, obwohl es eigentlich nichts zu verteidigen gibt. Wofür hat man denn diese Fristen aufdrucken lassen? Jetzt so zu tun, als ob dies völlig belanglos wäre, verrät nicht gerade demokratisches Fingerspitzengefühl.

Höchste Zeit, den Gesundheitsmarkt etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Es hat nicht die jüngst bekanntgewordenen Skandale wegen Rezeptbetrügereien gebraucht, um erkennen zu können, daß die Interessenverquickung zwischen Ärzten und Apothekern eines wachen Auges bedarf. Als Anwalt des Verbrauchers hat das Bundesgesundheitsamt hier eine viel zu schwache Position.

Gerade bei den freiverkäuflichen Arzneien wäre es schon recht interessant, zu erfahren, weshalb der Apotheker die diversesten Mittelchen empfiehlt: Führen in diesem Verkaufsgespräch fundiertes Wissen um die erwiesene Heilwirkung oder schlichte Absatztaktiken das Wort?

Peinliches Thema Ulster

Von Fritz Wirth

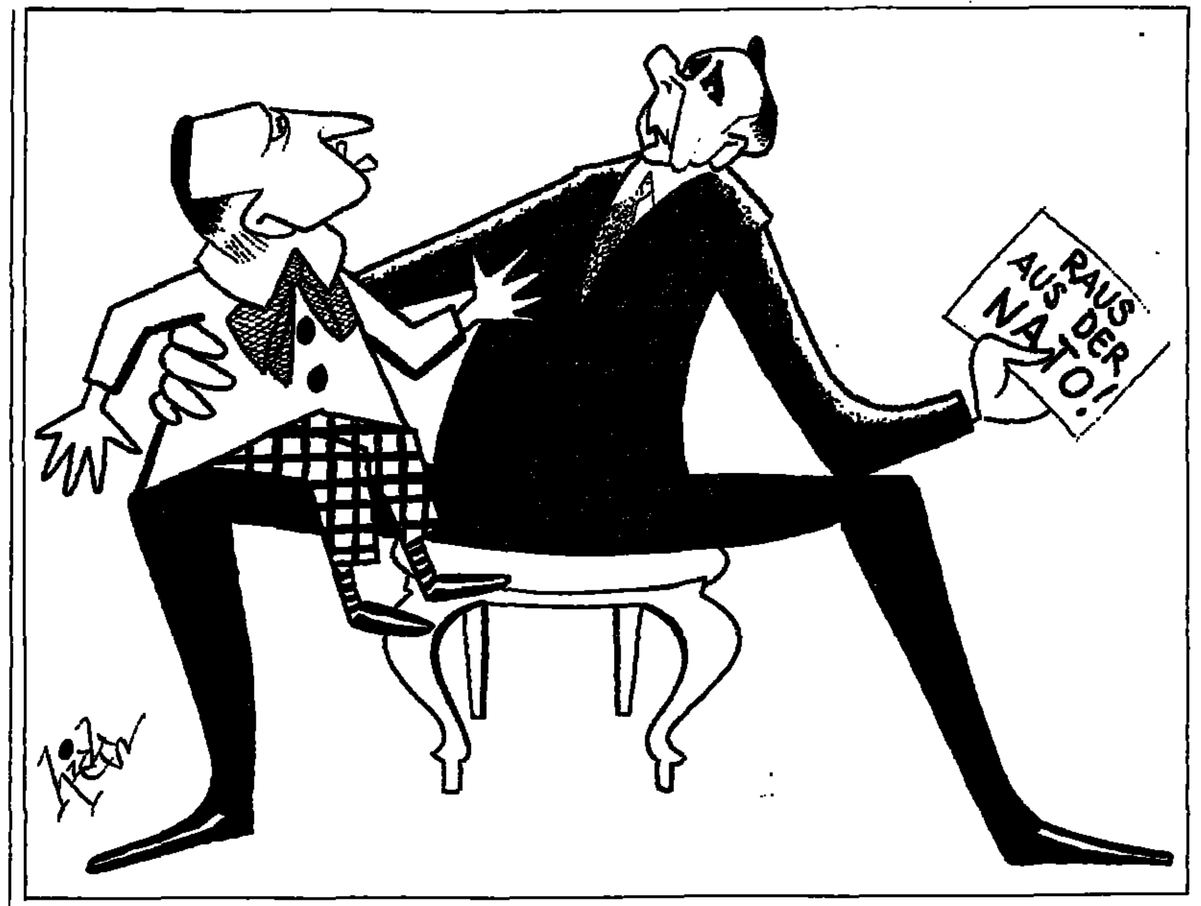
Es ist in diesen Tagen, da das Vorwahlfieber die britischen parlamentarischen Fronten zu polarisieren beginnt, schon bemerkenswert, wenn das Unterhaus sich plötzlich zu einer Einheitsfront vereinigt. Geschafft haben dieses kleine Wunder die Europa-Parlamentarier mit ihrem Plan, das Nordirlandproblem anzupacken. Der Protest der britischen Parlamentarier war unisono: „Mißbrauch der Befugnisse des Europa-Parlaments!" „Unbefugte Einmischung in innenpolitische Probleme!" „Verletzung britischer Souveränität!"

Die Reaktion überrascht nicht. Juristisch wird es den Europa-Parlamentariern schwerfallen, in den EG-Verträgen Paragraphen nachzuweisen, mit denen sich ein Eingriff ins Ulsterproblem rechtfertigen läßt. Und auch die Empfindlichkeit der Briten in Souveränitätsfragen ist begreiflich. Die Furcht vor Souveränitätsverlusten war für sie eine der Haupthürden auf dem Weg in die EG.

Dennoch gibt es in der Argumentation der Briten eine schwache Stelle: Ulster ist nicht nur ein britisches innenpolitisches Problem, sondern zu großen Teilen auch ein irisches. Alle britischen Regierungen der letzten fünfzehn Jahre haben anerkannt, daß dieses Problem auch eine „irische Dimension" habe.

Wenn man also mit juristischen Argumenten den Europäern die Tür vor den zu neugierigen Nasen zuwirft, ist es dennoch hohe Zeit, die Tür zu Gesprächen mit der irischen Regierung in Dublin zu öffnen. Denn die Untätigkeit an dieser Front ist bedrückend.

Und wenn das „Ulsterproblem Sache des Unterhauses" ist, wie die Parlamentarier in Westminster betonen, so muß gefragt werden, was denn dieses Haus in den letzten Jahren getan hat, dieses Problem in Bewegung zu bringen. Die Antwort ist nicht ermutigend. Und deshalb bleibt zumindest der Verdacht, daß die Einheitsfront der Parlamentarier in Westminster gegen die Parlamentarier in Straßburg auch aus schlechtem Gewissen zustande kam.



„Das darf ich nicht sagen, Onkel Gromyko, das bringt der Union zu viele Stimmen!"

ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Änderung nicht nötig

Von Rupert Scholz

Trotz der klaren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hält die Diskussion an, ob dem Bundestag im Wege der Verfassungsänderung ein Recht auf freie Selbstauflösung eingeräumt werden soll. Während sich der Bundeskanzler nur vorsichtig bejahend äußert und allein davon spricht, daß ein solches Selbstauflösungsrecht des Bundestages nur als ganz außerordentliche Ausnahme in Betracht kommen könne, meint der SPD-Kanzlerkandidat Vogel, daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu einem weiten Auflösungsrecht des Bundeskanzlers geführt habe, das es zu begrenzen gelte.

Diese letztere Analyse geht freilich fehl. Denn die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat dem Bundeskanzler weder rechtlich noch tatsächlich ein solches Auflösungsrecht verschafft. Im Gegenteil, wer die Entscheidung genau liest, erkennt, daß das Bundesverfassungsgericht in außerordentlich abgewogener Weise die gegebenen Auflösungsmöglichkeiten namentlich nach Art. 68 Grundgesetz interpretiert und zugleich die gegebenen Grenzen für alle beteiligten Verfassungsorgane in politisch ebenso handhabbarer wie rechtlich überzeugender Form fixiert.

Das Bundesverfassungsgericht verneint ausdrücklich ein freies Auflösungsrecht. Es lehnt jede vorschnelle Auflösung des Bundestages ab, da dies die politische Stabilität im Verhältnis von Bundeskanzler und Bundestag gefährden könnte. Andererseits versagt sich das Gericht ausdrücklich jeder Auslegung der Verfassung, die zur politischen Unbeweglichkeit führen könnte. Zugleich verwirft das Bundesverfassungsgericht alle Interpretationsversuche, die das Grundgesetz voreilig im Sinne eines mehr oder weniger totalen Auflösungsverbots festzulegen trachteten. Richtig verweist das Gericht darauf, daß das Grundgesetz sich gerade auf der Grundlage der Erfahrungen der Weimarer Republik nur gegen ein unbegrenztes und damit die Stabilität des parlamentarischen Regierungssystems bedrohendes Selbstauflösungsrecht wende.

Ein Hauptziel des Grundgesetzes heißt, das parlamentarische Regierungssystem stabiler als das von Weimar zu gestalten. Daraus folgte namentlich das Erfordernis, die Regierung bzw. den Kanzler zu stärken, ihn vor allem vor einem Übermaß plebiszitärer Einflüsse zu schützen. In diesem Sinne ist die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes strikt auf die Ordnungsprinzipien der mittelbaren, repräsentativen Demokratie festgelegt.

Dieses System hat sich bewährt. Wenn es der Bonner Demokratie im Gegensatz zur Demokratie von Weimar gelungen ist, erstmals auf deutschem Boden einen stabilen demokratischen Verfassungsstaat zu institutieren, so liegt dies vor allem an dem eindeutigen Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie und zur ebenso eindeutigen Absage gegenüber Formen der plebiszitären Demokratie.

Je stabiler und funktionsfähiger sich dieses System der repräsentativen Demokratie erwiesen hat, desto heftiger wurden freilich die Attacken. Seit dem Ende der sechziger Jahre wird mancherorts versucht, die repräsentative Demokratie als angeblich „undemokratisch" oder als demokratisch „minderlegitimiert" zu diskreditieren. Verfassungspolitisch wird gefordert, das verfassungsrechtliche Demokratiesystem durch plebiszitäre Komponenten zu ergänzen. So stellte beispielsweise auch die Enquete-Kommission Verfassungsreform den Vorschlag eines Selbstauflösungsrechts des Bundestages bei Zweidrittelmehrheit zur Diskussion.

Wer das Urteil des Bundesverfassungsgerichts genau liest, wird für solche Überlegungen indessen wenig Verständnis haben. Denn dieses Urteil hat nicht nur die von allen Parteien gewünschten Neuwahlen ermöglicht, es hat nicht nur die verfassungspolitisch so abgewogene Haltung des Bundespräsidenten eindrucksvoll bestätigt, es hat vielmehr auch genug Möglichkeiten gezeigt, den Bundestag aufzulösen, wenn die politischen Verhältnisse keinen anderen Ausweg lassen.

Andererseits betont das Bundesverfassungsgericht mit Recht, daß Artikel 68 eine „offene Verfassungsnorm" sei, „die der Konkretisierung zugänglich und bedürftig ist". Dies bedeutet: es gibt einen genügend breiten Raum an politischem Ermessen für den Bundeskanzler, der die Vertrauensfrage stellt, und an politischer Beurteilungs- und Einschätzungsprärogative für den Bundespräsidenten, der über die Auflösung zu entscheiden hat.

Grundsätzlich ist vom Fortbestand des gewählten Bundestages auszugehen; grundsätzlich sind auf seiner Basis Regierungsbildung und Regierungsfähigkeit zu gewährleisten. Damit sieht sich ebenso das System der repräsentativen Demokratie wie das der parlamentarischen Regierungsbildung in ein Verhältnis gebracht, das rechtlich widerstandsfähig ist. Dieses Balanceverhältnis könnte jedoch durch ein freies Selbstauflösungsrecht des Bundestages gleichsam aus den Angeln gehoben werden. Dies drohte vor allem dann, wenn sich außerparlamentarische Kräfte der politischen Möglichkeiten eines solchen Selbstauflösungsrechts in der Form bemächtigten, daß ein permanent werdender Ruf nach Neuwahlen zur Pression auf das Parlament mißbraucht würde.

Ebenso balancestörend würde sich eine – faktische – Befugnis des Bundeskanzlers auswirken, nach Belieben über Vertrauensfragen – trotz gesicherter Mehrheiten – zur Auflösung des Bundestages zu gelangen. Solche Möglichkeiten würden das Prinzip der „Kanzlerdemokratie" überstrapazieren. Kurz: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist verfassungsrechtlich überzeugend und verfassungspolitisch durchaus hilfreich. Die Debatte um eine Verfassungsänderung kann beendet werden.

GASTKOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Justiz und für Bundesangelegenheiten, ist Mitverfasser des Grundgesetzkommentars Maunz-Düring-Herzog-Scholz FOTO: PETER PROBST

IM GESPRÄCH Karlheinz Bund

Von Knechtschaft befreit

Von Hans Baumann

Die Glut schwelte seit Jahren. Jetzt ist das Feuer ausgebrochen. Karlheinz Bund, Chef der Ruhrkohle AG, seit dem 27. November 1973, macht von seinem vertraglichen Recht Gebrauch, mit Vollendung des 60. Lebensjahres seine Tätigkeit niederzulegen. Geboren wurde dieser Kompromiß am Freitagabend auf der Ebene des Aufsichtsrates, der am 11. März darüber hätte entscheiden müssen, ob man den Vertrag von Karlheinz Bund für weitere fünf Jahre verlängern sollte oder nicht. Somit steht das Votum vom 11. März heute schon fest: Karlheinz Bund bleibt bis zum 60. Lebensjahr im Amt. Geboren ist er am 18. März 1925.

Ein ideenreicher, präzise denkender und mutiger Unternehmer sagt valet. Er selbst hat die Entwicklung kommen sehen, nachdem der Widerstand aus Bonn und aus den Reihen der Stahlindustrie immer härter wurde. Den einen mißfiel seine eisern verteidigte Kohleverbundpolitik, die selbst im Vorstand der Ruhrkohle AG nicht immer einhellig gebilligt wurde. Den anderen war er ein zu harter Brocken bei den begonnenen Verhandlungen über den sogenannten Hüttenvertrag, der 1988 ausläuft und der der Ruhrkohle künftig höhere Erlöse für die gelieferte Kokskohle bringen soll.

Aber da gab es auch Diskrepanzen zwischen Bund und dem größten Aktionär der Ruhrkohle, der Veba AG, die sich ganz natürlich entwickelten mit dem Anspruch Bunds, die Ruhrkohle aus der Rolle eines Förderknechtes herauszuführen und zu einem Kohleverbundkonzern auszubauen.

Unter dem ehrgeizigen Bund wurde der Ruhrkohlehandel von Null auf heute vier Milliarden Mark Umsatz ausgebaut. Handel? Waren das nicht die Domänen der Veba-Töchter Stinnes und Raab-Karcher? Dann baute er die Kohleverflüssigungsanlage in Bottrop und die Synthesegasanlage bei der Ruhrchemie. Ist Chemie nicht in Scholven und bei Hüls zu Hause, den Veba-Töchtern? Bei Rütgers eroberte Bund inzwischen die HV-Mehrheit – der Schritt in die Teerchemie gelang.

Untergehen darf nicht die Tatsache, daß die Ruhrkohle ihre Bilanz für 1973 erst im Dezember 1974 vorlegen konnte. Ohne Hilfen aus Bonn und ohne Verzichtserklärungen der Anteilseigner hätte die Einheitsgesellschaft, die 1968 ge-



Mit 60 genug: Ruhrkohle-Chef Bund FOTO: JUPP DARCHINGER

gründet worden war, nicht weiter existieren können. Heute ist die Bilanz ausgeglichen. Bis 1978 ging die Kohleförderung zurück, seit 1979 wurde sie stabilisiert. Mit Bund marschierte der Ruhrbergbau nach Norden in neue Kohlefelder. Wurden früher im Jahr dreihundert Millionen investiert, so sind es heute siebenhundert bis achthundert Millionen Mark im Jahr. Die Vorsorge-Investitionen (Aufschluß neuer Felder) erhöhten sich von vierhundert Millionen in 1973 auf heute 1,4 Milliarden Mark. Bund erwarb in Australien einen elfprozentigen Kohleanteil an einer Grube, die Steinkohle fördert. Er setzte allerdings auch hundert Millionen Mark im US-Steinkohlenbergbau in den Sand. Aber das fällt nicht ins Gewicht, gemessen an den Erfolgen dieses Karlheinz Bund, der zwölftausend Lehrlinge beschäftigt, zehn Prozent der Gesamtbelegschaft. Früher war man nie über fünf Prozent hinausgekommen.

Vergessen werden darf auch nicht, daß niemand heute über den sogenannten Jahrhundertvertrag bis 1995 zwischen Steinkohle und Stromwirtschaft sprechen würde, hätte Karlheinz Bund ihn nicht so energisch vorangetrieben. Fast vierhundert Millionen Tonnen Steinkohleabsatz konnte er damit bis 1995 sichern.

Warum Bund trotzdem geht? Weil das Spiel ökonomischer Kräfte der Harmonie bedarf. Da kann Erfolg stören. So ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Ruhrkohle wieder wird, was sie immer war: der Förderknecht der Nation.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu den sowjetischen Äußerungen heißt es in dem Blatt:

Solch harte Worte wie gestern drangen seit langem nicht mehr aus Bonn in Richtung Moskau. Aber diese massive Reaktion auf die alle Grenzen verständlicher Interessen sprengende Einmischung in den deutschen Wahlkampf war geboten. Zwar wird sich niemand, dem an einem vernunftbestimmten Verhältnis zur Sowjetunion gelegen ist, einen neuen Propagandakrieg wünschen. Doch kann es auch eine Mittelmacht nicht hinnehmen, daß eine Supermacht in dieser krassen Weise mit Drohungen in den Entscheidungsprozeß der Bürger einzugreifen versucht.

L'EXPRESS

In dem französischen Magazin stellt der Herausgeber Sir James Goldsmith in einer Betrachtung über die Bundestagswahlen die Gefahren und Folgen heraus, die ein Linksruck in der Bundesrepublik nach sich ziehen könnte:

Die USA müßten ihre Politik gegenüber Europa überdenken. Man könnte von den Amerikanern nicht erwarten, daß sie ihre Truppen in einem Europa belassen, in dem die Machtverhältnisse so überwältigend zugunsten der Sowjets liegen. US-Truppen in Europa wären dann nichts weiter als Geiseln ... Die USA würden ihre Truppen zurückziehen. Die Sowjets hätten die überwältigende militärische Dominanz. In Frankreich und Deutschland wären Regierungen an der Macht, in denen Kommunisten oder ihnen verwandte Gruppen mitbestimmen ... Dann wäre die Situation reif für ein neues De-facto-Jalta. Die Sowjets würden die Amerikaner ermuntern, sich in die von der Monroe-Doktrin abgedeckten Gebiete zurückzuziehen, und zum Ausgleich den sowjetischen Druck in der Karibik und Mittelamerika verringern. Das total finnlandisierte Europa könnte wie ein fauler Apfel fallen, ohne daß ein Schuß abgefeuert würde. Europa würde allmählich zu einem Protektorat der Sowjets. All das wird wahrscheinlich bei dieser Gelegenheit nicht passieren. Aber die Europäer täten gut daran, sich die Risiken vor Augen zu halten.

LA STAMPA

Die Turiner Zeitung untersucht die Frage, warum die französische Linke am 6. März auf einen Wahlsieg der Konservativen in der Bundesrepublik setzt:

Mitterrand braucht ein stabiles Deutschland. Der Präsident hat seine Karten im vergangenen Monat vor dem Bundestag gelüftet: Besser Kohl als Vogel. Und dies nicht nur, weil Vogel die sowjetische These unterstützt, daß in die Abrüstungsdebatte auch die französischen Raketen einbezogen werden müssen, die für Mitterrand unantastbar sind. Politische Wirren in Deutschland würden vielmehr in Frankreich die Richtung in der Regierung unterstützen, die den Franc aus dem Europäischen Währungssystem herauslösen und starke protektionistische Barrieren aufrichten will. Deshalb wählt das linke Frankreich in Deutschland rechts.

Die Blockfreien, um Wiedergewinnung des Respekts bemüht

Neue Tendenzen vor der Konferenz in Neu-Delhi / Von Manfred Neuber

Die Blockfreien sollen auf der siebenten Gipfelkonferenz in Neu-Delhi ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen – das ist das Ziel Indiens als Gastgeber und Vorsitzender dieser Gemeinschaft während der nächsten beiden Jahre.

Unter der Ägide Fidel Castros, der seit dem Gipfeltreffen von 1979 in Havana die Präsidentschaft führt, geriet die Blockfreien-Bewegung auf die schiefe Bahn. Ein völliges Abgleiten in Richtung Moskaus konnte von den Gemäßigten jedoch verhindert werden.

Kuba versuchte in recht plumper Weise, den Mitgliedern die Sowjetunion als „natürlichen Verbündeten" anzudienen und die USA als alleinigen Störenfried für den Weltfrieden hinzustellen. Jetzt fordern vor allem asiatische und südamerikanische Staaten, von der „Selbsterniedrigung in Havana" zu neuer Selbstachtung aufzusteigen. So verlangt Singapur in einem Memorandum, das den 98 Teilnehmerstaaten in Neu-Delhi vorliegen wird, „die Rückkehr auf den rechten Pfad der Blockfreiheit", damit die Gruppe der Ungebundenen wieder Gewicht in der Welt gewinnt. In Havana sei sie auf die „Käuflichkeit eines Bordellbetriebs" abgesunken.

Als Aufgabe für Frau Indira Gandhi, die im Geiste ihres Vaters Nehru, eines der Gründerväter der Blockfreien, die Bewegung lenken will, stellt sich in Neu-Delhi die Frage: Wie groß kann der Abstand zum Kreml ausgebaut werden, ohne dem Eigeninteresse zu schaden?

Tatsächliche Äquidistanz zu den beiden Supermächten und damit auch zu den großen Blöcken in der Welt wird auch diesmal schwerlich zu markieren sein. Die Mehrheitsverhältnisse sind nicht danach; denn nachkoloniale Antipathien verstellen den Blick vor den neokolonialen Usurpatoren.

Ob die sowjetische Okkupation in Afghanistan und die Intervention Vietnams in Nachbarstaaten nur dilatorisch behandelt wird, wie im indischen Entwurf für die Abschlußerklärung, oder ob die geographische Nähe den Zorn der Gerechten anfacht, ist noch nicht ausgemacht.

Mit Ausfällen gegen die USA, etwa zur Lage in Mittelamerika, ist weniger zu rechnen. Solche Attacken der Scharfmacher unter Führung Kubas wurden schon auf der Vorbereitungskonferenz kürzlich in Nicaragua dank der Moderaten, wie Ägypten, abgewiesen.

Als Prügelknaben für die Blockfreien müssen wohl wieder Israel und Südafrika herhalten. Jedenfalls betreffen die schärfsten Passagen in dem Zirkular der Inder zum Gipfeltreffen diese beiden Länder. Sie sind es gewohnt und werden kaum beeindruckt sein.

Die feurigste Rhetorik werden die Blockfreien zur „Rettung der Menschheit vor dem Atomtod" entfalten. Indiens Entwurf enthält einen Appell zu einer „allgemeinen und vollständigen, insbesondere nuklearen Abrüstung". Ohne darin namentlich genannt zu sein, werden die Supermächte an den Pranger gestellt.

Stärker als die Gegensätze zwischen Ost und West haben in den vergangenen Jahren die internen Streitigkeiten die Bewegung der Blockfreien belastet. Weil Irak und Iran gegeneinander Krieg führen, mußte der siebente Gipfel von Bagdad nach Neu-Delhi verlegt werden.

Die Stärke der Blockfreien, die zu Anfang mit Protagonisten wie Nasser, Nehru und Tito unbestritten war, hat durch die numerische Zunahme nicht gewonnen – von fünfundzwanzig Mitgliedern im Jahre 1961 auf nun fast hundert, dazu noch neunzehn Staaten und Organisationen mit Beobachter-Status. Freilich war Churchills Kritik allemal schwer zu widerlegen: „Wie kann man denn zwischen Feuer und Feuerwehr neutral bleiben?" Aber ein wirklich unabhängiger Kurs der Blockfreien wäre schon ein großer moralischer Gewinn. Westliche Diplomaten widmen dem Delhi-Gipfel große Aufmerksamkeit. Ein Vertreter eines EG-Landes erklärte: „Wenn sich ein gemäßigter Kurs durchsetzt, gewinnt die ganze Bewegung mehr Glaubwürdigkeit und Einfluß. Das dürfte sich auch auf die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen positiv auswirken."



Die Schatzkammer im ewigen Eis lockt die Länder der Dritten Welt

Von MANFRED NEUBER

Der Wettlauf nach dem kältesten Kontinent der Erde wird heißer: Auch Länder der Dritten Welt wollen in der Antarktis Fuß fassen und so ihren Anspruch auf einen Anteil an den Ressourcen des Südpolargebietes sichern. Mit dieser Absicht schickten unlängst Brasilien und Indien wissenschaftliche Expeditionen ins ewige Eis.

„Es ist an der Zeit, daß die Vereinten Nationen ihre Aufmerksamkeit auf die Antarktis richten", forderte Malaysias Premierminister Mahatin Ben Muhammad vor der letzten UNO-Vollversammlung. „Dieser Erdteil gehört den Entdeckern ebenso wenig wie früher die überseeischen Territorien den Kolonialmächten."

Schon 1956 hatte Indien die UNO einschalten wollen, fand aber kein Gehör. Peru warnte 1979 die an der antarktischen Forschung beteiligten Nationen davor, „private Jagdgründe in der Antarktis abzugrenzen". Und Neuseeland, das selbst einen großen Sektor auf dem sechsten Kontinent beansprucht, schlug vor, das gesamte Gebiet der UNO-Treuhänderschaft zu unterstellen.

Franzosen waren die ersten Entdecker im südlichen Eismeer: Bouvet de Lozier stieß 1739 bei der Suche nach der Terra Australis auf eine später nach ihm benannte Insel, Dufresne und Kerguelen-Trémarec wurden nach ihren Fahrten in derselben Weise verewigt. Zur gleichen Zeit, um 1772, unternahm der Engländer James Cook seine zweite Weltumseglung, und dabei kam es zur ersten „Expedition" in der Antarktis.

Amerikaner und Briten als erste am „Ende der Welt"

Amerikanische und britische Walfänger gingen nach 1820 als erste auf dem eisigen Kontinent „an Land". Es dauerte dann bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, ehe private und von Regierungen ausgerüstete Expeditionen aus mehreren europäischen Ländern zum „Ende der Welt" aufbrachen. Der Vorstoß zum Südpol gelang 1911/12 in kurzem Abstand dem Norweger Amundsen und dem Engländer Scott.

In den Jahren zwischen 1908 und 1943 erhoben sieben Nationen territoriale Ansprüche in der Antarktis: Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland und Norwegen. Während die imaginären Grenzen von mehreren Staaten gegenseitig anerkannt werden, überschneiden sich die Sektoren Argentiniens, Chiles und Großbritanniens.

Gut 15 Prozent der südpolaren Landkuppe gelten noch als „Niemandsland", doch wird dieser zum Pazifik gewandte Sektor als amerikanisches Interessengebiet angesehen. Die USA und die Sowjetunion lehnen – ebenso wie Belgien, Japan und Südafrika – jegliche festumrissenen Ansprüche anderer ab und behalten sich alle Rechte für die Zukunft vor.

Argentinien und Chile reklamieren die von ihnen beanspruchten Gebiete als nationales Hoheitsgebiet; dementsprechend sind sie in ihren Landkarten ausgewiesen. Beide Nachbarstaaten leiten ihre Ansprüche von Urkunden aus der spanischen Kolonialzeit her. Hinter dem Territorialstreit im Beagle-Kanal, der Wasserstraße an der Südspitze Südamerikas, steht die Aufteilung der Gegenküste.

Zur Begründung ihrer Besitzrechte in der Antarktis führen die Südamerikaner die geographische Nähe und die Einrichtung ständiger Stationen an. „Antartida Argentina" wurde 1974 von der damaligen Präsidentin Isabel Perón besucht, die dort staatliche Hoheitsakte vornahm. In einer der argentinischen Antarktis-Stationen sind bereits Kinder geboren worden.

Die anderen fünf – Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland und Norwegen – stützen ihren Anspruch auf die These „Nulla terris". Danach fällt demjenigen unbewohntes Land zu, der darin eine Siedlung errichtet, auch wenn sie nur in den Monaten des antarktischen Sommers besteht. Damit können sich „Spätstarter" wie Brasilien, China, Indien, Japan und Mexiko nicht abfinden.

Das Interesse an der Antarktis nahm durch das Geophysikalische Jahr 1957, als verschiedene Nationen gleichzeitig Expeditionen entsandten, stark zu. Mit dem 1959 in Washington unterzeichneten Internationalen Antarktis-Vertrag wurde in der Territorialfrage ein Burgfrieden geschlossen. Der Vertrag trat 1961 in Kraft und läuft 1991 aus. Darin werden die Errichtung militärischer Stützpunkte und Atomversuche verboten.

Signatarstaaten des Antarktis-Vertrages sind zwölf Staaten (Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten). Später kamen Polen und 1981 die Bundesrepublik Deutschland hinzu. Als „beratende Mitglieder" ohne Stimmrecht im „Antarktis-Club" schlossen sich zwölf – darunter Brasilien, Bulgarien, die „DDR", Dänemark, die Niederlande, Peru, Rumänien und die Tschechoslowakei – dem Abkommen an, das im Artikel I die Entmilitarisierung des sechsten Kontinents festschreibt.

Ebenso wie die Territorialfrage ist in dem Vertragswerk die Nutzung der Bodenschätze ausgeklammert. Mit dem Abkommen wurde auch kein Gewohnheitsrecht geschaffen; für Staaten, die dem Antarktis-Vertrag nicht beigetreten sind, ist er nicht bindend. Der „Antarktis-Club" unterhält nicht einmal ein ständiges Sekretariat. Vollversammlungen finden im Turnus von zwei Jahren in Hauptstädten der Mitgliedsstaaten statt.

Die nächste Beratung der 14 Nationen ist für Juli in Bonn vorgesehen. Bei der letzten Zusammenkunft im Januar in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die Richtlinien für den Abbau von Bodenschätzen und den Umweltschutz in der Antarktis ausarbeiten soll. Nach Schätzung des Vorsitzenden Chris Reeby wird nicht vor 20 Jahren an antarktischen Bergbau zu denken sein.

Australien, die Bundesrepublik und Japan haben den Vorwurf des britischen Naturforschers Sir Peter Scott zurückgewiesen, sie verstießen bei der Suche nach Bodenschätzen in der Antarktis gegen vereinbarte Abmachungen. Unter dem ewigen Eis werden die größten Kohlevorkommen der Erde sowie Erzlager für die Gewinnung von Chrom, Gold, Kobalt, Kupfer, Nickel, Platin, Zink, Zinn, Uran und Titan vermutet. Im Festlandsockel hofft man bei Erdöl fündig zu werden.

„Kein gemeinsames Erbe der Menschheit"

Mehrere amerikanische Multis (Atlantic Richfield, Exxon, Gulf Oil und Texaco) sowie australische, japanische und kanadische Unternehmen haben bereits Interesse am Erwerb von Explorationsrechten bekundet. Das angesehene amerikanische Informationsblatt „Platt's Oilgram" schätzt, daß 15 Milliarden Barrel Erdöl in dieser Region vorhanden sind. Nach dem gegenwärtigen Stand der Technik wären jedoch die Förderkosten extrem hoch.

„Vielleicht platzen eines Tages alle Spekulationen über unermeßliche Bodenschätze in der Antarktis wie eine Seifenblase", meinte der amerikanische Unterhändler im „Antarktis-Club", Tucker Scully, „oder die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Trotzdem müssen wir für den Fall der Fälle schon jetzt Vorsorge treffen." Deshalb soll ein Kodex für die Nutzung aufgestellt werden.

Die Unterzeichner des Antarktis-Vertrages wachen eifersüchtig darüber, daß die Reichtümer des sechsten Kontinents nicht zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit" erklärt werden, wie es mit den Bodenschätzen auf dem Grunde der Weltmeere geschah. Aus dem gemeinsamen Interesse, eine internationale Regelung nach dem Vorbild der Seerechtskonvention abzuwenden, arbeiten in der Antarktis-Konferenz sogar Argentinien und Großbritannien (Falkland-Konflikt) reibungslos zusammen.

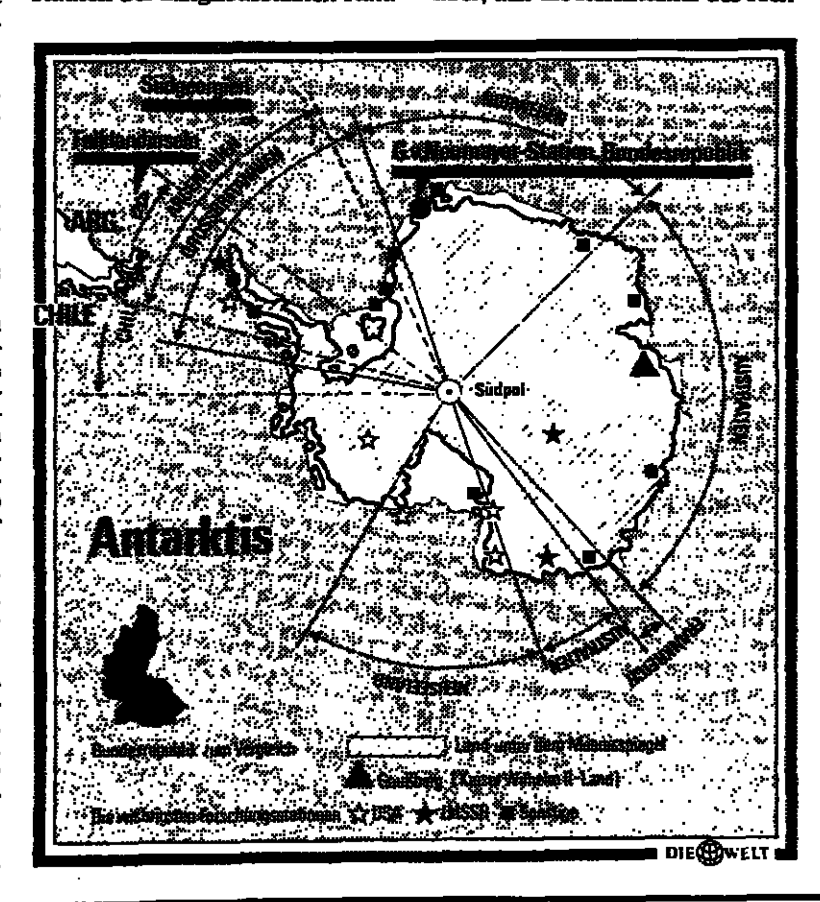
Von den Nachwehen des letztjährigen Krieges im Südatlantik sind dieser Tage zwei Forschungsschiffe der brasilianischen Antarktis-Expedition auf der Heimfahrt betroffen worden. Eine britische Fregatte brachte eines der Schiffe vor den Falkland-Inseln auf, das andere wurde von einem Marineflugzeug nahe Südgeorgien überwacht. Vorher waren die Brasilianer von einem argentinischen Kanonenboot an der Durchfahrt durch den Beagle-Kanal gehindert worden.

Die Bundesrepublik hat kurz vor Jahresende 1982 das supermoderne Forschungsschiff „Polarstern" nach der Antarktis entsandt. Es brachte mehr als 50 Techniker und Wissenschaftler zur deutschen Georg-von-Neumayer-Station (nach einem Polarforscher benannt). Mit einem Aufwand von 280 Millionen Mark für den Zeitraum von 1980 bis 1983 können die Deutschen zu den in der Antarktis-Forschung führenden Nationen aufschließen. Es ist eine Investition für die Zukunft als Wirtschaftsmacht.

Die südpolaren Aktivitäten der Industrienationen, vor allem der Amerikaner, Briten, Franzosen und Russen, lassen die Entwicklungsländer nicht ruhen. Zeigten die Brasilianer kürzlich zum erstenmal Flagge, so charterte Indien schon zum zweiten Male den norwegischen Eisbrecher „Polarzirkel" zu einer Expedition. Die Inder errichteten in der „norwegischen Zone" vorübergehend die Beobachtungsstation „Südlicher Ganges" ein und tauften eine neuentdeckte Erhebung „Mount Indira".

Bis 1985 ein ständiger Stützpunkt eingerichtet werden soll, werden die Inder jedes Jahr eine begrenzte Expedition unternehmen. Gegenwärtig unterhalten Amerikaner und Sowjets, Argentinier und Chilenen permanente Stationen. Premierministerin Indira Gandhi erklärte vor dem Parlament: „Wir sind nicht der Meinung, daß nur die wenigen reichen Länder nach den fernen, unbewohnten Gebieten greifen dürfen. Wir und andere Nationen haben dasselbe Recht." Im Laufe dieses Jahres werden die ersten Chinesen die Antarktis betreten.

Entgegen den Ratschlägen von Völkerrechtlern strebt Frau Gandhi keinen indischen Beitritt zum „Antarktis-Club" an; Neu-Delhi will vielmehr aus Solidarität mit der Dritten Welt für die Antarktis eine ähnliche Regelung wie in der Seerechtskonvention fordern. Das Gipfeltreffen der Blockfreien vom 7.–11. März in der indischen Hauptstadt könnte das Forum für einen solchen Vorstoß abgeben. Bei den Vereinten Nationen zeigt man keine Eile. Ein Experte äußerte ironisch: „Der Antarktis-Vertrag von 1959 ist juristisch ohne Wert. Er erinnert an das Berliner Abkommen von 1884, in dem eine Handvoll europäischer Mächte selbstherrlich Einflußgebiete in Afrika festlegte. Der Völkergemeinschaft wird es noch obliegen, den gültigen Rechtsstatus der Antarktis zu bestimmen." Dazu meinte ein westlicher Diplomat: „Eins steht fest: Die Antarktis ist ein großer Brocken, an dem sich die UNO verschlucken wird."





Voeren oder Fouron? Flämisch oder Wallonisch? Unbeantwortete Fragen, die immer wieder mit brutaler Gewalt zu beantworten versucht werden. FOTO: GAMMA

Dorfbürgermeister Happart gefährdet Belgiens Einheit

Von BODO RADKE

Der Mann heißt José Happart, ist 35 Jahre, betätigt sich als Obstbauer und wohnt in einem abgelegenen ländlichen Gebiet Belgiens. Und dennoch ist der Name José Happart im gemeinsamen Königreich der Flamen, Frankophonen und einer deutschsprachigen Volksgruppe mindestens so bekannt geworden wie der des fünffachen Tour-de-France-Siegers Eddy Merckx.

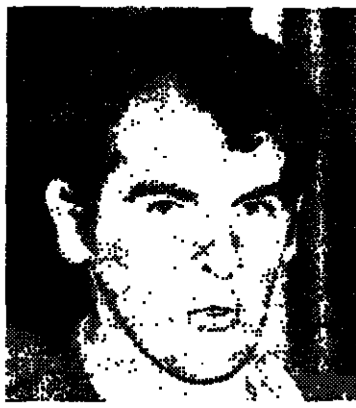
Allerdings gibt es da einen großen Unterschied. Wenn das Radsport-Genie Eddy Merckx als Nationalheld aller Bewohner Belgiens galt, wird José Happart als Symbol für den Machtkampf zwischen Flamen und Wallonen in seiner schärfsten, auf ein einziges Thema zugespitzten Form empfunden. Es geht darum, ob der Wallone Happart als Bürgermeister der zur flämischen Provinz Limburg gehörenden Sechs-Dörfer-Gemeinde Voeren mit ihren 4200 Einwohnern akzeptabel ist oder nicht.

Vor wenigen Wochen erst wäre über diesen Streitfall Belgiens Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen beinahe gestrauchelt. Volle 30 Stunden lang saßen die Kabinettsangehörigen über das „Dossier Happart" gebeugt am Konferenztisch. Wie schon so oft in der belgischen Innenpolitik, zählte nicht mehr die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Parteirichtung, sondern ausschließlich, ob man Flame oder Frankophoner ist.

Daß es an diesem Wochenende nicht zum Auseinanderbrechen der fünften Regierung unter Leitung des christlich-demokratischen Premiers Wilfried Martens kam, war nur der Einsicht aller an den Marathonberatungen Beteiligten zu verdanken, man könne mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg der Bevölkerung unmöglich ein Abtreten des Kabinetts wegen einer Dorfbürgermeister-Affäre zumuten.

Der schließlich gefundene typisch „belgische" Kompromiß erwies sich jedoch als so abenteuerlich und stieß in der Öffentlichkeit auf so heftigen Protest, daß ihn die Regierung schon sechs Tage später durch einen anderen ersetzen mußte. Den Bewohnern der Landgemeinde Voeren blieb es erspart, administrativ der weit entfernten Provinz Brabant – mit der offiziell zweisprachigen Hauptstadt Brüssel – zugeschlagen zu werden. Dafür müssen sie in Kauf nehmen, daß José Happart nicht erst zum 1. Januar 1985, sondern schon ein Jahr früher zum Bürgermeister ernannt wird, sofern er bis dahin die flämische Sprache einigermaßen erlernt hat.

Für Leser, die mit den verzwickten Feinheiten der Volksgruppen-Problematik im EG- und NATO-Mitgliedsstaat Belgien nicht vertraut sind, mag der Streit um Voeren – von den Frankophonen Fouron genannt – wie eine banale Bauernkomödie erscheinen. Doch über diese Sechs-Dörfer-Region an der Grenze zu den Niederlanden sind Anfang der siebziger Jahre schon zwei belgische Regierungen gestürzt. Und mit dem Namen Voeren verbindet sich die Erinnerung an ein halbes Dutzend bürgerkriegsähnlicher Zusammenstöße, bei denen sich dort Tausende von weither angereiste militante Flamen mit Tausenden von weither angereisten militanten Wallonen wahre Feldschlachten lieferten.



Bürgermeister José Happart FOTO: BELGA

Seither leben die gemäßigten und verantwortungsbewußten Menschen Belgiens in der ständigen Furcht, daß Voeren/Fouron bei einem – jederzeit möglichen – Ausbruch neuer Gewalttätigkeiten zu einem „belgischen Nordirland" werden könnte. Und für die Flamen ist der Name José Happart gleichbedeutend mit wallonischem Extremismus in militantester Form. Der erst vor wenigen Jahren aus der Stadt Lüttich in die Landgemeinde gezogene Happart beschäftigt sich nämlich keineswegs nur mit seinen Obstplantagen. Als Chef der radikalen „action fouronnaise" kommandierte er seine Mannen in allen Feldschlachten. Manche seiner flämischen Dorfgenossen sprachen von ihm nur als „Terroristen".

Nicht wenige andere halten ihn für eine bloße Marionette einflußreicher großbürgerlicher Kreise in Lüttich. Diese, so heißt es, hätten es nie verwinden können, daß bei der Festlegung der Sprachgrenzen im Jahre 1963 die damals noch selbständigen sechs Dörfer von Voeren/Fouron im Zusammenhang mit einem großen politischen Kuhhandel der wallonischen Provinz Lüttich entzogen und der flämischen Provinz Limburg angegliedert wurden.

Am stärksten benachteiligt fühlten sich die in Voeren/Fouron ansässigen Familien einer sozialen Oberschicht. Für sie gehört es auch bei flämischem Herkommen zum guten Ton, sich ganz frankophon zu gebärden. Das trifft übrigens ebenso auf andere flämische Regionen Belgiens zu. Es gilt als sicher, daß aus diesen Kreisen die Geldgeber jener Regionalpartei „Retour à Liège" (zurück nach Lüttich) stammen, als deren Spitzenkandidat José Happart bei den letzten Gemeindewahlen im Oktober fungierte. Er und seine Parteifreunde besetzen seither 10 der 15 Abgeordnetenplätze im Kommunalparlament von Voeren/Fouron.

Die Wahl von Happart zum Bürgermeister war im Gemeinderat also nur eine Formsache. Nach der belgischen Kommunalordnung werden jedoch alle Bürgermeister formell vom König auf Vorschlag der Regierung ernannt. Durch diese Bestimmung ist der „Fall Happert" zu einem Problem geworden, der wieder einmal Belgiens Staatsgefüge ins Wanken bringen könnte. Mit dem Brüsseler Regierungskompromiß sind nämlich nur ein paar Monate Zeit gewonnen worden. Falls der Bürgermeister in spe tatsächlich am 1. Januar 1984 offiziell ernannt werden sollte, will sein ärgster flämischer Widersacher in der Gemeinde einen „Marsch auf Brüssel" organisieren.

Dieser Mann heißt Guido Sweron. Und in einem Zeitungsinterview tönte er bereits: „Mindestens hunderttausend protestierende Flamen in der überwiegend französischsprachigen Hauptstadt: das muß zu Straßenschlachten führen. Und daraus kann schnell eine Revolution entstehen mit der Explosion des belgischen Staates als möglicher Folge." (SAD)

Angriffe auf die Vergangenheit Vogels

Die Vorwürfe des Tierarztes Ernst Holler, die die Sozialdemokraten zu heftiger Reaktion veranlaßten

DW. Bonn

Dem SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel ist auf einer Wahlkampfveranstaltung der bayerischen CSU in Rimsting am Chiemsee der Vorwurf gemacht worden, er sei in der Hitler-Jugend als NS-Kulturbeauftragter aufgetreten. „Bei der Hitler-Jugend haben wir Vogel gefürchtet", sagte der CSU-Ortsvorsitzende, Tierarzt Ernst Holler, nach einem Bericht von „Bild am Sonntag".

In seiner Rede vor Rimstinger Bürgern berichtete Holler nach Angaben der Zeitung über die „gemeinsame Hitlerjugend-Zeit" mit dem knapp zwei Jahre älteren Hans-Jochen Vogel. Als Kulturbeauftragter des HJ-Bannes 116 in Gießen habe Vogel, im Kino ‚Gloria-Palast' mit würdevollen Reden sonntägliche Weihestunden abgehalten, in denen er junge Pimpfe und Jungmädchen dem Führer weihte".

Die Betroffenheit der Zuhörer im Saal des Gasthofes „Ludwigshöhe" habe sich „zum Tumult und heller Empörung" gewandelt, als der Tierarzt ein Intermezzo aus jener Zeit schilderte: „Als 15jähriger hatte ich – ich war damals in HJ-Uniform – eine Schlägerei mit meinem Fähnleinführer. Ich wurde auf den Bann befohlen, um von einem Staatsanwalt und dem damaligen Kulturbeauftragten Hans-Jochen Vogel verurteilt zu werden. Das Urteil lautete: Degradierung zum Pimpf wegen Schändung der Uniform. Außerdem erhielt ich ein großes Schreiben, daß ich für die Aufgaben beim Aufbau des Nationalsozialismus nicht geeignet sei. Die Papiere würden mich auf meinem ganzen Leben begleiten. Die Unterschrift lautete: „Hans-Jochen Vogel".

Der ebenfalls anwesende CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn erklärte nach diesem Eklat gegenüber „Bild am Sonntag", was Holler vorgetragen habe, sei eine „Ungeheuerlichkeit": „Wenn einer im Geiste des Nationalsozialismus anderen jungen Menschen fürs Leben eins anhängen will", so Graf Huyn, „ist das eine himmelschreiende, erschütternde Tatsache."

Daß er die Vorwürfe erst zu Beginn der Schlußwoche der des Bundestagswahlkampfes öffentlich erhob, begründete Tierarzt Holler gegenüber der Zeitung damit, daß ihm bekannt geworden sei, Hans-Jochen Vogel habe vor drei Wochen seine ehemalige Gießener Schule, das Landgraf-Ludwig-Gymnasium, besucht. In der anschließenden Pressekonferenz habe er jedoch seine Vergangenheit als Kulturbeauftragter der HJ in den Jahren 1941–1943 nicht erwähnt. Vogel ist 1926 geboren.

Auf die Frage des Reporters, ob er, Holler, damit sagen wolle, daß es im Lebenslauf des SPD-Kanzlerkandidaten Lücken gebe, antwortete Holler: „Ja. Und Vogel muß jetzt Farbe bekennen". Die Jugend habe „ein Recht auf Aufklärung. Sie will und muß über die nationalsozialistische Vergangenheit eines Kanzlerkandidaten unbedingt und um jeden Preis Bescheid wissen". Dabei gehe es um die Glaubwürdigkeit der Demokratie, betonte Holler. „Heute ist meine erste öffentliche Wahlveranstaltung nach dem Besuch Vogels in Gießen. Deshalb diese Enthüllung erst jetzt. Mit dem Wahlkampf hat das nichts zu tun".

Auf weitere Fragen äußerte sich der Tierarzt eingehend über seine Eindrücke von Vogels Tätigkeit als eine Art Kulturbeauftragter der Hitler-Jugend im Raum Gießen. „Vogel war arrogant, selbstherrlich, autoritär und humorlos, wenn er in der Uniform mit den weißen Schnüren auftrat", sagte Holler. „In seiner Karriere-Funktion als Kulturstellenleiter war er von den etwa 20 Fähnlein mit je 120 Hitler-Jungen gefürchtet". Nach Hollers Angaben war es nicht nur Aufgabe Vogels, Fanfarenzüge zu betreuen, sowie Opern, Operetten, Theaterstücke oder Literatur „in Nazi-Auslegung" zu verbreiten; er habe auch dafür sorgen sollen, „die jungen Menschen kulturell zu totaler Hörigkeit erziehen zu helfen".

Mit Schärfe präzisierte Holler auf weitere Fragen diese Erziehungsaufgaben: „Vogel setzte praktisch die Kulturarbeit fort, die mit der Bücherverbrennung durch die Nazis begonnen hatte. In dieser Funktion war er bei der HJ so etwas wie der verlängerte Arm des Reichspropaganda-Ministers Goebbels".

Er selbst, so Haller, habe nach der Verhandlung wegen des Vorwurfs der Uniformschändung, bei der Vogel anwesend gewesen sei, gelitten, weil er damit habe rechnen müssen, daß ihm der Eintrag nicht nur in der Schule, sondern auf seinem weiteren Lebensweg schaden werde. Auf die Frage von „Bild am Sonntag", ob Vogel auf Holler immer noch so wirke, wie er ihn von früher schildere, antwortete der Tierarzt: „Er war damals Karrierist. Selbstgefällig, selbstherrlich. So wirkt er auf mich heute noch."

In einem Kommentar („Stellen Sie sich, Herr Dr. Vogel"!) betont der Chefredakteur von „Bild am Sonntag" Ewald Struwe: „Millionen Deutschen waren damals in der NSDAP, in der SA oder allgemeinen SS, in der HJ. Sie alle leben heute als geachtete Bürger unter uns ... in einer Demokratie, die den ‚kleinen Nazis' nichts nachträgt." Da Hans-Jochen Vogel jedoch „Kanzler aller Deutsrhen" werden möchte, so Struwe, müsse er sich auch Fragen zu einer Vergangenheit stellen: „Diesmal ist es nicht, wie beim Terrafinanz-Skandal, damit getan, nur das Haupt in Unschuld zu verhüllen."

Als Genscher kam, fehlte Ronneburger

S. HEYDECK, Bad Segeberg

„Genscher ist wieder der alte", jubelt der Veranstaltungsleiter zur Mittagszeit im mit mehr als 600 Zuhörern überfüllten Hotelsaal in Bad Segeberg. In der Stadt der Karl-May-Festspiele hat sich der FDP-Vorsitzende nicht wie ein fintenreicher, auf dem Kriegspfad schleichender Indianer geduckt. Vielmehr hat er kämpferisch und offensiv – als ob es keinerlei Spannungen und Kontroversen zwischen der Bundes- und Landes-FDP gibt – 30 Minuten lang Zuversicht und Optimismus ausstrahlend um die Zweitstimme getrommelt.

Hans-Dietrich Genscher läuft wieder auf vollen Touren. Das zeigt er schon bei der Anreise mit dem Charterflugzeug. In der Luft verkündet der Pilot der vorausfliegenden Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer, der Parteichef komme mit seiner Maschine hinterher. Doch dann, bei der Landung in Hamburg, sieht sie gerade noch die Rücklichter seines Autokonvois.

Der Vorsitzende und seine Generalin sind auf ihrer Wahlkampftournee gezielt nach Bad Segeberg gekommen, um den von den abgesprungenen Jungdemokraten als „Lodenmantel-FDP-Leute" klassifizierten Liberalen dort Mut zu machen. Die befürworten nämlich anders als die Führung der norddeutschen Landespartei die Bonner Koalition der Mitte.

So „überhört" das Duo aus Bonn auch ungerührt, daß – anders als in den anderen Bundesländern – der Landeschef „verhindert" sei. Uwe Ronneburger, dessen sich bewußt als „Schleswig-Holstein-FDP" abgrenzende Parteiführung bei den Landtagswahlen am 13. März für eine Koalition mit der SPD wirbt, hatte für den Nachmittag zu einer Nachbarschaftsparty auf seinen Staatshof in Tetenbüll gebeten.

Und genausowenig lassen sich Genscher und Irmgard Adam-Schwaetzer dadurch provozieren, daß auf Flugblättern im Saal mit dem Bild von Ronneburger der abgrenzende Slogan „Damit Glaubwürdigkeit eine Chance hat" prangt und es im Text mit Rückblick auf den Berliner FDP-Parteitag heißt: „Und Uwe Ronneburger war – als Gegenkandidat von H.-D. Genscher – Hoffnungsträger all der Liberalen, die einen neuen, glaubwürdigen Anfang machen wollten." Sie stört auch nicht, daß aus einer zusätzlich verteilten Wahlkampf-Broschüre die aus der FDP ausgetretene Helga Schuchardt fröhlich unter der Überschrift „F.D.P. Schleswig-Holstein für ein Wächteramt der Liberalen" dem Leser entgegenlächelt.

Wegen des Widerspruchs zwischen Bundestags- und Landtagswahlkampf, zwischen den Parteiführungen in Bonn und Kiel hatte das Thomas-Dehler-Haus vorsorglich Organisation und Durchführung der einzigen Großveranstaltung, zu der Genscher in den Norden gekommen war, selbst in die Hand genommen und nicht der Landespartei überlassen. Der Parteichef und die Generalsekretärin bemühten sich dann auch, diese Spannungen zu überdecken.

Der Unterschied zu Kundgebungen in den anderen Bundesländern zeigte sich in Bad Segeberg auch in der Zusammensetzung der Zuhörer. Zwar meldete sich auch dort nicht der von Genscher „wie immer besonders herzlich begrüßte politische Gegner" zu Wort. Überproportional aber waren CDU-Anhänger und Sympathisanten vertreten, die mit Ansteckern und Aufklebern ihre Präferenz bekundeten.

Deutlich wurde die Stoßrichtung von Genscher und Irmgard Adam-Schwaetzer im Vergleich zu ihren sonstigen Auftritten, daß sie die Union völlig bis auf den Hinweis zum Willen zur Fortsetzung der „Koalition der Mitte" aussparten und dafür um so massiver den SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel und dessen Partei attackierten. Allerdings hielt sich Genscher bei seiner Aufforderung zum Stimmen-Splitting („Die zweite Stimme für die FDP") offen. Nicht dem Bewerber der Union, sondern dem „Kandidaten der größeren Partei", solle man die Erststimme geben.

Strauß warnt vor einer Abkoppelung von USA

Spitzenkandidaten modifizieren ihre Raketen-Position

GÜNTHER BADING, Bonn

Eine Woche vor dem Wahltermin haben die Spitzenkandidaten aller im Bundestag vertretenen Parteien noch einmal ihre jeweiligen Positionen in der Diskussion um die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen in Europa deutlich gemacht. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" bezeichnete der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, gestern abend den NATO-Doppelbeschluß als „die Reaktion der freien Welt gegen die sowjetische Überrüstung".

Ziel der CDU/CSU sei, „Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen". Wenn die Sowjetunion nicht bereit sei, ihre Waffen zu reduzieren und abzubauen, so bleibe dem Westen nichts anderes übrig, als mit den Raketen gleichzuziehen. Kohl: „Wir alle wollen dies nicht. Wir wollen möglichst keine sowjetischen und keine amerikanischen Raketen in Europa. Aber wenn die Sowjetunion uneinsichtig ist, muß der Westen reagieren, um seine Sicherheit auch in der Zukunft zu garantieren." Diese Position habe seine Partei bei der Beschlußfassung der NATO 1979 schon ebenso vertreten wie heute.

In derselben Sendung wurde auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seiner Verabschiedung vom Bonner Diplomatischen Corps am 30. September 1982 zitiert: „Als ein Stationierungsland haben wir ein vitales Interesse am Erfolg der INF-Verhandlungen in Genf. Wenn aber diese Verhandlungen trotz größter Anstrengungen unserer amerikanischen Freunde erfolglos bleiben sollten, so werde ich allerdings auch für eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen eintreten."

Die Sozialdemokraten wollen auf einem Sonderparteitag Ende dieses Jahres erst ihre Position endgültig festlegen. Ab Herbst allerdings soll, so haben es die Mitglieder der NATO beschlossen, nachgerüstet werden. Der Bedarf soll „im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse" der amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf geprüft werden.

SPD-Spitzenkandidat Hans-Jochen Vogel knüpfte in seiner Erklärung im ZDF gestern abend an die Politik von Helmut Schmidt an. Der frühere Bundeskanzler habe auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen „von Anfang an das Ziel verfolgt, den Rüstungswettlauf der beiden Supermächte zum Stehen zu bringen". Inzwischen habe sich die Sowjetunion „ein Stück bewegt", allerdings nicht weit genug. „Und natürlich ist bei diesem Vorschlag von Andropow auch Taktik im Spiel. Aber erstmals hat die Sowjetunion gesagt, sie hat zuviel Raketen, und sie will diese Raketen reduzieren." Als Ziel seiner Partei in der Auseinandersetzung um die Mittelstreckenwaffen nannte Vogel ein Ergebnis, „bei dem die sowjetische Seite radikal reduziert und dann die Aufstellung neuer Raketen auf unserer Seite überflüssig wird".

In dieser Formulierung sieht der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, eine Abkehr der sozialdemokratischen Partei von der früheren gemeinsamen Basis in der Sicherheitspolitik. Die SPD habe „sich dieser sowjetischen Vorstellung angenähert". Es könne nicht hingenommen werden, „daß man der Sowjetunion ein Monopol bei den Mittelstreckenraketen zubilligt, denn das würde bedeuten, daß wir in Zukunft – noch dazu vertraglich zugesichert – von 150 SS-20-Raketen bedroht blieben. Das wäre die Vernichtungskraft von mehr als 3000 Hiroshima-Atombomben." Die Haltung der SPD bedeute „eine erhebliche Erschwerung der Genfer Verhandlungen".

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sagte, es gehe bei den Verhandlungen in Genf nicht um die Frage ja oder nein zu Raketen. „Es geht darum, ob Europa Mitte der 90er Jahre politisch erpreßbar wird und ob Europa sich von den Vereinigten Staaten von Amerika abkoppelt." Genau diese Abkoppelung sei das Ziel der sowjetischen Politik. Der sowjetische Außenminister Gromyko habe jetzt die Katze aus dem Sack gelassen. „Er hat ja offen gesagt, worum es der Sowjetunion gehe, nämlich um die Trennung der Europäer von den Amerikanern."

Wer sich gegen den Doppelbeschluß der NATO mit seinem Verhandlungs- und seinem Stationierungsteil wende – „wie jetzt leider Hans-Jochen Vogel" –, der fördere den Bruch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Er fördere gleichzeitig die Hinwendung zur Sowjetunion. Strauß: „Die Strategie der Sowjetunion ist ganz durchsichtig und klar. Zuerst hat sie die Europäer mit Angst und Furcht vor einem Krieg erfüllt. Dann hat sie den Eindruck erweckt, den Glauben verbreitet, daß der Krieg und die Kriegsgefahr nur von Amerika ausgingen. Und jetzt zieht sie die Schlußfolgerung: Weg von Amerika. Und damit wären wir wie die Maus in der Falle."

Bahr: Parteitag über Raketen vorverlegen

dpa, Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat sich für eine Vorverlegung des ursprünglich für Anfang Dezember geplanten SPD-Parteitages zur Entscheidung über die Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt.

Bahr, Mitglied der Regierungsmannschaft von SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel, sagte gestern in Bonn vor europäischen Vertretern der Sozialistischen Jugendinternationale: „Die Partei würde sich betrogen fühlen", wenn der Parteitag erst nach begonnener Stationierung stattfände.

Eine Zwischenlösung bei den Genfer Raketen-Verhandlungen der USA und der Sowjetunion lehnte Bahr wiederum ab. Eine solche Zwischenlösung, die auch in der Bundesregierung erwogen wird, bezeichnete er als „reinen Betrug" an der Bevölkerung, weil dies den Beginn der Stationierung bedeutete, ohne daß man wisse, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen später führten. Die Verhandlungen könnten dann mehrere Jahre in Anspruch nehmen, während die Stationierung weitergehe.

Für den Fall, daß die Unterhändler in Genf zwei oder drei Monate mehr Zeit haben wollten, müsse über ein Moratorium entschieden werden, so daß ein SPD-Parteitag vor Dezember in jedem Falle nötig sei, meinte Bahr. Für diese Lage nannte er die Möglichkeit eines weiteren außerordentlichen Parteitags Anfang 1984 zur Entscheidung über die Stationierung.

China bekräftigt Kritik an Reagan

dpa, Peking

Die chinesische Führung hat Äußerungen von US-Präsident Ronald Reagan zur Taiwan-Frage kritisiert. In einem von allen Pekinger Zeitungen veröffentlichten Kommentar hieß es, Reagans Erklärungen gegenüber der US-Zeitschrift „Human Events" stünden in völligem Widerspruch zu dem Kommuniqué, das Peking und Washington im August vergangenen Jahres über die US-Waffenlieferungen an Taiwan ausgehandelt hätten. Der Präsident nehme damit eine Position ein, die einen „ernsten Rückschritt" bedeute.

In dem Kommentar wird vor allem die Äußerung Reagans kritisiert, daß eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage die Voraussetzung für die Reduzierung der Waffenlieferungen an Taiwan sei. Diese Forderung sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, heißt es in dem Kommentar.



Oxfort: Modell Berlin gilt auch für den Bund

FDP-Politiker sieht keine Chance für Regierung mit SPD

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Der künftige FDP-Spitzenkandidat in Berlin und Justizsenator in spe im geplanten neuen CDU/FDP-Kabinett, Hermann Oxfort, hat eine „genaue Bestandsaufnahme" des Senats und der neuen Bundesregierung über Möglichkeiten der Berlin- und Deutschlandpolitik angekündigt. In einem Gespräch mit der WELT nannte Oxfort die Stadt Berlin „das Paradebeispiel für die ungelöste deutsche Frage".

WELT: Eine Woche vor der Bundestagswahl besitzt die Weizsäcker-Offerte an die FDP, in den Senat einzutreten, auch eine bundespolitische Bedeutung. Worin liegt sie Ihrer Meinung nach?

Oxfort: Das Angebot macht deutlich, daß auch die CDU-Führung im Bund die Mitwirkung einer liberalen Partei für die Zukunft unseres Landes für unabdingbar notwendig hält. Die CDU-Spitze hat

INTERVIEW

offensichtlich begriffen, daß die Union auf die Dauer eine regierungsfähige Mehrheit nicht allein, sondern nur gemeinsam mit der FDP erreichen kann.

WELT: Ein „Modell Berlin" also, das langfristig auch für den Bund gilt?

Oxfort: Eindeutig ja. Es gibt auf absehbare Zeit keine Chance mehr für die FDP, die Bundesrepublik oder auch nur Berlin gemeinsam mit der SPD zu regieren.

WELT: Im Bund die „Wende von oben", in Berlin die „Wende von unten" – kann die FDP als kleinste aller Parteien solche Kraftakte überhaupt bewältigen?

Oxfort: Ich habe schon früher gesagt: In der FDP werden in Wahrheit die großen geistig-politischen Auseinandersetzungen unseres Landes ausgetragen. Dies hat mit dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik niemals in die große Zerreißprobe geraten ist, in die sie geriete, wenn sich nur zwei große Parteien um die politische Macht streiten. Dies haben wir beispielhaft in England erlebt.

WELT: Die FDP versteht sich in besonderer Weise als Partei der Berlin- und Deutschlandpolitik. Kann das neue Berliner Bündnis hier neue Bewegungen in Gang setzen?

Oxfort: Die FDP wird neue Anstöße in der Berlin- und Deutschlandpolitik geben müssen. Wer dies will, darf einerseits die Realität nicht aus dem Auge verlieren, d. h., er muß auf den abgeschlossenen Verträgen aufbauen und sie möglichst fortentwickeln. Er darf andererseits nicht vernachlässigen, daß Berlin wegen seiner isolierten geopolitischen Lage das Paradebeispiel für die ungelöste deutsche Frage ist. Berlin braucht zum Überleben den Glauben daran, daß eines fernen Tages die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten in Frieden und Freiheit möglich ist. Berlin darf sich nicht als Speerspitze eines kalten Krieges verstehen. Es darf sich andererseits aber auch nicht als Symbol des Anspruchs der Deutschen, eines Tages wieder in einem Volk und in einem Staat zusammenzuleben, selbst aufgeben.

WELT: An welche konkreten neuen Beiträge der FDP zu einer solchen Politik denken Sie?

Oxfort: Nach der Neuwahl des Bundestages und der Bildung eines Koalitions-Senats in Berlin ist es unsere Aufgabe, eine genaue Bestandsaufnahme vorzunehmen und gemeinsam mit der Bundesregierung zu prüfen, was noch möglich ist. Wir alle wissen, daß große spektakuläre Schritte angesichts des Interessengegensatzes zwischen Ost und West derzeit nicht erreichbar sind. Hier gilt es, behutsame Arbeit zu leisten und vor allem auf weitere menschliche Erleichterungen zu dringen. Dazu zählt auch die Rücknahme der Zwangsumtauscherhöhung.

WELT: Den einzigen Wutausbruch des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel während des gesamten Wahlkampfes gab es, als die Nachricht von Weizsäckers Angebot an die FDP aus Berlin kam. Worauf führen Sie diese Reaktion zurück?

Oxfort: Ich halte das für einen SPD-Propagandatrick. Man darf nicht vergessen, daß die engsten Mitarbeiter Vogels heute wie damals – der frühere Innensenator Frank Dahrendorf und der ehemalige Senator Günter Gaus – der FDP im Wahlkampf 1981 teils öffentlich, teils intern für den Fall, daß SPD und FDP keine regierungsfähige Mehrheit erreichen, selbst geraten hatten, dann den schweren Weg der Zusammenarbeit mit der CDU zu gehen. Hans-Jochen Vogel sollte, wenn er der FDP Wortbruch vorwerfen will, auf zwei Dinge achten:

Die FDP-Wahlkampfaussage 1981 ließ sehr wohl eine Koalitionsmöglichkeit mit der CDU offen. Er sollte vor allem daran denken, daß er seine eigenen Versprechungen Berlin gegenüber nicht gehalten hat. Man mag politisches Verständnis dafür haben, daß Vogel dem Ruf seiner Partei den Vorzug gegenüber der Einhaltung seines Versprechens gegeben hat, mindestens eine Legislaturperiode in Berlin zu bleiben. Bis heute hat jedoch Vogel nicht zu erkennen gegeben, daß er in Berlin bleibt, wenn aus den hochfliegenden Plänen, Kanzler der Bundesrepublik zu werden, nichts wird.

Verklagt Bankier Spaniens Kabinett?

Gö. Madrid

Zweifel an den Unterlagen, mit denen der spanische Finanzminister Miguel Boyer die umstrittene Enteignung der Rumasa-Holding begründete, äußerte der frühere Rumasa-Chef José Maria Ruiz-Mateos in Madis. Ruiz-Mateos verwies darauf, daß seine Banken, obwohl der Finanzminister ihre Liquidität in Frage stellte, die daraufhin einsetzenden Massen-Abhebungen verkraften konnten. Ruiz-Mateos: „Anderthalb Milliarden Mark wurden mit Zinsen ausgezahlt, und trotzdem blieben die Banken liquide." Der Unternehmer kündigte an, er werde Rechtsmittel gegen die Enteignung einlegen.

Inzwischen teilte die Regierung offiziell mit, daß „einige der verstaatlichten Unternehmen in Privathände zurückgegeben werden können, wenn der Staat eine Investition zu ihrer Gesundung zurückerhalten hat, und private Interessen vorliegen". Damit korrigiert die Regierung Äußerungen des Präsidenten des Verbandes der Privatbanken, Termes, der nach einem Gespräch mit dem Regierungschef gesagt hatte, Felipe Gonzalez, habe die Rückgabe der Banken an den Privatsektor „garantiert".

Gegendarstellung

In Ihrem Artikel „Affäre Franke: Wurden Millionen Mark ‚gewaschen'?" behaupten Sie unter anderem, von einem Konto, über das der Vertraute Frankes Verfügungsgewalt gehabt hätte, seien abgezweigte Beträge dann auf ein weiteres Konto überwiesen worden, das Rechtsanwalt Dr. Vogel als Ostberliner Unterhändler eingerichtet hätte. Er hätte als DDR-Beauftragter 1982 allein in West-Berlin drei Konten für West-Mark-Einzahlungen besessen.

Diese Behauptungen sind falsch. Es sind keine Beträge auf ein „weiteres Konto" überwiesen worden, das ich als Ostberliner Unterhändler errichtet habe. Ich habe ein solches Konto nie errichtet. Ich besaß weder 1982 noch besitze ich heute als DDR-Beauftragter ein Konto für West-Mark-Einzahlungen. Ich besitze nur Konten, auf die Anwaltsgebühren überwiesen werden, nicht jedoch Zahlungen des innerdeutschen Ministeriums zugunsten der DDR.

Wolfgang Vogel

*

Noch dem Pressegesetz sind wir zum Abdruck dieser Gegendarstellung verpflichtet, gleichgültig, ob sie inhaltlich wahr oder unwahr ist.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Arbeitgeber-Protest gegen neue Warnstreiks

Friedenspflicht für die IG Metall läuft heute aus

GÜNTHER BADING, Bonn

Von Dienstag an wird es in der Metallindustrie des gesamten Bundesgebietes zu Warnstreiks kommen. Die IG Metall hat über ihre Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen ihre 2,5 Millionen Mitglieder dazu aufgerufen, um „Druck für einen akzeptablen Kompromiß in dieser Tarifauseinandersetzung zu machen". In den seit Anfang des Jahres laufenden Tarifverhandlungen hätten die Arbeitgeber bisher nicht einmal ansatzweise echte Kompromißbereitschaft erkennen lassen, heißt es in einem Flugblatt der IG Metall zur Mobilisierung der Mitglieder.

Die Metall-Arbeitgeber haben gegen die geplante Warnstreik-Welle protestiert, die die IG Metall jetzt in der dritten aufeinanderfolgenden Tarifrunde unter dem Stichwort „Neue Beweglichkeit" führen will. Die Friedenspflicht für die Gewerkschaft läuft heute um Mitternacht aus.

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, erklärte gegenüber der WELT, „das ist im Grunde genommen ein unhaltbarer Zustand, der uns Veranlassung gibt, dringend an das Bundesarbeitsgericht zu appellieren, bei der anstehenden Grundsatzentscheidung im Sommer dieses Jahres diese dritte Wiederholung der Warnstreikwelle zur Kenntnis zu nehmen". Die Arbeitgeber waren gerichtlich gegen die aus ihrer Sicht unzulässigen Warnstreiks in den vergangenen Jahren vorgegangen. Nach Entscheidungen in der zweiten Instanz muß jetzt das Bundesarbeitsgericht ein Grundsatzurteil fällen, ob Warnstreiks – wie die Arbeitgeber argumentieren in dem von der IG Metall bundesweit durchgeführten Ausmaß ebenfalls unter das Ultima-ratio-Prinzip fallen, wie der normale Streik nach einer Urabstimmung.

Kirchner: „Nach unserer Ansicht müssen solche Warnstreiks so lange unzulässig bleiben, wie Verhandlungen laufen und Verhandlungschancen nicht ausgeschöpft sind. Das ist aber erst der Fall, wenn die Verhandlungen für gescheitert erklärt worden sind. Und erst nach Scheitern von Verhandlungen kann man, wenn nicht Schlichtungsverfahren Platz greifen, das Mittel des Arbeitskampfes einsetzen".

Die Arbeitgeber verweisen zur Untermauerung ihrer Position besonders darauf, daß sich im Tarifgebiet Bayern die Standpunkte von Gewerkschaft und Arbeitgebern offenbar einander angenähert haben. Beide Seiten seien in ihrer vierten Verhandlungsrunde am 24. Februar übereingekommen, die Tarifverhandlung am 9. März „mit dem ernsthaften Willen zur Einigung" fortzusetzen. Demgemäß hätten beide Seiten auch vereinbart, daß ein Schlichtungsverfahren in Bayern, weil nicht nötig, ausgeschlossen sei.

Die Warnstreiks sollen schwerpunktmäßig in Norddeutschland beginnen. Gewerkschaftssprecher wiesen Vermutungen zurück, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Aktionismus der IG Metall und dem Wahlkampf gebe.

Bundeskanzler Helmut Kohl appellierte am Wochenende in einem Rundfunkinterview an die Vernunft der Tarifpartner, „zu tragfähigen Abschlüssen zu kommen, die den wirtschaftlichen Wiederaufstieg nicht hemmen". Der Kanzler wird heute mit den Tarifparteien – also Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zu einer Aussprache über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammenkommen.

Die meisten Franzosen stehen dem neuen Wahlmodus ratlos gegenüber

Gemeinderatswahlen als „Probelauf des Proporzes" / Parallelen zum deutschen System

A. GRAF KAGENECK, Paris

Drei von vier Franzosen wissen nicht, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen zu den Gemeinderäten zum ersten Mal seit dem Ende der 4. Republik vor 25 Jahren wieder nach dem Verhältniswahlrecht wählen dürfen. Dies ergab eine Umfrage der Pariser Zeitung „Libération" bei 765 Franzosen aller Altersklassen in der ersten Februar-Woche. Und wer davon wußte, gab freimütig zu, den Wahlmodus nicht verstanden zu haben.

Die Wiedereinführung des Verhältniswahlrechts ist eine der Reformen, deren Verwirklichung die Linksregierung nach dem Mai 1981 in Frankreich Vorrang eingeräumt hat. Wenn die Linke 23 Jahre lang unter dem Gaullismus aus dem politischen Leben des Landes ausgeschaltet war und nur ein Schattendasein neben dem mächtigen Block aus Gaullisten und Zentrum führte, so, weil das von General de Gaulle eingeführte Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen eindeutig die an der Macht befindlichen Parteien begünstigte.

De Gaulle lehnte das Verhältniswahlrecht ab; ihm gab er die alleinige Schuld an den instabilen Verhältnissen der 4. Republik, dem, wie er verächtlich sagte, „Regime der Parteien". Um einem ständigen Regierungswechsel ein Ende und Frankreich so stabil wie seine Nachbarn in Europa zu machen, führte er einen Wahlmodus ein, der zwangsläufig zu einem Zweiparteiensystem führen mußte und gewisserweise das politische System zementierte.

Man erinnert sich seines berühmten Satzes: „Zwischen uns (den Gaullisten) und den Kommunisten wird es eines Tages nichts mehr geben." Das war zu der Zeit, als die Kommunisten noch über ein Fünftel des Stimmenpotentials verfügten, die Sozialisten praktisch von der Bildfläche verschwunden waren und sich die Reste des einst mächtigen katholischen Zentrums unter die Fahnen des Gaullismus geflüchtet hatten.

Nach langer Erstarrung des politischen Lebens, symbolisiert in den Triumph-Wahlen des Gaullismus vom Juni 1968, die den großen Studentenunruhen folgten, regten sich erst Anfang der siebziger Jahre wieder Versuche, eine „andere" Linke und einen „französischen Liberalismus" ins Leben zu rufen. Sie wurden symbolisiert von François Mitterrand und Valéry Giscard d'Estaing. Der erste vollbrachte das Wunder, die Sozialistische Partei so aufzurütteln, daß sie mächtiger als die kommunistische wurde, und damit wurde die Linksunion möglich, die heute regiert. Der zweite brachte es zustande, den Gaullismus zu entthronen und sieben Jahre lang Frankreich „von der Mitte her" zu regieren, bis er sowohl von den Neogaullisten Chiracs wie den Rechtssozialisten im Zentrum verdrängt wurde.

In beiden Gruppierungen aber war immer wieder gelegentlich von der „proportionellen" die Rede, jenem ein wenig nostalgisch geliebten Proporz, der eine „ehrlichere Repräsentanz" der diversen politischen Strömungen des Landes garantierte und dem widerborstigen Charakter der Gallier im Grunde eher entsprach. Sollte man nicht, wurde in den Parteien der Sozialisten, Radikalen und Zentristen ventiliert, den Versuch machen, die Vorteile des Mehrheits- und des Verhältniswahlrechts zu kombinieren, der Vielfalt der Strömungen eine Ausdrucksmöglichkeit schaffen, ohne das kostbare Gut stabiler Institutionen zu verspielen?

Seit Sozialisten und Kommunisten Frankreich regieren, ist von Verhältniswahlrecht sehr viel gedämpfter die Rede. Auch sie haben inzwischen die uneingeschränkte, auf Jahre hinaus gesicherte Machtausübung gekostet. Solange ihre „Ehe" gutgeht, wird keiner von beiden auf nationaler Ebene am bestehenden Mehrheitswahlrecht für die Präsidentschafts- und die Parlamentswahlen rütteln. Stabilität über alles, rufen die Sozialisten. Und die Kommunisten vermerken etwas kleinlauter, daß es nicht in ihrem Interesse liegen könne, sich „zählen zu lassen", solange sie in einem historischen Tief ihres Stimmenumfangs stecken.

Um aber ihrem Versprechen treu zu bleiben, haben sie dem Proporzwahlrecht einen Probelauf bei den bevorstehenden Gemeindewahlen gestattet. Es gibt ein Listensystem, das Mehrheits- und Verhältnisrecht in zwei Wahlgängen so raffiniert mischt, daß es nur Politologen durchschauen. Manche Züge erinnern an deutsche Vorbilder, nur daß der Franzose nicht über zwei Stimmen verfügt wie sein Nachbar. Er würde volends an der Demokratie verzweifeln. Man wird sehen, ob sie sich an das Neue gewöhnen werden. „Die Reform des Wahlsystems garantiert eine Vertretung der politischen Minderheiten, ohne eine stabile Mehrheit in den Gemeinderäten zu gefährden", heißt es im Merkblatt für den Wähler. So einfach ist das.

Nur mit Kreisky können Sozialisten Sieg erhoffen

Schlüsselrolle bei den Wahlen / Zwei grüne Gruppen

CARL G. STRÖHM, Wien

Am Ende der sonntäglichen Fernsehdiskussion mit einer Runde von Journalisten wurde Österreichs Bundeskanzler Kreisky elegisch: Er habe den Herrn von Karajan gestern beim Dirigieren erlebt – und da sei ihm warm ums Herz geworden, weil er gesehen habe, was ein Mann auch im hohen Alter zu leisten bereit sei.

Der Politiker, der dies sagte, zählt selber 72 Jahre. Noch einmal zieht Bruno Kreisky, Symbol einer Epoche österreichischer Politik, in die große innenpolitische Schlacht. Am 24. April wird in Österreich ein neues Parlament gewählt.

Kreisky will diese Wahl noch einmal zu einer Art Abstimmung über seine Person machen. Er weiß, daß viele Österreicher zwar ihn persönlich, kaum aber die Sozialistische Partei ohne den Spitzenkandidaten Kreisky wählen würden. Nach neuesten Meinungsumfragen sind die Sozialisten, die beim letzten Wahlgang über 50 Prozent der Stimmen und die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erobern konnten, inzwischen auf 46,5 Prozent abgesunken. Würde sich bei den Österreichern der Eindruck durchsetzen, daß Kreisky nicht mehr für die ganze kommende Legislaturperiode voll zur Verfügung steht, so würde – nach dieser jüngsten Umfrage – die SPÖ acht Prozent ihrer bisherigen Wähler sicher und weitere zwölf Prozent wahrscheinlich verlieren. Obwohl die Österreichische Volks-Partei (ÖVP) – das Gegenstück zur deutschen CDU – bisher konstant bei etwa 42 Prozent verharrt, könnte dann zum erstenmal die Situation eintreten, daß die Sozialisten nicht mehr stärkste Partei sind.

Immer deutlicher wird also die Schlüsselrolle, die der alte Kreisky in seiner Partei und in der österreichischen Innenpolitik einnimmt. Er allein könnte einen nochmaligen Wahlsieg der Sozialisten garantieren – und deshalb ist er entschlossen, sein ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen.

Aber ob selbst dieses Gewicht ausreichen wird, um den Sozialisten eine weitere absolute Mehrheit zu sichern, wird zum erstenmal auch von vorsichtigen Beobachtern in Frage gestellt. Inzwischen ist nämlich die politische Szene in Bewegung geraten. Die Grünen haben sich auch hier formiert – in zwei unabhängigen Gruppierungen. Die „Vereinten Grünen", ein eher bürgerlicher Zusammenschluß, und die „Alternativen". Letztere gelten als radikal, zum Teil sogar als marxistisch. Kennzeichnend für die Stimmung unter den Grünen, die sich erheblich von jener bei ihren deutschen Farb-Brüdern unterscheidet, ist ein Ausspruch des in der Salzburger Lokalpolitik erfolgreich hervorgetretenen Schauspielers Herbert Fuxs. Auf die Frage, warum er nicht bei den links stehenden „Alternativen", sondern bei den „bürgerlichen" Grünen für das Parlament kandidiere, antwortete er: „Bei den ‚Alternativen' tummeln sich Revolutionäre, Marxisten und andere linke Ideologen. Dort kann mein Platz nicht sein."

Während für die „bürgerlichen" Grünen in der Meinungsumfrage immerhin sechs Prozent herausschauen, müssen sich die „Alternativen" mit einem einzigen Prozentpunkt begnügen. Die KP Österreichs dürfte auch diesmal nicht einmal dieses eine Prozent erreichen. Tragisch könnte das Auftauchen der grünen Gruppierungen allerdings für die kleine Freiheitliche Partei werden. Sie ist laut Umfrage auf vier Prozent abgesackt und könnte ihre Position als „dritte Kraft" einbüßen – wenn der Meinungstrend anhält.

Nicht Raketen und Rüstung scheinen die österreichischen Protestwähler in erster Linie zu alarmieren, sondern das „Zubetonieren" der Landschaft, der saure Regen und die in den etablierten Parteien aufgedeckten Korruptionsaffären. Jedenfalls haben sowohl SPÖ wie Volkspartei inzwischen in ihrem Wahlkampf selber auf grüne Argumente umgeschaltet. So wurde erst vor wenigen Tagen vom niederösterreichischen Landeshauptmann Ludwig verkündet, daß das Kamptal – eines der schönsten Flußtäler nordwestlich von Wien – nicht mit Kraftwerken und Staustufen zugebaut wird. Und Kreisky erklärte, jene Abgeordneten, die ein Regierungsamt erhielten, sollten ihr Parlamentsmandat niederlegen, um doppelte Bezüge zu vermeiden.

Italien will krankem Ex-König Rückkehr ermöglichen

Von F. MEICHSNER

Nie zuvor ist im republikanischen Italien soviel und so verständnisvoll vom König gesprochen worden wie in diesen Tagen. Überall im Land nehmen Menschen der verschiedensten politischen Überzeugungen, Repräsentanten aller Parteien Anteil am Schicksal des schwer erkrankten letzten Souveräns, des „Maikönigs" Umberto. Er war 1946 – nach nur einmonatiger Regierungszeit – durch das die Republik etablierende Verfassungsreferendum ins Exil geschickt worden. Vom 86jährigen Staatspräsidenten Sandro Pertini angefangen überlegen sich Politiker, Publizisten und Staatsrechtler, wie man dem Exmonarchen so schnell wie möglich die Rückkehr in die Heimat ermöglichen könnte.

Eine Änderung der Verfassungsbestimmung, die dem ehemaligen König, seiner Frau und allen männlichen Nachkommen das Betreten italienischen Territoriums verwehrt, ist bereits beschlossene Sache. Die parlamentarische Prozedur würde jedoch mindestens vier bis sechs Monate in Anspruch nehmen, und niemand weiß, ob der an Knochenkrebs leidende letzte Savoyer König dann noch am Leben sein wird. So sucht man nach einem Ausweg, vielleicht in Form eines vom Parlament autorisierten außergewöhnlichen Verwaltungsaktes der Regierung.

Die breite Diskussion über die Exilfrage ist nicht etwa durch eine monarchistische Renaissance in der Bevölkerung und in der politischen Welt ausgelöst worden. Im Gegenteil! Sie kam auf der Grundlage der allgemeinen Überzeugung in Gang, daß die Republik in 37 Jahren zur unerschütterlichen Staatsform geworden ist. Was die Italiener heute in ihrem Verhältnis zum ehemaligen Königshaus bewegt, ist nicht Nostalgie, sondern ein Gefühl der Menschlichkeit und des Mitleids.

Wie in so manchen anderen Fragen, in denen die „Humanitas" ins Spiel kam, hat auch diesmal Sandro Pertini als echter Volkspräsident das Signal gegeben. Mit dem Hinweis, daß er der Präsident aller Italiener sei – auch der Mitglieder der einstigen Königsfamilie –, nahm er sich schon vor einigen Jahren der Angelegenheit an. Zunächst ging es um die Frage, den nach dem Krieg verstorbenen König der faschistischen Zeit, Viktor Emanuel III., in die Heimat zu überführen. Dann ermöglichte der Präsident der Königstochter Maria Beatrice und ihrer Familie einen Besuch in seinem Amtssitz, dem einstigen Königspalast auf dem Quirinal, und führte mit ihr ein sehr freundschaftliches Gespräch.

Ende vergangener Woche schließlich schrieb er ihr einen Brief, in dem er die „verehrte Prinzessin" an die mit ihm verbrachten „beschaulichen Stunden im Quirinal" erinnerte, und weiter ausführte: „Ich schreibe Ihnen in diesen Tagen der schmerzvollen Sorge um die Gesundheit Ihres Vaters. Während ich den aufrichtigsten Wunsch und der Hoffnung Ausdruck verleihe, daß die Krise, die er durchmacht, überwunden werden möge, möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich persönlich hoffe, der Wunsch Ihres Vaters, die letzten Tage seines Lebens in Italien zu verbringen, möge in Erfüllung gehen."

An selben Tag, an dem dieses Schreiben in Rom veröffentlicht wurde, brachte ein Sanitätsflugzeug den 78jährigen Umberto von London, wo er seit August vorigen Jahres in einer Privatklinik lag, nach Genf, also in unmittelbare Nähe der italienischen Grenze.

Der Pertini-Brief stieß bei den Politikern auf keinerlei Widerspruch. Der republikanische Exministerpräsident Giovanni Spadolini schrieb in der Turiner „Stampa": „Wieder einmal hat Pertini – so wie nur er es tut und tun kann – mit diesem Brief erfaßt, was in der Volksseele vor sich geht. Die Hoffnung des Präsidenten ist die Hoffnung aller republikanischen und demokratischen Italiener."

Der sozialdemokratische Parteisekretär Pietro Longo schlug vor, daß das Parlament mit einem Votum seine feste Absicht zur Abänderung der konstitutionellen Exilbestimmung bekunden und die Regierung dann sofort – möglichst noch in dieser Woche – dem Exkönig ein Einreisevisum ausstellen solle.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne Rücksicht auf Regeln

„IG Metall: Vor dem 6. März massiver Druck"; WELT vom 15. Februar

Wenn man hört und liest, wie haßgeladen viele Gewerkschaften die jetzige Bundesregierung attakkieren und wie sie immer wieder versuchen, mit Drohungen ihre Ziele (die ja nicht unbedingt auch die aller ihrer Mitglieder sein müssen) zu erreichen, so kann einem trotz ständig versicherter „Demokratie" Angst und Bange werden. Wie soll ein freiheitlicher Rechtsstaat auf Dauer weiterbestehen, wenn sich eine bestimmte, sehr einflußreiche Gruppe seinen Regeln nicht fügen, sondern nur eigene Ansichten gelten lassen will?

Die Gewerkschaften haben sicherlich für das Wohlergehen der Arbeitnehmer viel getan. Es wird aber doch allmählich Zeit, zu erkennen, daß sich da ein Staat im Staate etabliert und daß letztlich der gewerkschaftsgläubige Arbeiter auf der Straße steht, wenn ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage immer nur Forderungen gestellt und durchgedrückt werden. Die hohen Herren der Gewerkschaft werden sich gewiß keine Sorgen um ihr tägliches Brot machen müssen!

Wenn heute eine Regierung versucht, aus dem ihr hinterlassenen Schlamassel neue Fundamente zu errichten für das Wohlergehen aller hier lebenden Menschen, so kann sie das nicht ohne deren Hilfe. Und es ist sicher besser, über absehbare Zeit einen Verzicht auf sich zu nehmen und sich auf die Eigenverantwortung zu besinnen, als kurzsichtigen Versprechungen nachzulaufen, die zwar im Augenblick schön anzuhören sind, die aber keine Probleme lösen – sie im Gegenteil nur noch vergrößern.

Inga v. Lemcke, Rheinfelden

Vier Fragen

„Wir können das Schicksal nicht wenden"; WELT vom 6. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kölns Oberstadtdirektor Rossa will aus gutem Grund seinen Flughafen dem Bund verkaufen, weil dieser durch eine weniger alternativ als in Schablonen denkende Luftfahrtbürokratie in Bonn die Ursache vielen Übels ist. Andererseits sollte Professor Rossa aber widerspruchsfrei bleiben, wenn er nach seinem Ausscheiden aus dem Kölner Flughafen-Aufsichtsrat vor lauter Frust aus seinem Seelenleben keine Mördergrube macht:

- Mit der amtlichen Bevölkerungsstatistik von Nordrhein-Westfalen ist kaum nachweisbar, daß im Einzugsbereich des Kölner Flughafens 10 Millionen Menschen wohnen.
- Wer verbietet dem Flughafen Köln, seine Abfertigungsgebühren marktkonform zu gestalten? Wieso darf dieser Flughafen nicht das Kartell der deutschen Flughäfen für Landegebühren verlassen?
- Mit welchem Recht verwahrt sich die Stadt Köln vor dirigistischen Eingriffen zugunsten der Lufthansa (Airport Express), wenn sie andererseits – zum frommen eigenen Nutzen – die Düsseldorfer Rumänien-Flüge nach Köln dirigiert wissen will?
- Mit welchem Argument wollte Rossa wohl die Lufthansa motivieren, ihren Tokio-Flug nach Köln zu legen, wo sich schon in der Eifel herumgesprochen hat, daß die Japaner in Düsseldorf zu Hause sind? Das ist so, wie wenn man einen Raddampfer der Köln/Düsseldorfer auf die Werra setzt. Dann fehlt's zwar auch am Tiefgang. Aber braucht man den denn nicht mehr?

Mit freundlichen Grüßen
Ralf Schmiedel, Meerbusch 2

Urteilsschelte

„Karlsruhe gibt die Wahl frei"; WELT vom 17. Februar

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

die Würfel sind gefallen – das Urteil des obersten Bundesgerichts ist ergangen. Als Demokraten beugen wir uns diesem Bescheid.

Wer die Begründung der Karlsruher Richter und den ausgezeichneten Kommentar von Herrn Hertz-Eichenrode aufmerksam einige Male gelesen hat, und wem es gegeben ist, auch zwischen den Zeilen zu lesen, der kann dem Wunsch des Herrn Bundespräsidenten, daß die politische Diskussion über diesen Vorgang nunmehr ihr Ende findet, nicht nachkommen.

Die Richter mußten nach den nicht lückenlos eindeutigen Paragraphen des Grundgesetzes das bestmögliche Urteil finden, und nur diese Paragraphen waren von ihnen zu berücksichtigen.

Was unberücksichtigt bleiben mußte, war die Vertrauensfrage in bezug auf die Wahrhaftigkeit der Abgeordneten. In dieser Sache muß es jedem vaterlandsliebenden Bürger erlaubt sein, seine Kritik offen zum Ausdruck zu bringen. Wer sein Vertrauen gegenüber dem Bundeskanzler von einem Tag auf den anderen wie eine Unterhose wechselt, verwirkt sein Recht, für uns Wähler noch weiter als Abgeordneter tätig zu sein. Besonders verabscheuungswürdig war es, sich der Stimme zu enthalten. Leider gibt es keine Möglichkeit, diese Spezies von Abgeordneten nach der Wahl samt und sonders nach Hause zu schicken.

H. J. v. Cramon-Taubadel, Hamburg 72

Nicht gekündigt

„Manager geht in Urlaub, der Kapitän droht den Journalisten Prügel an"; WELT vom 28. Januar

Der oben genannte Bericht in der WELT bedarf meinerseits einer Richtigstellung:

Ich wurde vom Karlsruher Sport-Club weder gekündigt noch gefeuert. Vielmehr bin ich nach wie vor Geschäftsführer des KSC; mein Vertrag als Geschäftsführer des KSC läuft nicht, wie in dem Bericht behauptet, bis Saisonende, sondern bis zum 30. 9. 1983, entsprechend der Wahlperiode des Präsidiums des KSC.

In diesem Zusammenhang betone ich, daß ich vom Vorstand bzw. Präsidium des KSC nicht beurlaubt wurde, sondern von mir aus meinen bisher angesammelten Urlaub ordnungsgemäß innerhalb meiner Vertragszeit nehme.

Diese Darstellung entspricht auch der von mir und dem Präsidenten des KSC, Herrn Roland Schmider, fernschriftlich allen Redaktionen deutscher Tageszeitungen zugänglich gemachten eidesstattlichen Versicherung vom 28. 1. 1983.

Manfred Amerell, Geschäftsführer des KSC, Karlsruhe

Wort des Tages

»Angenehm ist am Gegenwärtigen die Tätigkeit, am Künftigen die Hoffnung und am Vergangenen die Erinnerung.«

Aristoteles, griech. Philosoph (384–322 v.Chr.)





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT), WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

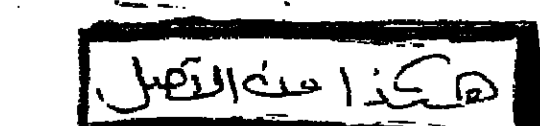
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



Personalien

VERÄNDERUNGEN

In der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung kam es zu einigen bedeutenden personellen Veränderungen. Den Stiftungsrat verlassen hat Professor Dr. **Heinz Maier-Leibnitz**, der nach Vollendung seines 70. Lebensjahres eine Reihe von Ehrenämtern aufgab. Der Physiker gehörte zehn Jahre lang dem Stiftungsrat an. An seine Stelle trat wieder ein Physiker, Professor Dr. **Wolfgang Wild**, Präsident der Technischen Universität München. Veränderungen gab es auch im Stiftungsvorstand. Der bisherige Vorsitzende Dr. **Anton Peisl** legte nach zehnjähriger sehr erfolgreicher Tätigkeit ebenfalls ein Mandat nieder, da er im Führungskreis des Hauses Siemens in Erlangen die kaufmännische Leitung der Kraftwerk Union übernommen hat. An seine Stelle kam Wolfgang Seelig, Vorstandsmitglied der Siemens AG. Stadtrat Professor Dr. **Ludwig Kotter**, Veterinärmediziner an der Ludwig-Maximilians-Universität München, legt nach 13 Jahren als wissenschaftlicher Vertreter im Stiftungsvorstand sein Amt nieder. Sein Nachfolger wurde Professor Dr. **Peter Lerche**, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Ludwig-Maximilians-Universität. Ehrenvorsitzender des Stiftungsrates ist Dr.-Ing. **Ernst von Siemens**, Vorsitzender Dr. **Peter von Siemens**.

*

Lothar Loewe, früherer ARD-Korrespondent, wird sein Amt als Intendant beim Sender Freies Berlin am 1. März antreten. Er löst den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Dr. **Wolfgang Haus** ab. Loewe wurde als Korrespondent 1976 von den „DDR"-Behörden wegen eines kritischen Kommentars über den Schießbefehl der „DDR"-Grenztruppen aus Ost-Berlin ausgewiesen. Vor allem die lokale SFB-Sendung „Berliner Abendschau" wird täglich von mehreren Millionen „DDR"-Bürgern gesehen und verbindet auf diese Weise die „DDR" mit dem freien Teil der Stadt. 1961 bis 1967 war Loewe Korrespondent in Washington.

EHRUNGEN

Ein afrikanischer Staatsmann und Dichter, der frühere senegalesische Präsident **Leopold Sedar Senghor** wurde jetzt Ehrenmitglied der Frobenius-Gesellschaft in Frankfurt. Die Gesellschaft hält die Erinnerung an Professor **Leo Frobenius** wach, der in Europa die afrikanische Kultur- und Geschichtsforschung begründete.

*

Professor Dr. **Rudolf Schmitz**, Leiter des seit 1964 bestehenden Instituts für Geschichte der Pharmazie der Philipps-Universität Marburg, ist anläßlich seines 65. Geburtstages, den er am 17. Februar feierte, mit einem Akademischen Festakt geehrt worden. Universitäts-Präsident Professor Dr. **Walter Kröll** würdigte seinen Kollegen Professor Schmitz als einen „Mittler zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, zwischen Tradition und Moderne der Wissenschaften, der sich um die Marburger Hochschule in ganz besonderer Weise verdient machte". Der Verband Deutscher Apotheker zeichnete Professor Schmitz mit der Goldenen Ehrennadel aus.

*

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Germanischen Nationalmuseums, **Hans Zenger**, erhält von Altbundespräsident **Walter Scheel** die Theodor-Heuss-Medaille. Mit der Medaille sollen Zengers Verdienste um das Museum gewürdigt werden. Der gelernte Maurer gehörte zu den ersten, die das im Krieg völlig zerstörte Nationalmuseum in Nürnberg nach den Plänen des Architekten **Sepp Ruf** wieder aufbaute. Die Theodor-Heuss-Medaille wird an Persönlichkeiten verliehen, die im besonderen Maße die Arbeit des Museums unterstützt haben.

VERANSTALTUNGEN

Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** empfing den neuen Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Deutschland, General **Bernard Philipponnat** in der Münchner Staatskanzlei. Bei dieser Gelegenheit würdigte Strauß noch einmal die Rede des französischen Präsidenten **François Mitterrand** vor dem Deutschen Bundestag. Mitterrand habe „die Realitäten beim Namen genannt", sagte er. Innenminister Dr. **Karl Hillermeier** gab zu Ehren des französischen Gastes in München ein Essen.

*

Bilder, die nicht die in der Gegenwartskunst vorherrschende Tristesse ausdrücken, sondern Heiterkeit vermitteln, zeigt zur Zeit **Peter Schmidhuber**, Bayerns Staatsminister in Bonn, in der Bayerischen Landesvertretung. Er selbst eröffnete jetzt die Ausstellung der Münchner Malerin **Petra Moll**, die sich mit viel Detailkenntnissen die Münchner Kulisse einer großen Stadt zum Vorbild für ihre Bilder nahm.

Ein ideologisch zerrissenes Mittelamerika setzt auf den Papst als Friedensstifter

Von WERNER THOMAS

Am Mittwoch, 15.30 Uhr Ortszeit, entsteigt Papst Johannes Paul II. auf dem Juan-Santa-Maria-Flughafen der costaricanischen Hauptstadt San José einem Alitalia-Jet und küßt zum erstenmal mittelamerikanische Erde. Alle Glocken des Landes sollen läuten und mehr als eine Million jubelnde Menschen die 16 Kilometer lange Strecke säumen, die Hälfte der gesamten Bevölkerung. Wenn sich die Sondermaschine dann eine Woche später nach einer kurzen Messe in Belize City in Richtung Haiti erhebt, wird der wohl denkwürdigste Besuch dieser Region zu Ende sein. Überall spricht man von einem „historischen Ereignis".

Die strapaziöse Siebentage-Reise durch die sieben Kleinstaaten wird den Papst mit bisher nie erlebten Problemen konfrontieren. Ihn erwarten blutige soziale und ideologische Konflikte, in die auch seine Kirche geraten ist. Alle Seiten erhoffen sich von dem Gast Initiativen zur Entspannung und zum Frieden. Von Guatemala bis Panama grüßen Transparente mit der gleichen Aufschrift: „Willkommen, Botschafter des Friedens."

Costa Rica und Belize zählen neben Panama und Honduras noch zu den angenehmeren Stationen. Hier verliefen die Vorbereitungen auch nach dem üblichen Muster, viel Kommerz und Propaganda. An den Schaufenstern der Geschäfte hängen Papst-Poster. Straßenhändler verkaufen Fähnchen, Fotos und Ansteckknöpfe. Straßen wurden repariert und gesäubert, graue Fassaden gestrichen. Auch die Nuntiatur in San José, ein Renaissance-Palast, in dem Johannes Paul viermal nächtigen wird, ist frisch getüncht. Nuntius Lajos Kada, ein bescheidener Ungar, mußte neue Bettwäsche, Handtücher und Vorhänge kaufen.

Der populäre Erzbischof Roman Arrieta, der den Vorsitz der mittelamerikanischen Bischofskonferenz führt, wünscht sich ein „großes Fest für das ganze Volk".

Eine Atmosphäre nervöser Unsicherheit überschattet dagegen den zehnstündigen Nicaragua-Aufenthalt am Freitag. Nirgendwo tobt ein so erbitterter Kampf zwischen der katholischen Amtskirche und einer alternativen Kirche, die sich in diesem Land „Iglesia Popular" (Volkskirche) nennt. Die sandinistischen Comandantes schmähen den Erzbischof Miguel Obando Bravo als „Konterrevolutionär", spannen die „Iglesia Popular" vor ihren revolutionären Karren und ermutigen fünf Priester, gegen den Willen des Papstes weiterhin hohe Regierungsdienste zu leisten.

Mit Spannung wird die Messe auf dem Platz des 19. Juli erwartet, wo es zu gefährlichen Konfrontationen kommen könnte.

Die Regierung will das Gelände mit Vertretern der Volkskirche füllen, die schwarzrote Fahnen der sandinistischen Befreiungsfront schwingen sollen. Sie setzt alle zur Verfügung stehenden Transportmittel ein. Die offiziellen Medien informieren ausführlich über die Organisationspläne. Die Oppositions-Zeitung „La Prensa" durfte dagegen nicht die Organisations-Pläne der „Iglesia Burgesa" (bürgerliche Kirche) veröffentlichen, sie fielen der Zensur zum Opfer. Die Anhänger des Erzbischofs, die sich durch die weißgelben Fahnen des Vatikans identifizieren, möchten bereits nachts zum Platz marschieren, um sich die besten Plätze zu sichern. Die Messe soll um 16 Uhr Ortszeit beginnen.

Ungeklärt ist noch, ob die Comandantes den Wünschen des Vatikans entsprechen und die gigantischen Porträts acht gefallener Revolutionshelden entfernen, die über der Tribüne hängen, von der normalerweise politische Massenveranstaltungen dirigiert werden. Der Papst wollte auch keinem der Priester in der Regierung begegnen. Wie es heißt, werden sich jedoch die Brüder Cardenal, Ernesto, der Kulturminister, und Fernando, der Jugendführer, zumindest unter das Begrüßungskomitee mischen. Außenminister Miguel d'Escoto, der einflußreichste Politpriester, ist nach Indien zur Konferenz der Blockfreien gereist.

Sicherheitsvorkehrungen gegen Attentatsversuche

Obgleich die Comandantes alles versuchen, den Papst zu hofieren, möchten sie ihn in erster Linie als Staats- und nicht als Kirchenoberhaupt empfangen. Junta-Führer Daniel Ortega verkündete, daß der Gast auch Näheres über die „Aggressionen gegen unser Land" erfahren soll. Gemeint sind die ständig wachsenden Aktivitäten der „Konterrevolutionäre" in den nördlichen Grenzgebieten, die Ortega den Amerikanern anlastet.

Zwei Tage später, nach einer problemloseren zwölfstündigen Stippvisite in Panama, betritt der Papst El Salvador, ein weiteres Krisengebiet. In der Hauptstadt San Salvador, die Johannes Paul während eines zehnstündigen Aufenthaltes nicht verläßt, appellieren viele Plakate fast beschwörend: „Heiliger Vater, bring uns Frieden."

„Wie das Wild nach Wasser dürstet, so dürsten wir nach dem Besuch des Papstes", erklärte der Kommissarische Erzbischof (apostolischer Administrator) Arturo Rivera y Damas. Der salvadorianische Konflikt hat in den letzten drei Jahren 42 000 Menschenleben gefordert, unter ihnen 14 Priester, vier Nonnen und Erzbischof Oscar Arnulfo Romero. Ein Ende des Blutvergießens ist nicht in Sicht.

Im Mittelpunkt dieses Besuches wird die Messe vor dem Einkaufszentrum Metrocentro stehen, zu der alle Frauen in Weiß erscheinen sollen, ein Bekenntnis für die Sehnsucht nach Frieden. Der Papst will beide Seiten auffordern, eine friedliche Lösung zu suchen.

Obgleich die Hauptstadt selten Schauplatz von Kampfhandlungen war, werden umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Mehr als 10 000 Polizisten und Soldaten sollen dafür sorgen, daß es zu keinen Zwischenfällen kommt.

Viele Beobachter in El Salvador fragen sich, ob der Papst auch das Grab des ermordeten Erzbischofs Romero in der Kathedrale besuchen wird, einem häßlichen Betonbau, der nie vollendet wurde. Romero führte in den letzten Monaten seines Lebens einen offenen Kampf gegen die Streitkräfte und wird heute, fast drei Jahre nach seinem Tod, von der Guerrilla als Heldenfigur gefeiert. Ein Sprecher des Erzbistums sagte: „Der Heilige Vater möchte Romero auf irgendeine Weise würdigen. Er hat ihn sehr geschätzt."

In Guatemala, der nächsten Station, will der Papst einer Kirche den Rücken stärken, der auch Gefahren von konservativsten Kreisen drohen: fundamentalistische Sekten missionieren so erfolgreich unter der Indianer-Bevölkerung, daß diese Nation mit 23 Prozent das Land mit dem größten Anteil an Protestanten in Lateinamerika ist.

Radikale Adventisten bezeichneten den katholischen Kirchenführer als „Anti-Christen" und „falschen Propheten". Präsident Efrain Rios Montt, selbst Mitglied einer amerikanischen Sekte, hat im November vor 200 000 protestantischen Gläubigen gesprochen und sich gewundert, ob der Papst wohl so viele Menschen mobilisieren könne, wenn er komme. Als der General im Januar gefragt wurde, ob seine Regierung dem hohen Gast ein Fahrzeug zur Verfügung stellt, antwortete er: „Ausgeschlossen. Wir haben nicht einmal Geld für Waffen." Spanien lieferte nun ein bereits bewährtes „Papamobil", einen kugelsicheren Panorama-Wagen.

In Guatemala sind Drohungen gegen das Leben des Papstes bekannt geworden. Der Kardinal Mario Casariego berichtete vor zwei Wochen, anonyme Personen hätten Attentatsversuche angekündigt. Der Kardinal versicherte: „Dem Heiligen Vater wird hier und anderswo nichts passieren. Überall ist für die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gesorgt."

Besuch wird der Region neue Hoffnung geben

Die Messe am Montagmittag in Quetzaltenango, tief in den bisher blutig umkämpften Indianergebieten gelegen, wird der Höhepunkt des Guatemala-Aufenthaltes sein. Die katholische Kirche wird aus zwei anderen Hochlandprovinzen, Quiche und Huehuetenango, Indios in Scharen nach Quetzaltenango bringen, nicht zuletzt, um den Protestanten ihre nach wie vor breite Unterstützung unter den Nachfahren der Mayas zu demonstrieren. Einer der Organisatoren prophezeite: „Wir werden mindestens 250 000 farbenprächtig gekleidete Indianer vor dem Papst versammeln, die wohl imposanteste Kulisse dieser Reise."

Am Mittwoch kommender Woche, wenn der Papst gegen 7 Uhr morgens Guatemala verläßt, erwartet ihn noch ein hektischer Tag: dreistündiger Zwischenstopp in Belize City für eine Messe auf dem Flughafen. Neunstündiger Besuch auf Haiti, wo er eine Tagung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz eröffnen soll. Erst kurz vor Mitternacht erfolgt der Rückflug nach Rom.

Roman Arrieta, der Erzbischof von Costa Rica, einer der Initiatoren dieser Reise, konzedierte ein „äußerst anstrengendes Programm". Aber er glaubt, daß sich diese Anstrengungen lohnen werden. „Mittelamerika wird nach dem 9. März ein anderes Mittelamerika sein", sagte Arrieta, „eine hoffnungsvollere Region."

Foot will Führung der Labour Party nicht aufgeben

FRITZ WIRTH, London

Der um seine politische Existenz kämpfende Labour-Parteichef Michael Foot antwortete am Sonntag auf die wachsende Flut von Gerüchten und Rücktritts-Spekulationen mit der bisher klarsten und entschiedensten Gegenwehr: „Ich bin fest entschlossen, die Labour Party weiter zu führen."

Foot betonte im britischen Fernsehen: „Ich habe eine Pflicht gegenüber jenen, die mich in dieses Amt gewählt haben. Wer mich aus diesem Amt entfernen will, muß einen Kandidaten gegen mich aufstellen, und ich würde mich diesem Kandidaten in offenem Wahlkampf stellen. Würde ich unter dem Druck der gegenwärtigen Spekulationen über meine Position dieses Amt aufgeben, so wäre ich nicht fit, Chef dieser Partei zu sein."

Die britischen Sonntagszeitungen hatten nach Labours Nachwahl-Niederlage in Bermondsey in zahlreichen Beiträgen über wachsende Kritik an Foots Amtsführung und über seinen bevorstehenden Rücktritt berichtet. Demgegenüber erinnerte Foot daran, daß einst auch Clement Attlee durch eine Pressekampagne aus dem Amt gejagt worden sei und daß die Labour Party unter dessen Nachfolger Gaitskell eine der schwersten Wahlniederlagen ihrer Geschichte erlitt.

Unabhängig von dieser Erklärung Foots werden zwei Faktoren seine Zukunft als Parteichef entscheiden: die bevorstehende Nachwahl in Darlington und das Verhalten der Gewerkschaften. Sollte Labour die Nachwahl in Darlington verlieren, würde die Position Foots unhaltbar werden. Foot schloß nicht aus, daß er sich dann den Interessen der Partei beugen werde.

Die Gewerkschaften, die bei der Wahl des Parteichefs mit 40 Prozent der Stimmen das größte Mitspracherecht haben, stehen zur Stunde noch hinter Foot. Außerdem hat Foot mit dem linksradikalen Tony Benn einen starken Bundesgenossen bekommen. Benn wird dabei jedoch nicht sosehr von Loyalität zu Foot als von tiefer Abneigung gegen dessen möglichen Nachfolger Healey geleitet.

Wie ernst die Labour-Krise ist, enthüllte eine Meinungsumfrage der „Sunday Times". Danach würde die Labour Party, wenn heute gewählt würde, mit 26 Prozent der Stimmen nur abgeschlagen auf dem dritten Platz hinter den Konservativen (39 Prozent) und der sozial-liberalen Allianz (34 Prozent) landen.

Ruth: Kreml zu sachlichem Dialog bereit

▲ Fortsetzung von Seite 1

Pressekampagne wandte, erwiderten seine Gesprächspartner, dies sei Sache der sowjetischen Presse – damit habe die Regierung, die nüchterne Diskussionen wünsche, nichts zu tun.

In den Sachfragen der Genfer Mittelstrecken-Raketenverhandlungen (INF) allerdings zeigten die Sowjets in den Gesprächen mit Ruth keine Bewegung. Als zentrales, die Genfer Verhandlungen derzeit blockierendes Problem kristallisierte sich die von Moskau gewünschte Anrechnung der britischen und französischen Systeme heraus. Der Bonner Abrüstungsbeauftragte wies darauf hin, daß die sowjetischen Vorschläge die Sicherheitslage grundlegend ändern und Westeuropa von den USA abkoppeln würden. Dies sei unakzeptabel. Nach Ansicht Ruths könnte es bei einer Einigung über diesen Punkt sehr schnell zu Ergebnissen in Genf kommen.

Umstritten waren bei den Moskauer Gesprächen auch die Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost im nuklearen Mittelstreckenbereich, die vom Westen angestrebte globale Geltung eines Reduzierungsabkommens und die Frage, worüber zuerst verhandelt werden soll – nur über Raketen oder gleich auch über Flugzeuge.

Wie von unterrichteter Seite bekannt wurde, hat Ruth die Hoffnung, daß sich seine intensive Argumentation auch in Genf am Verhandlungstisch auswirken wird. Bei einer Erörterung möglicher Folgen der Bundestagswahl äußerten die Sowjets die Erwartung, daß sie auch künftig mit Botschafter Ruth als Partner zu tun haben würden.

Bundeskanzler Kohl hob gestern hervor, daß die Raketenfrage „existentielle Lebensinteressen" der Deutschen berühre. „Deswegen bin ich dafür, jede Chance auszunutzen, um zu positiven Ergebnissen zu kommen." Wünschenswert sei weiterhin die beiderseitige Null-Lösung.

Schmidt als Vogels Wirtschaftsberater

AP, Bonn

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt wird – im Fall eines Wahlsiegs am 6. März – den SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel in weltwirtschaftlichen Fragen beraten. Zu der Schmidt zugedachten Rolle erklärte Vogel in einem Interview des Südwestfunks, an eine Regierungsfunktion sei nicht gedacht. Es gehe vielmehr um Schmidts Rat und Erfahrung. Das schließe nicht aus, „daß ich ihn auch im gegebenen Fall bitten werde, außerhalb der Bundesrepublik mit seinem Rat zur Verfügung zu stehen", sagte Vogel.

In der gegenwärtigen schwierigen Lage der Weltwirtschaft hängt nach den Worten Vogels viel davon ab, daß es gelinge, einen internationalen Beschäftigungspakt der wichtigsten Industrienationen herbeizuführen.

Ost-Berlin räumt Umweltschäden ein

Minister Reichelt: Große Anstrengungen notwendig

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „DDR"-Regierung hat erstmals öffentlich Umweltschäden in ihrem Bereich eingeräumt. Ihr Minister für Umweltschutz, Hans Reichelt, erklärte in einem Interview mit dem DKP-Organ „UZ": „Große Anstrengungen" seien notwendig, „um in den Wäldern entlang der Staatsgrenze mit der CSSR weitere Schäden abzuwenden".

Ausdrücklich wird in dem Interview auf die Veröffentlichung der WELT vom 22. Februar über das katastrophale Ausmaß von Umweltschäden in der „DDR" und in der CSSR hingewiesen. Die WELT stützte sich dabei auf bis zu diesem Datum unveröffentlichte Berichte, die der Bundesregierung vorliegen und in denen es heißt, es häuften sich die Informationen „über umweltbedingte Todesfälle, besonders bei Kindern und alten Leuten".

Darauf geht „DDR"-Minister Reichelt nicht ein. Er erklärte lediglich, die „DDR" erhalte insgesamt „ebensoviel Luftschadstoffe, wie sie umgekehrt abgibt". Aber er räumt ein: „Dabei treten natürlich in der Bilanz zu einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede auf." In diesem Zusammenhang deutet Reichelt an, daß die Hauptbelastung aus der Tschechoslowakei komme. Er verweist auf Bemühungen, die Schwefeldioxyd-Belastung zu reduzieren. Der „DDR"-Minister erwähnt aber auch in vorsichtiger Form die Schäden, die aus der eigenen Industrie resultieren. Da sich die „DDR", so sagte er, „vorrangig auf den einheimischen Energieträger, die Braunkohle, stützt, wird verständlicherweise die Luft insbesondere durch Staub und Schwefeldioxyd beeinträchtigt".

Nach offiziellen Informationen ist das Waldsterben in der „DDR" vor allem im gesamten Industriegebiet im Raume Leipzig–Bitterfeld–Halle und in den Wäldern um Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) unübersehbar geworden. Auf dem Erzgebirgskamm gingen Tannen, Fichten und Kiefern ein. Die Gegend um Marienberg, Annaberg und Fichtelberg sei besonders geschädigt. „DDR"-Minister Reichelt wehrt sich nur indirekt gegen die Kritik, daß nur wenige Industriebetriebe und Großheizungsanlagen in der „DDR" Abgas-Entstaubungsvorrichtungen haben und Entschwefelungsanlagen fast vollständig fehlten.

Reichelt erklärt auch nicht, daß die Umweltbelastung reduziert worden ist, aber er verweist darauf, durch „rationellere Energieanwendung" sei ein „Anstieg" der Schwefeldioxydemissionen von „rund einer Million Tonnen im Jahr trotz erheblicher Steigerung der Industrieproduktion verhindert" worden. Auch Vorschläge zur Minderung der Gewässerbelastung der Werra seien ausgearbeitet worden.

Seite 2: Baumsterben im Sozialismus

Atomwaffenfreie Zone: ‚DDR' setzt Christen unter Druck

FDJ startet Kampagne / Kritik am Schweigen der Kirchen

epd/gko, Berlin

Das bisherige Schweigen der evangelischen und katholischen Kirche in Mitteldeutschland zu dem Vorschlag der schwedischen Regierung über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa stößt auf den Unwillen der „DDR"-Führung.

Darauf deutet ein Beitrag des stellvertretenden Vorsitzenden der „DDR"-CDU, Wolfgang Heyl, in der Parteizeitung „Neue Zeit" hin. Heyl: „Wir würden auch ein förderndes Wort unserer Kirchen zu dem Plan begrüßen, denn er ist ja wohl genau das, was wir von ihnen als Wunsch immer wieder hören, nämlich eine Gelegenheit für beide Seiten zum weiteren Verzicht oder zum Abbau nuklearer Rüstung."

Die Partei- und Staatsführung der „DDR" hat jetzt ein Konzept entwickelt, das auf die Diskreditierung des Friedenswillens der evangelischen und katholischen Kirche abzielt. Wie aus einem in der Bundesrepublik Deutschland vorliegenden Bericht hervorgeht, soll von den staatlichen Jugendorganisationen der Pioniere und der FDJ eine breit angelegte Unterschriftensammlung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gestartet werden. Die Jugendorganisationen sollen zu diesem Zweck vorwiegend mit Anschriftenmaterial von praktizierenden evangelischen und katholischen Christen versehen werden, um diese zur Unterschrift zu nötigen.

In einer internen Anweisung für die jeweiligen Jugendorganisationen sind als „Argumentationshilfe" bei der Unterschriftensammlung folgende Sätze angegeben: „Sie sind nicht für eine atomwaffenfreie Zone? Und Sie wollen Christ sein?" Oder „Dauernd veranstaltet Ihre Kirche Friedensgottesdienste und Friedensarbeitswochen. Und jetzt, wo sie ganz konkret etwas für den Frieden tun können, lehnen Sie es ab."

In diesen Anweisungen für FDJ-Sekretäre, die bei den Einheiten der Bausoldaten Unterschriften sammeln sollen, heißt es: „Der Friedenswille der Soldaten in den Baueinheiten und ihre Gewissenseinstellung ist daran zu messen, ob sie eine atomwaffenfreie Zone bejahen und dies durch ihre Unterschrift belegen oder ablehnen und somit für den Krieg sind. Bei Unterschriftenverweigerung sollte eine Überprüfung zur Berechtigung für den Dienst in der Einheit angedroht werden. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß bei hartnäckiger Unterschriftsverweigerung ein Verfahren wegen vorgetäuschter Wehrdienstverweigerung eingeleitet wird."

Führt Verbot von CSU-Spots zu Wahlanfechtung?

Wt. Bonn

Zwei prominente Verfassungsrechtler, der Tübinger Staatsrechtler Professor Günter Dürig und der ehemalige Verfassungsrichter Martin Hirsch, halten es für möglich, daß die Bundestagswahl vom 6. März wegen Wahlmanipulation angefochten wird. Als Grund nannten sie die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster, durch die es am Freitag dem WDR, dem NDR und dem Hessischen Rundfunk untersagt worden war, weiterhin Wahlkampfspots der CSU in ihren Sendegebieten zu verbreiten. Die Münsteraner Entscheidung erging aufgrund von Anträgen der SPD.

Professor Dürig, Mitbegründer des bedeutendsten Grundgesetzkommentars und renommierter Verfassungsrechtler, nannte die Entscheidung aus Münster einen „faustdicken Wahlanfechtungsgrund". In einem dpa-Interview sagte er, das Sendeverbot für CSU-Wahlspots verstoße vor allem gegen den Grundgedanken, daß Briefwähler nicht schlechter gestellt werden dürften als andere Wähler. Die Briefwahl solle „bewußt bei der Stimmabgabe Wahlkreis- und Ländergrenzen überwinden"; Briefwähler bedürften der Wahlinformation aus dem Land, in dem ihre Briefwahl-Stimme gezählt werde.

Düring sagte weiter, das Sendeverbot verkürze außerdem allen Wahlberechtigten der genannten Sendegebiete die Information über gegenwärtige oder potentielle Bundespolitiker. Der Fall, so Dürig, sei „nur vergleichbar mit der Beschlagnahme des Bayern-Kuriers, sobald er außerhalb des Freistaats Bayern am Kiosk oder bei der Post auftaucht, nur weil der regional firmiert und anderwärts Konkurrenz macht".

Der ehemalige Verfassungsrichter Martin Hirsch (SPD) fügte seiner Äußerung über die Möglichkeit einer Wahlanfechtung die Bemerkung hinzu, es sei an der Zeit, „den ganzen Quatsch der Fernseh-Wahlspots jetzt endgültig abzuschaffen". Die Parteien sollten sich Zeiten im Werbeprogramm mieten.

Die CSU hat inzwischen beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster beantragt. Der Zweite Senat des Karlsruher Gerichts wird schon heute über diesen Antrag entscheiden.

Gesagt

„Wir wissen genau: Die Firma und das Propagandaetikett mag lauten wie es will. Es geht den Kommunisten nicht um den Frieden und um Deutschland, es geht um die Kriegsvorbereitungen und um den Kommunismus."

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher 1951 auf einer SPD-Kundegebung in Berlin.

Warschau erhöht Druck auf die Schriftsteller

Zentralverband soll gesäubert werden / Drohung der Partei

AP/AFP/dpa, Warschau

Das Warschauer Militärregime ist offenbar entschlossen, den suspendierten polnischen Schriftsteller-Verband (ZLP) in seiner derzeitigen Form endgültig zu zerschlagen: Die polnische Führung dringt auf eine „Säuberung" der Organisation von nicht-linientreuen Mitgliedern.

Auf einer Konferenz von 270 der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei angehörenden Mitglieder des ZLP, in dem insgesamt etwa 4000 Schriftsteller zusammengeschlossen sind, wird der Verband beschuldigt, ein Forum der antisozialistischen Opposition zu sein. Hohe Parteifunktionäre drohten, daß der Verband solange nicht wieder zugelassen werden könne, bis die Führung umbesetzt sei.

„Der Einfluß, den die Feinde des Sozialismus weiterhin auf die Führung des polnischen Schriftsteller-Verbandes ausüben, macht es noch unmöglich, ihn wieder zuzulassen", sagte der stellvertretende Leiter der Kulturabteilung im Zentralkomitee der Partei, Kazimierz Molek. „Man kann keine Vollzeitangestellten fremder Geheimdienste oder aktive Kollaborateure mit Zentren der ideologischen Subversion in seiner Führung dulden."

Ohne Namen zu nennen, drohte Molek indirekt mit einem Vorgehen gegen Verbands-Mitglieder, die ihre Arbeiten im Untergrund oder im Ausland veröffentlichen. Nur Werke, die von offiziellen Publikationen und Zeitschriften des Landes verbreitet würden, könnten als Grundlage zur Mitgliedschaft dienen, sagte er.

Ähnliche Warnungen äußerte das Politbüro-Mitglied Kazimierz Barcikowski, der ebenso wie Kulturminister Kazimierz Zygulski und andere Staats- und Parteifunktionäre, an der Veranstaltung teilnahm. In einer Schlußresolution hieß es dann auch: „Nur jene, die ihre Werke legal veröffentlichen, sind zur Mitgliedschaft zugelassen."

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die der Partei angehörenden Mitglieder des Schriftsteller-Verbandes die einzige Gruppe sei, die in der Zeit des Kriegsrechts mit dem Kulturministerium zusammengearbeitet habe.

Außerdem wurde in den Diskussionsbeiträgen darauf hingewiesen, daß die Partei zwar nicht das Recht beanspruche, in den schöpferischen Prozeß einzugreifen, daß sie aber das Recht habe, jene Werke zu bevorzugen, die ihre Wurzeln in den Idealen der Partei hätten.

In Genf wird der Kommission für Menschenrechte der UNO heute ein Bericht zur Lage der Menschenrechte nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen vorgelegt. In dem von UNO-Untergeneralsekretär Hugo Gobbi erstellten Dokument heißt es, das Kriegsrecht verstoße nicht gegen internationales Recht.

Versöhnen sich Marokko und Algerien?

dpa/rtr, Madrid/Rabat

In dem seit 1975 anhaltenden Kleinkrieg um die ehemals spanische Westsahara scheint sich eine friedliche Lösung anzubahnen.

Die Friedenshoffnungen keimten auf, nachdem sich der algerische Präsident Chadli Benjedid am Wochenende überraschend mit König Hassan II. von Marokko in Akid Lufti an der Grenze zwischen beiden Ländern getroffen hatte. Es ist das erste Geheimtreffen, das seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rabat und Algier im Jahr 1976 zustande kam.

Der marokkanische Außenminister Boucetta bestätigte gestern, daß sich die beiden Staatsoberhäupter getroffen haben. Er und sein algerischer Amtskollege Ahmed Taleb Ibrahimi hätten an den Gesprächen teilgenommen, bei denen es um die bilateralen Beziehungen sowie um die Lage in der Region gegangen sei.

Durch Vermittlung von König Fahd von Saudi-Arabien haben die beiden verfeindeten Maghreb-Länder seit November 1982 in geheimen Verhandlungen mit der Normalisierung ihrer Beziehungen begonnen. Größter Zankapfel ist die bis 1975 spanische Westsahara, die von Marokko annektiert wurde. Algerien unterstützt die Westsahara-Befreiungsfront „Polisario", die für die Unabhängigkeit des ehemaligen Kolonialgebiets kämpft. Die „Polisario" selbst war nach eigenen Angaben über das Treffen nicht unterrichtet worden.

„SPD für acht Jahre in die Opposition"

■ Fortsetzung von Seite 1

besonders während eines Wahlkampfes.

Frage: Und da ist nichts dagegen zu machen?

Golo Mann: Ratschläge wie „die Ärmel hochkrempeln" oder „den Gürtel enger schnallen" passen für mich alten Herrn nicht. Nur so viel will ich antworten: Vater Staat kann nur geben, was er nimmt. Und regelmäßig nimmt er mehr als er gibt, weil ein riesiger „Reibungsverlust" vorhanden ist: Eine ungeheuer angewachsene Bürokratie. Weniger Papierkrieg, mehr Luft, mehr ungehinderte Initiative, das ist dringend zu wünschen. Die Union wünscht es doch wenigstens; was sie erreichen kann, werden wir sehen. Dagegen besteht für die SPD das Problem eigentlich gar nicht. Für sie kann Vater Staat gar nicht genug übernehmen.

Frage: In der Bundesrepublik wird heftig darüber gestritten, warum Unternehmer vor dem 6. März nicht investieren wollen.

Golo Mann: Ich weiß nicht, wieviele Unternehmer ihre Investitionen oder Bestellungen vom Ausgang der Wahlen abhängig machen. Jedenfalls hat es keinen Sinn, von Investitions-Streik oder von politischer Ausnützung wirtschaftlicher Macht zu sprechen.

Da gibt es keine Verschwörung zwischen Unternehmern oder Managern. Jeder handelt für sich. Und jeder muß das tun, was er für sein Unternehmen, für den Ertrag, für die Erhaltung der Arbeitsplätze als das Beste ansieht. Da tut er nichts, um Politikern zu gefallen oder um andere zu ärgern; dazu ist seine Aufgabe zu ernst. Wenn wirklich der oder jener Unternehmer seine Bestellungen bis zum 6. März zurückhält, dann sollten die SPD-Politiker sich fragen, woher denn dieses Mißtrauen kommt.

Frage: Auch über die Frage, ob hier moderne US-Raketen aufgestellt werden sollen, wenn die Sowjets nicht entscheidend abrüsten, wird erbittert gerungen ...

Golo Mann: Von Raketen- und Sprengkopf-Zählerei verstehe ich sehr wenig. Meine Hoffnung ist, daß die Partner in Genf sich dort zuletzt auf einen Kompromiß einigen. Glauben Sie mir, ich würde gerne bei jedem Friedensmarsch mitmarschieren, in Bonn oder Washington oder sonstwo im Westen, wenn der gleiche Friedensmarsch (und nicht bloß irgendein organisierter Schwindel) in Moskau möglich wäre.

Der Wahnsinn des nuklearen Wettrüstens tut meiner Seele genauso weh wie den jungen Seelen hier bei uns. Von russischem Geld, russischen Agenten will ich dabei gar nicht reden. Da Total-Abrüstung mit einem Schlag nun einmal nicht sein kann, können wir nur auf einen Prozeß Schritt für Schritt hoffen. Ob die Russen Mitteleuropa mit 3000 Hiroshima-Bomben bedrängen können oder bloß mit 1500, macht keinen Unterschied. Trotzdem wäre die Verminderung eben ein erster kleiner Schritt in der richtigen Richtung.

Dazu noch etwas anderes. Wir sollten nicht nur an die Atomkriegsgefahr denken und nicht nur an den Kalten Krieg zwischen den beiden Weltmächten. Ich glaube an die Notwendigkeit einer Wehrhaftigkeit der europäischen Staaten, weil wir Europäer immer noch ein bevorrechtigtes Leben führen, weil wir verglichen mit Afrikanern und Asiaten noch immer im Fett sitzen. Genauso wie die Römer in der Spätzeit des Römischen Reiches es taten.

Und dann hörten die wilden, hungerleidenden Völker im Norden und Osten: da unten gibt es Länder, da fließen Milch und Honig, und da wohnen liebe Leute, die wollen sich nicht mehr wehren, also ziehen wir nach Süden und nehmen ihnen weg, was sie haben und nisten uns dort ein. So kam es zum Untergang des Römischen Reiches. Damals waren es ein paar 100 000 Goten oder Vandalen. Diesmal könnten es viele Hunderte von Millionen sein. Nicht übermorgen. Aber vielleicht schon im nächsten Jahrhundert.

Wir leben in einer gefährlichen Welt und täten es auch, wenn die nuklearen Waffen nie erfunden worden wären. Wer leben und obendrein gut leben will, der muß sich verteidigen können.

Notverkäufe sollen Tochter der Neuen Heimat sanieren

Fernsehturm, Bürohaus und 6600 Wohnungen veräußert

DW. Hamburg

Der finanziell immer noch angeschlagene gewerkschaftseigene Baukonzern Neue Heimat (NH) verkauft nach Informationen der „Bild am Sonntag" eine Reihe von Objekten, um die Tochtergesellschaft Neue Heimat Städtebau (NHS) zu sanieren. Dabei würden von der NH-Spitze auch Verluste in Kauf genommen.

Zu den Verkaufs-Objekten wurden von der Zeitung gezählt:

– Das erst 1982 fertiggestellte Hamburger Verwaltungsgebäude der Neuen Heimat (Gesamtwert über 160 Millionen Mark). Es wurde an die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank verkauft – nach Maklerangaben 30 Millionen „unter Preis".

– In Mannheim wurde der 214 Meter hohe Fernsehturm von der NH-Tochtergesellschaft „Gewerbebau" für 18 Millionen Mark an die Bundespost verkauft. Baukosten einst: Mehr als 30 Millionen!

– Bis zum Wochenende hat die NH fast 6600 Wohnungen veräußert – davon 6000 an bisherige Mieter, den Rest an „institutionelle Anleger" wie Versicherungen, die keinen Mieter hinausklagen dürfen. Erlös 200 Millionen.

Außerdem bietet die Neue Heimat aus dem Bestand ihrer tiefverschuldeten Tochter „Neue Heimat Städtebau" gegenwärtig auch Einkaufszentren zwischen Kiel und München sowie zahlreiche Büro- und Verwaltungsgebäude an.

Der Pressesprecher der Neuen Heimat, Rolf Bier, bestätigte im Gespräch mit „Bild am Sonntag" die bereits abgeschlossenen oder noch geplanten Immobilienverkäufe. Bier: „Sie sind Bestandteil des Sanierungskonzepts von Neue-Heimat-Chef Dr. Diether Hoffmann."

Die Aufsichtsräte der Neuen Heimat lehnten am Wochenende den Vergleichsvorschlag des Hamburger Landgerichts ab, den im vergangenen Jahr fristlos entlassenen Managern des Konzerns, Iden und Vormbrock, eine Abfindung in Höhe von 1,4 Millionen Mark zu zahlen.

Ausgaben ohne Beleg

● Fortsetzung von Seite 1

Zweck diese Mittel im einzelnen dienen sollten.

Die in bar an Stange ausgezahlten 5,56 Millionen Mark sind von dem Anwalt „ohne Quittung" an Ministerialdirektor Hirt weitergeleitet worden, der seinerseits keinen Nachweis über die weitere Verwendung erbracht hat. In einzelnen Fällen, in denen Hirt dem Kontrollgremium des Bundestages mündlich Verwendungsnachweise geschildert hatte, wurden sie widerlegt, beziehungsweise sie sind zweifelhaft geblieben.

Auch über die Verwendung der zusätzlich an Stange gezahlten Beträge von 723 300 Mark gibt es keinen Beleg. Hirt hat die Ausgaben in diesem Bereich damit begründet, daß in der in Frage kommenden Zeit bei einzelnen freizukaufenden Häftlingen vermehrt Kosten angefallen seien. „Ein Kostennachweis in Form von Belegen oder detaillierten Übersichten" sei mit Zustimmung des früheren Ministers Franke auch hier „nicht geführt" worden.

Hirt wird in den amtlichen Unterlagen vorgehalten, durch seine Vereinbarung mit der Caritas habe er „nicht nur versucht, die Rechnungsprüfung und parlamentarische Kontrolle auszuschalten, er hat zugleich auch dem eigenen Haushaltsbeauftragten die Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten in diesem Bereich unmöglich gemacht".

rtr, Bonn

Der frühere Minister Egon Franke (SPD) hat gerichtliche Schritte gegen alle angekündigt, die im Zusammenhang mit der Untersuchung wegen seines Finanzgebarens im Amt öffentlich seine Ehre angriffen. In einer von der SPD verbreiteten Erklärung sagte Franke, er verstehe und begrüße, daß sein Amtsnachfolger Rainer Barzel (CDU) sich öffentlich nicht dazu äußere. Auch er tue dies nicht.



Montag, 28. Februar 1983
Nr. 49

WELT DER WIRTSCHAFT

Der Wind dreht sich

adh – Es erinnert an das Kind, das allein in den dunklen Keller muß und laut singt, um sich Mut zu machen: Ebenso laut tönt landauf, landab der Gesang der Politiker: das Klima hat sich gebessert. Ohne Zweifel: Die Inflationsrate ist deutlich geringer geworden, für dieses Jahr ist eine Drei vor dem Komma bei der allgemeinen Preissteigerung nicht mehr Utopie, und erste Belebungstendenzen vor allem am Bau, in dem Bereich, den die emsigen Häuslebauer bestimmen, sind erkennbar. Denn die Zinsen sind nach langer Hochphase endlich wieder gesunken, ein Diskontsatz von fünf Prozent kann sich sehen lassen, und die Bundesbank läßt keinen Zweifel daran, daß sie jeden vertretbaren Senkungsspielraum ausnutzen will.

Das Umfeld sieht also gar nicht so schlecht aus. Ein Wermutstropfen ist die hohe Arbeitslosigkeit, die im zurückliegenden Monat eher noch zugenommen haben dürfte. Eine Umkehr dieser Tendenz ist noch nicht zu erkennen, zumal in diesem Jahr eine noch größere Zahl arbeitssuchender Jugendlicher auf den leergefegten Arbeitsmarkt drängen wird als im letzten Jahr. Und genau da liegt der Hase begraben. Denn der Verbraucher hält sich weiter zurück. Er ist verunsichert. Nach dem Motto, wer weiß, was noch alles kommt, hält er seine Groschen fest. Es ist ihm nicht zu verdenken. Zusätzliche Unsicherheit schafft die bevorstehende Wahl, denn von ihrem Ausgang hängt ganz entscheidend ab, wie es weitergeht, nicht nur für die Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund ist es vermessen, anzunehmen, daß die Frankfurter Konsumgüterschau einen strahlenden Konsumfrühling einläutet. Wir werden auch in diesem Jahr noch kleine Brötchen backen müssen. Aber der Wind beginnt sich zu drehen.

Sinneswandel

HH – Seit dem Wechsel der SPD in die Bonner Opposition haben ihre maßgeblichen Vertreter auch ihre Haltung zum neuen Seerecht ausgewechselt. Waren sich die im Bundestag vertretenen Parteien in der Ablehnung der neuen Seerechtskonvention früher weitgehend einig, so rät die SPD jetzt zur Zeichnung durch die Bundesregierung. Erstaunlich geringe Beachtung findet dabei bisher die voraussichtliche finanzielle Belastung. Der CDU-Abgeordnete von Geldern (Cuxhaven) hat kürzlich vorgerechnet, daß die auf Bonn zukommende Rechnung aufnahezu eine Milliarde Mark zu veranschlagen wäre. Neben einem jährlichen Obolus von etwa 20 Millionen für Verwaltungskosten hätte sich die Bundesrepublik mit rund 700 Millionen an der ersten Meeresbergbauoperation zu beteiligen. Für die Einrichtung des Seegerichtshofs in Hamburg kämen nochmal 100 Millionen hinzu. Dies alles für eine Konvention, die nach Meinung zahlreicher Experten zum Teil funktionsuntüchtig wäre und zum Teil sogar deutschen Interessen schadete.

ÖLMÄRKTE / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Hans Tietmeyer

Ein mäßiger Rückgang ist besser für die Weltwirtschaft als Preisverfall

HEINZ HECK, **Bonn**

Ein mäßiger Rückgang des Ölpreises auf etwa 25 bis 30 Dollar je Faß (159 Liter) ist für die Weltwirtschaft besser als ein drastischer Preisverfall auf etwa 15 bis 20 Dollar. Das erklärte Hans Tietmeyer, Staatssekretär im Bonner Finanzministerium, in einem Gespräch mit der WELT. Bei starkem Preisrückgang wäre zudem die dritte Ölpreisexplosion (nach den beiden vorangegangenen von 1973/74 und 1978/80) „programmiert".

Tietmeyer ist jedoch zuversichtlich, daß gerade die Bemühungen Saudi-Arabiens einen drastischen Preisverfall verhindern werden. Ein Preisrückgang um fünf bis sechs Dollar je Faß, wie er sich jetzt weltweit abzeichne, habe per saldo mehr positive als negative Effekte.

Eine solche Entwicklung führt zu einer deutlichen Verbesserung der Terms of trade für die Ölimportländer. Da die Industrieländer ganz überwiegend in diese Kategorie gehörten, sei diese Auswirkung aus ihrer Sicht insgesamt positiv. Aber auch die überwiegende Mehrzahl der Entwicklungsländer profitiere davon, meint Tietmeyer.

Energiepolitisch sei bei einem Absinken des Ölpreises in diesem Ausmaß nicht mit einer dauerhaften Gefährdung des Substitutionseffektes zu rechnen. Tietmeyer erinnert daran, daß der Ölpreis 1978, also vor der zweiten Preisexplosion, noch bei 13 Dollar gelegen habe. Somit bleibe vom Preis her der Anreiz, Öl zu sparen und/oder durch andere Energieträger zu ersetzen (substituieren), weitgehend bestehen.

Dagegen räumt er ein, daß vor allem die verschuldeten Ölexportländer wie Mexiko, Algerien und Nigeria durch die zu erwartenden Erlösausfälle in Schwierigkeiten geraten werden. Doch auch die finanziellen Effekte seien insgesamt in ihrer „Grundtendenz positiv". Denn ein sinkender Ölpreis dämpfe die Inflationserwartung und die Inflationsrate und führe damit weltweit auch zu einer Senkung des Nominalzinses. Das entlaste die Ölimportländer zusätzlich, wirke sich aber auch positiv für die hochverschuldeten Ölexportländer aus.

Dennoch könne es für einzelne Länder wie für Banken und andere Unternehmen in Einzelfällen zu Friktionen kommen, wie es immer Friktionen gebe, wenn gerade die Entwicklung solcher Basispreise nicht relativ stetig verlaufe. Tietmeyer: Unser wirtschafts- und finanzpolitisches Interesse muß deshalb immer sein, bruchartige Entwicklungen zu vermeiden und möglichst stetige Entwicklungen zu unterstützen. Doch die genannten Friktionen seien bei moderatem Preisrückgang zu bewältigen.

Ganz anders seien die Auswirkungen eines scharfen Preisverfalls zu beurteilen. Tietmeyer erwartet bei einer solchen Entwicklung, daß die negativen Effekte wie Anziehen des Ölverbrauchs und Verschuldungsprobleme sich kumulieren und mögliche positive Wirkungen (wie Realeinkommensverbesserung durch niedrigere Ölrechnung) deutlich überwiegen. Außerdem werde durch die wieder zunehmende Ölabhängigkeit die dritte Ölpreisexplosion „programmiert".

Sein Fazit: „Es kann nicht unser Interesse sein, einen starken Preisrückgang zu bekommen. Aber im Augenblick sehe ich das auch nicht." Tietmeyer erinnert an die verantwortungsbewußte Haltung, die Saudi-Arabien in den letzten Jahren eingenommen habe. Auch jetzt seien die Saudis um eine Stabilisierung bemüht.

Alle im Zuge des Preisrückgangs wieder neu belebten Vorschläge zur Marktregulierung wie floorprice (nach einem Vorschlag des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger ein künstlich „eingezogener" Basispreis, mit dessen Hilfe vor allem die Rentabilität alternativer Energiequellen gesichert werden soll), flexible Mineralölsteuern oder Importzölle lehnt Tietmeyer ab. Wer meint, man könne mit einer flexiblen Mineralölsteuer diesen Prozeß kompensieren, verkennt vor allem die Eigendynamik solcher Abgaben. Der Staatssekretär erinnert beispielhaft an die Erhebung der Heizölsteuer, die bei der Einführung auch befristet gewesen sei (inzwischen unbefristet verlängert).

Solche Maßnahmen würden zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Ölverbraucherländern führen (zum Beispiel wegen des unterschiedlichen Selbstversorgungsgrades).

Im übrigen erwartet Tietmeyer von dem sich jetzt abzeichnenden moderaten Preisrückgang tendenziell eine Stärkung der sogenannten „Non-Oil"-Währungen wie Mark und Yen und eine Schwächung für Dollar und Pfund.

FRANKFURTER FRÜHJAHRSMESSE

Lambsdorff: Tiefpunkt ist inzwischen durchschritten

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Das Wirtschaftsklima hat sich gebessert. Darüber waren sich alle Redner bei der Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse am Samstag einig. Gestützt wird diese Einschätzung durch den starken Betrieb auf dem Frankfurter Messegelände gleich am ersten und zweiten Messetag. Die größte Konsumgüterschau der Welt hat für die internationalen Einkäufer aus dem Handel nichts an Attraktivität verloren.

Und, was entscheidender ist, die Aussteller konnten auch ihre Auftragsbücher zücken: Angesichts weitgehend geräumter Läger im Handel sieht es mit der Bestellfreudigkeit wieder etwas besser aus als noch im Herbst. Das ist auch aus Offenbach zu hören, wo parallel zur Frankfurter Messe die Internationale Lederwarenmesse läuft.

Der Tiefpunkt ist durchschritten, hatte Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff den Ausstellern bei der Eröffnung gesagt: Denn nicht nur die Investitionsgüternachfrage, sondern auch die inländischen Bestellungen in den Verbrauchsgüterindustrien und Grundstoffindustrien zeigten wieder nach oben. Die Nachfrageimpulse seien also breiter angelegt und gehen über den unmittelbaren Wirkungsbereich der Investitionszulage hinaus.

Als konjunkturfördernd wertet der Minister auch den starken Rückgang der Ölpreise. „Noch wichtiger aber ist, daß eine Besinnung auf klare marktwirtschaftliche Grundsätze stattgefunden hat und daß die Weichen für eine mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen gestellt wurden", betonte Lambsdorff, der erneut die Nutzlosigkeit kurzfristiger staatlicher Ausgabenprogramme und ihre Gefahr für die Konsolidierung der Staatsfinanzen verdeutlichte.

Vehement warnte der Minister vor dem Versuch, die durch die Abgabenlast mitverursachten Probleme mit neuen Steuererhöhungen in den Griff zu bekommen. Mit seiner deutlichen Ablehnung der Quellensteuer heimste Lambsdorff anhaltenden Beifall der Aussteller ein, ebenso mit seinem Hinweis auf die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft.

„Wer die Initiative als Wahlkampfmasche abtut, handelt gegen die Interessen der Jugendlichen", betonte der Minister, der seine Bereitschaft erklärte, im Interesse der Arbeitslosen über alle Formen der Arbeitszeitverkürzung zu sprechen. Wer diese aber bei vollem Lohnausgleich erreichen wolle, versuche, einen Magersüchtigen durch Nahrungsentzug zu heilen.

Die Voraussetzungen für einen starken Abbau der Arbeitslosigkeit würden wesentlich verbessert, wenn es zu einer hinreichend verläßlichen mittelfristigen Orientierung der Einkommensentwicklung käme, die mehr Arbeitsplätze rentabel mache und die Finanzierungsmöglichkeiten für arbeitsplatzschaffende Investitionen verbessert, betonte der Minister.

Auch der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann hatte zuvor engagiert auf diesen Punkt hingewiesen und daran erinnert: „Wer kein Wachstum will, nimmt Massenarbeitslosigkeit – die schlimmste Form sozialer Ungerechtigkeit – in Kauf."

Gegen den Überstaat

Von PETER WEERTZ

In einem Rückblick erinnert Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff an 25 Jahre Bundeskartellamt und Wettbewerbspolitik. Seine Zwischenbilanz war überwiegend positiv. Im Berliner Reichstag meinte er vor Wirtschaftspolitikern, Unternehmern und Wissenschaftlern: „Im klassischen Land der Kartelle ist ein marktwirtschaftliches Bewußtsein entstanden." Vorher hatte schon der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, das „Entdeckungsverfahren Wettbewerb" gelobt, das keineswegs in das Museum der Wirtschaftsgeschichte gehöre, sondern im Gegenteil dazu berufen sei, den Weg für die Vielfalt menschlicher Initiative und Leistungsfähigkeit freizulegen.

Freilich besteht angesichts der weltweit schwierigen Wirtschaftslage, der hohen Zahl der Arbeitslosen und der aktuellen Fragen wie Stahlkrise oder Preisabsprachen in der Bauwirtschaft wenig Anlaß zur nur positiven Wertung. Der verstärkte Strukturwandel und die in Not geratenen Unternehmen blieben daher nicht unerwähnt. Lambsdorff steuerte jedoch auch hier den marktwirtschaftlichen Kurs: „Ohne wettbewerbspolitische Standhaftigkeit, ohne ein gerütteltes Maß an marktwirtschaftlichen Prinzipien auf allen Ebenen werden wir die vor uns liegende Bewährungsprobe nicht bestehen." Das Bundeskartellamt forderte er zudem auf, Kritiker von Fehlentwicklungen und Verfechter der auf Markt und Wettbewerb gerichteten Wirtschaftsordnung zu bleiben. Hierzu reicht nach seiner Ansicht das geltende Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aus. Diskussionen über eine Novelle dieses Kartellgesetzes lehnte er als überflüssig ab. Es bleibe jedoch notwendig, daß die Tätigkeit des Amtes von der Kritik der betroffenen Unternehmen ebenso begleitet werde wie von den Stellungnahmen der interessierten Öffentlichkeit oder der Politik.

Zugleich verurteilte aber der liberale Wirtschaftsminister den wachsenden Einfluß des Leviathan, der staatlichen Bürokratie auf allen Ebenen. Hier sieht Lambsdorff das Phänomen eines partiellen, durch den Staat verursachten Marktversagens, wenn die marktwirtschaftliche Lenkungs- und Steuerungsfunktion durch staatliche Eingriffe beeinträchtigt wird. Dabei stellt er weder begrenzte, notwendige staatliche Markteingriffe noch sozialpolitische Ziele in Frage. Ihm geht es vielmehr darum, die private Initiative wieder zu ermutigen. Es wächst nach seiner Ansicht heute die Versuchung, vom Staat das zu holen, was der Markt nicht hergibt. Mit einer vorübergehenden Sicherung von Arbeitsplätzen durch staatliche Interventionen würden jedoch, so Lambsdorff, die tatsächlichen strukturellen Hemmnisse nicht gelöst.

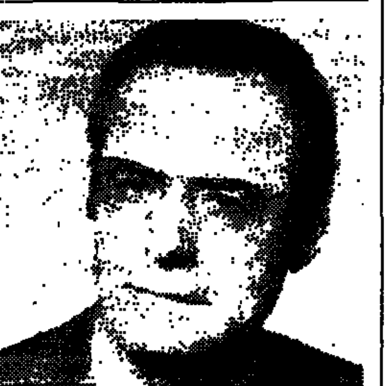
Ein Blick auf den Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt (Staatsquote) zeigt die Gefahr des Leviathan, des Überstaats. Seit 1960 ist die Staatsquote von einem Drittel auf die Hälfte gewachsen. Nach den Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums läuft bei der Verwendung des Bruttosozialproduktes jede zweite Mark heute über staatliche Kassen.

Läßt sich diese Entwicklung aber überhaupt noch bremsen oder gar zurückdrehen? Ohne eine konsequente Wirtschaftspolitik, die entsprechende Ziele setzt, sicher nicht. Die Strukturkrisen bei AEG, der deutschen Stahlindustrie und in der Unterhaltungselektronik lassen sich voraussichtlich ohne eine kurzfristige Staatshilfe nicht abwenden. Auf Dauer ist freilich der Staat in seiner Unternehmerrolle überfordert, wenn er nicht den Trends von Markt und Wettbewerb folgt. In diesen Fällen zieht eine Intervention die nächste nach sich. Auch an der Unternehmenskonzentration, die kleinere und mittlere Unternehmen benachteiligt, hat der staatliche Eingriff in die Wirtschaft seinen Anteil.

Was hindert überdies den Staat daran, sich von seinem öffentlichen Vermögen (Wohnungen) oder dem gewerblichen Vermögen schrittweise zu trennen? Die Privatisierung der öffentlichen Aktivitäten ist sicher in vielen Fällen möglich. Monopole sind heute im privatwirtschaftlichen Bereich kaum noch vorhanden, aber die öffentlichen Monopole dehnen sich nach wie vor weiter aus. Als Beispiel nannte Lambsdorff die Bundespost. Muß das Fernmeldemonopol der Post die Entwicklung neuer, zukünftiger Märkte behindern? Träger des Fortschritts sind hier ohnehin bei Anlagen und Geräten die privaten Hersteller.

Daß es trotz Privatisierung öffentliche Aktivitäten weiter geben wird, ist nicht zu bestreiten. Sorge bereitet das Übermaß.

AUF EIN WORT



„Der Staat könnte beispielsweise folgende stabilitätspolitische Offerte machen: Für jeden Prozentpunkt, um den Lohnabschlüsse unterhalb der verteilungsneutralen Rate bleiben, werden dem Arbeitnehmer zwei Prozent der Lohnsumme steuer- und sozialabgabenfrei auf ein Vermögenssparkonto gutgeschrieben. Damit würde man in zwei/drei Jahresschritten zum Gleichgewicht zurückkommen, ohne eine Stabilitätskrise und Arbeitslosigkeit zu riskieren."

Prof. Dr. Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie, Frankfurt a. M.

FOTO: DIE WELT

Chemische Industrie verzeichnet Belebung

Wb. **Frankfurt**

Die chemische Industrie der Bundesrepublik Deutschland meldet eine „leichte Geschäftsbelebung". Im Januar 1983 wurde das vergleichsweise hohe Umsatzniveau des gleichen Vorjahresmonats wieder erreicht. Nachdem es schon im Dezember 1982 zu einem Umsatzanstieg von zwei Prozent gekommen war, wurde dieser Trend bestätigt. Auch die Kapazitätsauslastung zu Jahresbeginn 1983 deute auf eine allmähliche wirtschaftliche Erholung hin, teilt der Verband der Chemischen Industrie (VCI) mit.

IFO-UMFRAGE

Der Konjunkturaufschwung scheint in Gang zu kommen

AP, **München**

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik scheint in Gang zu kommen. In seinem jüngsten Konjunkturtest vom Januar berichtete das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung von einer weiteren Besserung des Geschäftsklimas auf breiter Front. In den meisten Sparten werden sowohl das Geschäftsgeschehen im Januar als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate günstig beurteilt.

In der Industrie habe angesichts einer verbesserten Auftragslage die Tendenz zu weiteren Produktionseinschränkungen „merklich nachgelassen". Zwar sei die Aufschwungtendenz im Januar schwächer ausgeprägt gewesen als im Vormonat. Andererseits aber würden die Exportchancen nun weniger ungünstig eingeschätzt, „auffallend günstiger" sogar im Investitionsgüterbereich. Im Gebrauchsgüterbereich sei ein weiterer, wenn auch abgeschwächter Anstieg der Auftragseingänge gemeldet worden. Erneut zugenommen hätten die Bestellungen bei den Autoherstellern.

Im Bauhauptgewerbe habe sich die seit Herbst 1982 beobachtete „spürbare Verbesserung" des Geschäftsklimas fortgesetzt. Dabei habe der Optimismus hinsichtlich der Aussichten für das nächste halbe Jahr deutlich zugenommen. Im Großhandel werde vor allem die aktuelle Geschäftslage nicht mehr so ungünstig beurteilt wie in den vorangegangenen Monaten. Die Umsätze dürften jedoch im Januar real erneut hinter den Vorjahresergebnissen zurückgeblieben sein. Im Einzelhandel setzten sich dem Konkjunkturtest zufolge die zum Jahresende 1982 festgestellten Erholungstendenzen fort.

Wiederum am stärksten gebessert habe sich die Geschäftslage bei Gebrauchsgütern. Der Vorjahresumsatz sei „spürbar" überschritten worden.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street nahm Zinsrutsch und sinkende Preise vorweg

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Nach zwei Börsentagen, an denen die „Glamours" neue Rekordhöhen erreichten, haben die US-Aktienmärkte am Freitag tief durchgeatmet. Der Dow-Jones-Industrieundex, der am Donnerstag und Mittwoch 41 und seit Mitte August mehr als 340 Punkte gewann, fiel leicht um 0,87 auf 1120,94 Punkte zurück. Der etwas vernachlässigte Nyse-Index stieg allerdings weiter, und zwar um 0,10 auf 86,35 Punkte. Hier besteht Nachholbedarf. Im Wochenverlauf legten die beiden wichtigsten Barometer 28,12 und 0,90 Punkte zu.

Offensichtlich haben die Investoren jetzt Angst vor der eigenen Courage, zumal ernstzunehmende Wall-Street-Analysten an ihrer Voraussage festhalten, es stehe eine Konsolidierungsphase bevor. Erwartet werden „Dow"-Verluste zwischen fünf und 15 Prozent. Zu dem Kreis sind nun auch Charles Lewis, Vizepräsident bei Shearson/American Express, und Thomas Weber, Präsident des „Wall Street Weekly Forecast", gestoßen. Einig ist man sich jedoch darin, daß es sich nur um kurzfristige Korrekturen handelt.

Die Weichen für eine baldige Fortsetzung des Kursaufschwungs sind jedoch gestellt: Mehrere US-Großbanken senkten am Freitag ihre Prime Rate von elf auf 10,5 Prozent. Das ist der niedrigste Zinssatz für kurzfristige Kredite an bevorzugte Kunden seit November 1978. Bei abnehmender Geldmenge (minus 1,5 Milliarden Dollar) sanken zudem die Geldmarktzinsen auf breiter Front; Notenbanktagegeld und dreimonatige Treasury Bills notierten 8,13 und 7,85 Prozent.

Als Motor wirkt ferner die weiter abgeschwächte Zunahme der US-Verbraucherpreise, die vom billigeren Öl profitierten. Im Januar stiegen sie um 0,2 gegenüber dem Vorjahrsmonat um 3,8 Prozent.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Stahlproduktion gestiegen

Düsseldorf (rtr) – Die Produktion der eisenschaffenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland ist im Januar gegenüber Dezember 1982 deutlich gestiegen. Wie die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes mitteilte, erhöhte sich die Produktion von Roheisen nach endgültigen Berechnungen um 18,7 Prozent auf 1,979 Millionen t, von Rohstahl um 22,4 Prozent auf 2,573 Millionen t und von Walzstahlfertigerzeugnissen um 8,8 Prozent auf 1,927 Millionen t. Gegenüber Januar 1982 war in allen drei Produktgruppen ein Rückgang zu verzeichnen, bei der Roheisenproduktion um 25,1 Prozent, bei der Rohstahlproduktion um 24,0 und bei der Erzeugung von Walzstahlfertigprodukten um 11,7 Prozent.

Weg der Kurse

	25. 2. 83	18. 2. 83
Boeing	36,625	35,50
Chrysler	15,50	16
Citicorp	37,125	38,25
Coca-Cola	49,875	48,25
Exxon	29,75	29,375
Ford Motors	39,375	40,625
IBM	100,25	98,375
PanAm	5,625	4,875
US Steel	22,375	22,375
Woolworth	27,625	27,25

Untersuchung abgelehnt

Washington (dpa) – Der US-Handelsbeauftragte William Brock hat den Wunsch der amerikanischen Stahlindustrie abgelehnt, „unfaire" Praktiken japanischer Stahllieferer unter die Lupe zu nehmen. Er ist der Auffassung, das vom US-Dachverband und acht Konzernen vorgelegte Material reiche für eine derartige Maßnahme nicht aus. Die US-Industrie hatte eine im Januar zurückgezogene Beschwerde reaktiviert und von der Regierung eine 25prozentige Sonderabgabe auf alle japanischen Stahllieferungen sowie eine Reduzierung der Einfuhr um rund ein Drittel (1,72 Millionen t pro Jahr) gefordert. Außerdem sollten die Japaner eine angebliche Geheimabsprache mit den EG-Produzenten zur Aufteilung des Weltmarktes fallen lassen. Sowohl die Japaner als auch die EG-Untenehmen haben bestritten, daß solche Abmachungen existieren.

Umschuldung perfekt

Bukarest (VWD) – Die Umschuldung seiner 1983 bei westlichen Banken fälligen Kredite über 600 Millionen Dollar hat Rumänien vereinbart. Nach Angaben eines Direktors des rumänischen Finanzministeriums ist eine Umschuldung für 1984 nicht notwendig. Ein formelles Abkommen werde vorbereitet. Die neun Banken, die die Verhandlungen arrangierten, hätten die Vertragsunterzeichnung bis zum 15. Mai vorgesehen. Wie es hieß, sollen 30 Prozent der fälligen Beträge noch 1983 bezahlt werden, 10 Prozent 1984 und der Rest über einen Zeitraum von 6½ Jahren mit drei Freijahren. Die Konditionen seien die gleichen wie 1982 (1,75 Prozentpunkte über Libor plus ein Prozent der Umschuldungssumme als Gebühr).

Preisanstieg verlangsamt

Luxemburg (rtr) – Der Anstieg der Verbraucherpreise in der EG hat sich im Januar verlangsamt. Wie das Statistische Büro der EG (Eurostat) mitteilte, belief sich die Jahresteuerungsrate im Januar auf 9,1 Prozent nach 9,4 Prozent im Dezember. Nach diesen noch vorläufigen Ergebnissen, erhöhten sich die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat um 0,7 Prozent. Für die Bundesrepublik wird für diesen Monat eine Erhöhung von 0,2 Prozent festgehalten.

Bessere Herstatt-Quote

Düsseldorf (J. G.) – Eine vierte Besserungsquote (2,2 Prozent) kündigt der Abwickler der Kölner Herstatt-Bank den Gläubigern nach nun abgeschlossener Prüfung des Jahresabschlusses per 30. Juni 1982 an. Mit der Gesamtbesserungsquote von nunmehr 9,4 Prozent werde eine Befriedigung der Banken und Kommunen zu 64,4 Prozent und der sonstigen Gläubiger zu 74,4 Prozent der Vergleichsforderungen erreicht.

Londoner Kassapreise

	25. 2. 83	18. 2. 83
Kupfer (£/t)	1126	1092
Blei (£/t)	300,75	301,5
Zink (£/t)	447	444,25
Zinn (£/t)	8737,5	8532,5
Gold ($/Unze)	463,5	503,5
Silber (p/Unze)	868,60	935,30
Kakao [1] (£/t)	1289,5	1321
Kaffee [2] (£/t)	1633,5	1635,5
Zucker (£/t)	107	105
Kautschuk (p/kg)	71	66
Wolle (p/kg)	405	402
Baumwolle [3] (cts/lb)	76,05	74,30

[1]) Abladung Mai; [2]) Abladung Mai;
[3]) A-Index-Preis Liverpool

OPEC

Fieberhafte Suche nach Einigung über Ölpreise

rtr/AP, **Bahrain/Riad**

Innerhalb der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) ist am Wochenende auf diplomatischer Ebene die fieberhafte Suche nach Möglichkeiten zur Vermeidung eines Ölpreiskrieges fortgesetzt worden. Dabei kommt dem venezolanischen Ölminister Calderon offensichtlich eine Vermittlerrolle zu. Nachdem er in Paris mit seinen Amtskollegen aus Algerien, Kuwait und Mexiko gesprochen hatte, konferierte er in Riad mit dem saudiarabischen Ölminister Yamani und Vertretern der Vereinigten Arabischen Emirate. Wie aus informierten Kreisen in Riad verlautete, wird trotz der umfangreichen Vorgespräche eine Verschiebung der für Ende dieser Woche geplanten Opec-Sondersitzung nicht ausgeschlossen.

Unterdessen haben die Vereinigten Arabischen Emirate angekündigt, ihre Ölpreise binnen einer Woche zu senken, wenn bis dahin keine Einigung gefunden ist. Ihr Ölminister warnte zugleich alle Ölförderstaaten vor einer sicheren Niederlage im Falle eines Preiskrieges. Die Golfstaaten seien zweifellos in einer besseren Position angesichts niedrigerer Produktionskosten, ihrer erheblichen finanziellen Reserven und brachliegenden Kapazitäten.

Nigeria, das mit seiner Ölpreissenkung von 5,50 Dollar pro Barrel die übrigen Opec-Staaten vor einer Woche in Zugzwang gebracht hatte, zeigt sich offensichtlich zum Einlenken bereit. Wie verlautete, würde Lagos eventuell bei einer Einigung einem Richtpreis von 30 Dollar zustimmen. Auch Mexiko hat die ursprünglich für Freitag angekündigte Preissenkung für einige Tage verschoben. Unterdessen hat Großbritannien eine weitere Preissenkung für den Fall angekündigt, daß die Opec den Preis auf unter 30 Dollar pro Barrel zurücknehme.

BREMER VULKAN / Der Senat muß heute über die Großwerft entscheiden

Die Rettung hängt am seidenen Faden

WESSENDORF, **Bremen**

„Die Situation war noch nie so dramatisch seit Ende des Krieges", sagte der Bremer Senator für Rechtspflege und Strafvollzug, Wolfgang Kahrs, am Freitagabend beim Stiftungsfest des Ostasiatischen Vereins im Rathaus. Er vertrat Wirtschaftssenator Karl Willms. „Es müssen innerhalb von 48 Stunden Entscheidungen getroffen werden, die für Bremen von weittragender Bedeutung sind." Es geht um rund 80 Millionen Mark, die die schwer leckgeschlagene Großwerft Bremer Vulkan am heutigen Montag braucht.

Der traditionsreiche Schiffbaubetrieb an der Weser steht vor dem Ruin. Der Bremer Senat wird heute vormittag darüber entscheiden, ob er der notleidenden Werft aus der Patsche hilft. Die Krisensitzungen jagten sich am Wochenende, denn nicht weniger als 4000 Arbeitsplätze sind bedroht. Dabei führt das kleinste Bundesland die Arbeitslosenstatistik mit über 14 Prozent an. „Im Werftenstadtteil Bremen-Nord", stöhnen die Hanseaten, „gehen die Lichter aus, wenn der Vulkan dichtmachen muß."

Die dramatische Rettungsaktion hängt am seidenen Faden. Die griechische Konkar-Gruppe hat zwei bestellte Mehrzweckfrachter nicht abgenommen (WELT vom 15. Februar). Deren Finanzierung hängt damit in der Luft. Die Hausbanken wollen weitere Risiken nicht mehr eingehen, die mit einem anderweitigen Verkauf der Schiffe zusammenhängen, für die sich die Reederei Cosima interessiert.

Der Bremer Senat macht unter anderem geltend, daß Reederhilfe gewährt werden müsse. Die Landesregierung scheint bereit zu sein, nur eine stille Beteiligung von 28 Millionen und 12 Millionen Mark an Ausfallbürgschaften einzugehen. Das vorgegebene Konzept sieht allerdings vor, daß der Landesetat weitere 48 Millionen garantiert. Das Auftragsvolumen der Schiffe beträgt 210 Millionen DM.

Diese Finanzlücke muß zunächst geschlossen werden. Danach steht die „übergreifende Zusammenarbeit" mit der zweiten stark Schlagseite liegenden Großwerft AG „Weser" auf der Tagesordnung. Auch hier mangelt es an Aufträgen. Die Betriebsratsvorsitzenden beider Schiffbaubetriebe kämpfen inzwischen kompromißbereit: „Wir sind bereit, 1000 Arbeitsplätze zu opfern", sagten sie, „um alle weiteren zu retten."

Bundeskanzler Kohl hat vergangene Woche vor einer Wahlkampfveranstaltung den Betriebsräten zugesichert zu helfen. Allerdings geht auch der Bonner Regierungschef davon aus, daß die aktuelle Finanzkrise gelöst und die Kooperation der beiden Großwerften Vulkan und AG „Weser" eingeleitet wird.

Von der schicksalhaften Entscheidung des Bremer Senats hängen nicht nur über 6000 Arbeitsplätze ab, sondern auch die Zuliefererfirmen, der Einzelhandel, die Kaufhäuser und nicht zuletzt die Kneipen eines riesigen Stadtteils.

FRANKREICH

Starker Einbruch im Außenhandel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während sich in fast allen anderen westlichen Industriestaaten die Inflation abschwächt, nimmt sie in Frankreich weiter zu. Im Januar erreichte der Preisanstieg 0,9 Prozent und gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat 9,7 Prozent. Die tendenzielle Inflationsrate (letzte drei Monate auf ein Jahr hochgerechnet) war mit 11,7 Prozent etwa doppelt so hoch wie im OECD-Durchschnitt.

Gleichzeitig verschlechterte sich die französische Handelsbilanz in unerwartet starkem Umfang. Von saisonalen Schwankungen bereinigt waren gegenüber Dezember die Importe um 6,1 Prozent auf 65,37 Mrd. F gestiegen, während die Exporte nur um 0,6 Prozent auf 55,8 Mrd. F zunahmen. Das Defizit schwoll damit von 5,9 auf 9,6 Mrd. F an.

Als Gründe hierfür werden amtlicherseits die Verteuerung der Energierechnung um 1,9 Mrd. F und verstärkte andere Rohstoffkäufe genannt. Auch die Einfuhr von Konsumgütern sei hoch geblieben, während sich der Agrarhandel etwas verbessert habe. Dazu kam die anhaltende Schwäche im Industriegüterexport. Alle Beobachter sind sich darin einig, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs unzureichend ist. Dagegen hatte Premierminister Mauroy selbst noch vor zehn Tagen erklärt, daß inzwischen alle Ampeln der französischen Wirtschaft auf Grün stünden.

Ebenfalls steht der französische Franc an den Devisenmärkten wieder unter verstärktem Abwertungsdruck.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: apb Einrichtungsbau GmbH; **Frankfurt/Main:** KAISER-OMNIA Bauelemente GmbH; **Hamburg:** AHI Antriebs- u. Elektrotechnik GmbH; **Höxter:** Hemdenfabrik Michael Klostermeyer GmbH, Steinheim; **Hofgeismar:** BFI Beton- u. Fertigteilwerk Immenhausen GmbH, Immenhausen; Fertig-Bau Wilhelm Vössing KG, Immenhausen; **Karlsruhe:** Werner Gärtner, Inh. e. Transportunternehmens; Nachl. d. Karl Friedrich Herrmann; **Köln:** Ekkart Hennings, Straßenbau-Unternehmen; **Leer:** Johann Krieger GmbH, Großkuchen u. Kältetechnische Anlagen, Hesel; **Lüneburg:** Bernhard Hamann, Kies- u. Mörtelwerk, Fuhrunternehmen Baustoffgroßhandlung u. Erdarbeiten, Kirchgellersen; **Siegen:** Nachl. d. Albert Höfer; **Soest:** Spanplattenwerk Rüthen GmbH, Rüthen; **Wesel:** „WIDA" Ceramic Handelsges. mbH; Michael Damschen, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Hannover: Manthei & Co. Mineralöl KG.

AEG / Zustimmung der Gläubigerversammlung zum Vergleich wird erwartet – „Große Verlustbringer beseitigt"

Kann schon 1983 Gewinnschwelle erreicht werden?

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Vorstand der AEG-Telefunken AG, Frankfurt, rechnet für 1983 mit einer entscheidenden Verbesserung der Konzernergebnisse. Da „große Verlustbringer endgültig beseitigt" sind und die laufenden Sanierungsmaßnahmen deutliche Wirkung zeigen, „kann – sofern keine gravierende Verschlechterung der Wirtschaftslage im laufenden Jahr eintritt – für 1983 mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet werden", hieß es in einem Kommuniqué nach der Sitzung des Bankenkonsortiums am vergangenen Freitag.

Die Erfolgsrechnung für 1982 sieht freilich noch nicht so erfreulich aus. Der Verlust aus dem laufenden Geschäft hat etwa die schon im Herbst avisierten 980 Mill. DM erreicht. Hinzu kommen Belastungen aus den 1982 abgewickelten und künftig noch erforderlichen Sanierungsmaßnahmen in Höhe von einer runden Milliarde DM. Dennoch wird die AEG auch das Jahr 1982 ausgeglichen abschließen, weil der Vergleichsgewinn von voraussichtlich 1,9 Mrd. DM gleich nach der Gläubigerversammlung am 9. März noch in den Jahresabschluß 1982 eingestellt wird. Dabei ist die Entlastung bei den Pensionsverpflichtungen in Höhe von 1,5 Mrd. DM noch nicht berücksichtigt. Der Pensions-Sicherungsverein übernimmt 60 Prozent des Gesamtvolumens. Die restlichen 40 Prozent sollen im Abschluß 1982 voll als Pensionsrückstellungen bilanziert werden.

Von der Gläubigerversammlung werden keine ernsthaften Schwierigkeiten mehr erwartet: „Vorstand und Vergleichsverwalter können aufgrund bereits vorliegender Zustimmungen davon ausgehen, daß die Gläubigerversammlung dem Vergleich zustimmen wird", heißt es dazu. Der gegenwärtige Stand des Verfahrens zeige zudem, daß die Geschäfte besser verlaufen als erwartet. Immerhin startete das Jahr 1983 mit einem Umsatzzuwachs im Januar von 10 Prozent bei den Investitionsgütern und von 4 Prozent im Konsumentengeschäft. Auftragseingang und Anfragetätigkeit zeigen steigende Tendenzen.

Im vergangenen Jahr ist trotz der Vergleichswirkungen der Konzernumsatz noch um 1 Prozent auf 13,9 Mrd. DM gestiegen. Den höchsten Zuwachs erzielte die Unterhaltungselektronik mit 10 Prozent, gefolgt von der Kommunikationstechnik mit 7 Prozent, der Anlagentechnik mit 4 Prozent und dem Serienproduktbereich mit 2 Prozent. Olympia stagnierte, nur die Hausgeräte erlitten einen Einbruch von 10 Prozent. Die Sanierungsmaßnahmen laufen „gemäß Plan", berichtet der Vorstand. Der Hausgeräte-Bereich, größtes der Konzern-Sorgenkinder, sei durch die Straffung der Produktion (noch vier Werke) und die Konzentration auf die Marke AEG bei gleichzeitiger Personalreduzierung eine „schlagkräftige Geschäftseinheit" geworden.

Auch Olympia, für die sich kein Abnehmer gefunden hatte, soll mit einer bereinigten Struktur „in der Lage sein, sich allein zu behaupten und ein fester Bestandteil des AEG-Telefunken-Konzerns zu bleiben". Olympia hat seine Fertigung auf jeweils nur noch ein Werk im Inland (Wilhelmshaven) und im Ausland (Mexiko) konzentriert.

Bei Telefunken hat die Sanierung zwar Fortschritte gemacht, zudem sich das Partner-System als erfolgreich erwies. Wegen der schwierigen Marktsituation wird aber das Projekt einer Kooperation auch nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen mit Grundig nicht aufgegeben.

Beruhigend scheint, daß der Konzern immer noch genügend „Luft" bei seinen Krediten behalten hat. Von den insgesamt 2,8 Mrd. DM an Kreditlinien sind derzeit nur 890 Mill. DM in Anspruch genommen, 1,9 Mrd. stehen also noch zur Verfügung. Die Zahl der Mitarbeiter ist 1982 auf 97 400 (123 700) zurückgegangen – zwei Drittel des Rückgangs kamen allerdings durch Ausgliederungen zustande.

FRANKREICH / Steuerrat mahnt

Belastungsgrenze erreicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Steuer- und Sozialabgaben der französischen Unternehmen sind während der letzten Jahre in einer mit ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr vertretbaren Weise erhöht worden. Zu diesem Ergebnis kommt der nationale Steuerrat, ein aus unabhängigen Experten bestehendes Gremium. Er warnt die sozialistische Regierung davor, die Steuerschraube noch weiter anzuziehen. Bereits 1980, also noch unter der bürgerlichen Regierung erreichten die steuerlichen und sozialen Unternehmenslasten 16,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber 9,6 Prozent in Japan, 9,2 Prozent in der Bundesrepublik und 7,9 Prozent in den USA sowie Großbritannien. Seitdem hat sich dieser Abstand weiter vergrößert.

Auch Private wurden von den Sozialisten stärker besteuert. Jedoch blieb ihre Belastung immer noch hinter dem Durchschnitt der meisten anderen westlichen Industriestaaten, insbesondere der skandinavischen Länder, zurück.

Nach OECD-Angaben erreichte 1981 die Belastung an Steuer- und Sozialabgaben in Frankreich insgesamt 42,6 Prozent des BIP gegenüber 35,8 Prozent in der OECD und 37,4 Prozent in der Bundesrepublik.

Von allen Fiskaleinnahmen des französischen Staates stammen 40 Prozent aus der Mehrwertsteuer, was 9,5 Prozent des BIP entspricht. Sosehr dieses Verfahren eine verhältnismäßig unproblematische Steuererhebung sichert – bei der Mehrwertsteuer gibt es wenig Hinterziehungen – so wendet sich der Steuerrat aber doch energisch gegen das Regierungsprojekt, einen Teil der Unternehmenslasten darauf abzuwälzen.

Die Erhöhung der französischen Mehrwertsteuer, dessen oberster Satz bereits bei 33,3 Prozent liegt, würde der Inflation neuen Auftrieb geben, die wirtschaftliche Aktivität bremsen und die Arbeitslosigkeit verschärfen, heißt es in dem Bericht. Der einzige Vorteil bestünde in der Entlastung der Außenhandelsbilanz.

BRASILIEN / Banken geben 4,4 Milliarden Dollar

IWF berät über Kredit

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird sich heute mit dem Beistandskredit für Brasilien, der umgerechnet mit 4,88 Milliarden Dollar (nahezu 11,8 Milliarden Mark) zu Buch schlägt, befassen. Die Genehmigung gilt als sicher, nachdem sich 169 Privatbanken bereiterklärt haben, dem südamerikanischen Land weitere 4,4 Milliarden Dollar zu leihen. Außerdem stimmten 672 Institute einem Moratorium zu. Danach wird die 1983 fällige Rückzahlung von 4 Milliarden Dollar hinausgeschoben.

Die Einigung mit den Banken war die Voraussetzung für die Kredithilfe des IWF. Im vergangenen Herbst hatte der geschäftsführende Generaldirektor der multinationalen Organisation, der Franzose Jacques de Larosière, keinen Zweifel daran gelassen, daß der Fonds ohne „ein substantielles Engagement" der privaten Darlehensgeber nicht einspringen werde. In langen Verhandlungen hat die Regierung in Brasilia seitdem die wirtschaftspolitischen Bedingungen des IWF akzeptiert. Die Auflagen werden aber vermutlich im währungspolitischen Bereich noch verschärft, nachdem Brasiliens zweite Cruzeiro-Abwertung um 30 Prozent innerhalb von drei Jahren in Washington kritisiert worden ist (WELT vom 22. Februar).

Die Vertreter der Banken, die aus fast allen Teilen der Welt angereist waren, unterzeichneten am Freitag die beiden Vereinbarungen im Plaza Hotel in New York. Sie sehen vor, daß Brasilien Zinsen für die neuen und prolongierten Kredite zahlt; die eigentliche Rückzahlung beginnt nach 30 Monaten. Beide Darlehen müssen in acht Jahren getilgt sein. Das Paket ist Teil eines Finanzierungsplans der Banken, der aus vier Maßnahmen besteht. Die dritte ist die schon komplette Bereitstellung von 9 Milliarden Dollar an kurzfristigen Krediten; die vierte zielt auf eine Wiederauffüllung der Interbanklinien. Von den anvisierten 7,5 Milliarden fehlen jedoch noch 400 Millionen Dollar.

In Washington ist inzwischen bestätigt worden, daß Brasilien das US-Finanzministerium um einen Überbrückungskredit in dieser Höhe gebeten hat. Eigentliche Verhandlungen haben aber noch nicht stattgefunden. Trotz der Finanzspritzen befürchten amerikanische Banker, die nicht genannt werden wollen, daß Brasilien dennoch kurzfristig in die Kassenklemme geraten kann. Nach einer gemeinsamen Erklärung der Citibank und der Morgan Guaranty Trust machen die Schulden des Landes inzwischen 85 Milliarden Dollar aus. Davon entfallen 55,3 Milliarden Dollar auf Privatbanken und rund 17 Milliarden Dollar auf US-Banken.

Der Zins für den neuen Kredit über 4,4 Milliarden Dollar liegt um 2⅛ Prozent über der Londoner Interbankrate oder um 1⅞ Prozent über der Prime Rate. Die ersten 2,5 Milliarden Dollar kann Brasilien am 15. März ziehen, danach stehen ihm jeweils 633 Millionen Dollar im Juni, September und Dezember zur Verfügung. Konsortialführerin ist die Morgan Trust, New York.

Langsame Erholung der Weltwirtschaft

WILHELM FURLER, London

Eine eher vorsichtige Prognose über die bevorstehende Entwicklung der Weltwirtschaft sowie über die britische Konjunktur hat das National Institute für Economic and Social Research in seiner jüngsten Studie abgegeben. Obwohl sich in den USA eine Konjunkturerholung abzeichne und ein allgemein gefallenes Zinsniveau eigentlich Impulse für eine wachsende Produktion abgeben müßten, erwartet das britische Wirtschaftsforschungsinstitut für Europa erst gegen Ende dieses Jahres einen langsam einsetzenden Aufschwung. Er dürfte sich aber 1984 verstärken.

Für die OECD-Länder insgesamt sagt das Institut einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,5 Prozent in diesem Jahr und um 2,5 bis drei Prozent für 1984 voraus. Diese Entwicklung beinhaltet nach Ansicht der Wirtschaftsforscher einen weiteren deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr, bevor es im nächsten Jahr zu einem Rückgang in den USA und zu einem allmählichen Verharren der Arbeitslosenzahlen auf sehr hohem Niveau in Europa kommen dürfte.

Den gegenwärtigen Rückgang der Ölpreise hält das Institut nur für vorübergehend. Bereits im nächsten Jahr würden sie nominal wieder steigen. Im Durchschnitt würde der Anstieg der Verbraucherpreise im laufenden Jahr auf 6,5 bis 7 Prozent zurückgehen und 1984 weiter fallen.

Für Großbritannien sagt das National Institute in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von nur einem halben Prozent voraus, sofern die derzeitige konservative Regierung ihren Wirtschaftskurs beibehält.

„Ihr Platz" erfüllt Erwartungen nicht

D. SCHMIDT, Osnabrück

Als „noch zufriedenstellend" bewertet das Osnabrücker Filial- und Franchise-Unternehmen „Ihr Platz" GmbH & Co. die Ergebnisse im Geschäftsjahr 1982. Firmenchef Heinz Frömbling verweist in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung im gesamten deutschen Einzelhandel, der Umsatzeinbußen von 4 Prozent hinnehmen mußte.

„Ihr Platz" weist für 1982 ein Umsatzplus von 2,3 Prozent auf 658,5 Mill. DM aus. Das entspricht bei einer um 7,6 Prozent auf 103 400 qm ausgeweiteten Verkaufsfläche real allerdings einem Minus von 0,66 Prozent. Preiserhöhungen, so Frömbling, sind im Berichtsjahr nicht wirksam geworden, weil die durch die Aufgabe des Rabattmarkensystems eingesparten Beträge an die Kunden weitergegeben wurden.

Ende 1982 gehörten zur Gruppe 596 Geschäfte, zehn mehr als im Vorjahr. 25 Neueröffnungen standen zehn Schließungen gegenüber; fünf Filialen wurden an Franchise-Partner abgegeben. Der Anteil des Franchise-Geschäfts am Gruppenumsatz erhöhte sich um 5,3 Prozent auf 51 Mill. DM.

Obwohl die Mitarbeiterzahl um 5 Prozent auf 4300 Beschäftigte verringert wurde, erhöhten sich die Betriebskosten beträchtlich und schmälerten den Ertrag. Gemessen an der Branche konnte aber eine deutlich bessere Rendite erwirtschaftet werden, heißt es auf Anfrage. Vorsichtig beurteilt „Ihr Platz" die weitere Entwicklung. Erwartet wird ein nur leichtes Umsatzplus auf 668 Mill. DM. Der Franchise-Bereich soll dazu 57 Mill. DM beisteuern.

WESTFÄLISCHE SPARKASSEN

Höhere Risiken bei Krediten

HARALD POSNY, Münster

Als eine „erfolgreich bestandene geschäftliche Bewährungsprobe in schwieriger Zeit" und einen „Abschnitt mit gutem geschäftlichen Erfolg" hat der Präsident des westfälisch-lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Keßler, das Geschäftsjahr 1982 der 101 Sparkassen in diesem Landesteil bezeichnet. Die von 3,25 auf durchschnittlich 3,5 Prozent gestiegene Zinsspanne, im Gleichklang mit der Bilanzsumme gewachsene Betriebskosten und verbesserte Betriebsergebnisse dürften jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch durchschnittlich 40 Prozent höhere Wertberichtigungen und die tatsächliche Steuerbelastung von 63 Prozent der Jahresgewinn mit etwa 0,4 Prozent der Bilanzsumme nicht höher ausgefallen ist als im Schnitt der Vorjahre. Keßler: „Es bleibt nicht viel mehr, als zur Unterlegung ihrer Geschäftstätigkeit durch Aufstockung des Eigenkapitals aus eigener Kraft notwendig ist."

Das Wachstum des Jahres 1982 ist bei den westfälisch-lippischen Sparkassen vor allem von den Kundeneinlagen bestimmt worden, deren Volumensteigerung um 4,3 Mrd. DM in dieser Größenordnung bisher nicht zu verzeichnen war. Dagegen entwickelte sich die Kreditnachfrage wesentlich gedämpfter. Insbesondere im kurz- und mittelfristigen Bereich war eine ausgeprägte private Zurückhaltung zu verzeichnen.

Unerwartet starke Zuwachsraten bei langfristigen Krediten sowohl an Private als auch an Unternehmen sind nach den Worten Keßlers, soweit sie nicht in der Wohnungsbaufinanzierung anfielen, zu einem Großteil auf Umschuldungen aufgrund der Zinsentwicklung zurückzuführen gewesen. Dieser Trend habe sich zu Beginn dieses Jahres fortgesetzt.

Für den privaten Wohnungsbau zeigt das Kreditgeschäft eine deutliche Belebung, die sich seit Sommer 1982 in Darlehensauszahlungen von 1,8 Mrd. DM niederschlug. Die offenen Zusagen stiegen seit dem Tiefpunkt im Mai um 23 Prozent auf derzeit 520 Mill. DM.

Neueste Umfragen unter Sparkassen deuten jedoch erstmals für einen Teil der Institute eine Verschlechterung der Risikolage an. Zwölf Prozent der Sparkassen, vor allem in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, melden eine spürbare Zunahme von Zins- und Tilgungsrückständen bei Wohnbaukrediten. Noch mehr Institute beklagen gestiegene Risiken bei Überziehungen und Ausfällen von Dispositionskrediten infolge sinkender Realeinkommen.

Westf. Sparkassen	1982	±%
Gesamteinlagen (Mill. DM)	62 724	+ 7,3
dav. Spareinlagen[1]	36 650	+ 9,3
Spark.-Briefe u. Obligationen	10 291	+ 4,3
Termineinlagen[2]	7 634	+ 1,9
Sichteinlagen[2]	8 149	+ 8,0
Kundenforderungen	50 096	+ 4,4
dav. langfristig	34 728	+ 6,0
kurzfristig	10 843	+ 0,9
Bilanzsumme	74 000	+ 7,5
Geschäftsvolumen	75 580	+ 7,4

[1] einschl. 1977 (1812) Mill. Zinsgutschriften; [2] ohne Bankeneinlagen

AUTOMOBILE / Ausländer konnten in Frankreich Marktanteil leicht erhöhen

Geringe Importquote bei Kleinwagen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Angesichts der protektionistischen Grundstimmung in gewissen französischen Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Regierungskreisen hat der Verband der französischen Autoimporteure in seinem Jahresbericht 1982 erstmals näher zu dem weiteren starken Vordringen der ausländischen Konkurrenz Stellung genommen. Er hebt dabei ausdrücklich hervor, daß sich der französische Verbraucher „vom traditionellen Protektionismus völlig gelöst" hat und überhaupt keinen Unterschied mehr zwischen einem (gleichwertigen) nationalen und importierten Wagen macht, vor allem wenn dieser aus einem EG-Land kommt.

Nach den Feststellungen des Verbands erreichten die Neuzulassungen ausländischer Personenwagen in Frankreich 1982 mit 629 573 (im Vorjahr 516 503) einen historischen Rekord. Dies entsprach einer Steigerung um 22,24 Prozent, während der Inlandsabsatz der nationalen Automobilindustrie nur um 8,12 Prozent zunahm. Der Ausländeranteil am französischen Pkw-Markt vergrößerte sich demzufolge auf 30,16 (28,15) Prozent. Auch dies war ein Jahreshöchststand.

Aber in anderen Ländern, so betont der Verband, sind fast ebenso hohe, wenn nicht sogar noch größere ausländische Marktanteile verbucht worden, so in der Bundesrepublik von 25 Prozent, in Italien von 41 Prozent und in Großbritannien von 58 Prozent. Außerdem seien die ausländischen Exporterfolge in Frankreich schon deshalb als „gerechtfertigt" anzusehen, weil sie eine Art Initiator für die Autonachfrage insgesamt gewesen seien, von der auch nationale Hersteller profitiert hätten.

Die deutsche Automobilindustrie konnte ihren Marktanteil in Frankreich auf 17,58 (16,32) Prozent ausbauen, womit sie am stärksten vertreten war, vor der italienischen mit 6,52 (6,03), der japanischen mit 2,92 (2,50), der britischen mit 1,56 (1,15) und der des Ostblocks mit 1,46 (1,42) Prozent. Am meisten importiert wurden Fabrikate von Ford, VW-Audi, General Motors (Opel), BMW, British Leyland, Alfa Romeo, Lada, Mercedes und Datsun (Reihenfolge nach der Stückzahl).

Beachtlich war das starke Vordringen der Ausländer in der unteren Mittelklasse. In der Gruppe 5 bis 6 Steuer-PS eroberten sich die Ausländer 47,93 Prozent Marktanteil. Bei den schweren Wagen von 13 bis 16 PS stellten sie 53,79 Prozent und bei 17 und mehr PS 100 Prozent. Bescheiden blieb ihr Anteil nur bei den Kleinwagen bis zu 4 Steuer-PS mit 15,08 Prozent.

Die diesjährigen Aussichten des französischen Automobilmarktes beurteilt der Verband eher zurückhaltend. Die restriktive Einkommenspolitik der Regierung könnte sich bei dem relativ hohen Sättigungsgrad des französischen Automarktes negativ auf die weitere Absatzentwicklung auch für importierte Wagen auswirken.

Die KKB-Bank ist voll zufrieden

Py. Düsseldorf

Nach einem hinsichtlich Geschäftsentwicklung und Ertrag in den Augen der persönlich haftenden Gesellschafter voll zufriedenstellenden Jahr 1982 und einem voraussichtlich über dem Vorjahr (38 Mill. DM) liegenden Jahresüberschuß werden die Aktionäre der KKB-Bank KGaA, Düsseldorf, sicher wieder mit einer 10-DM-Dividende je 50-DM-Aktie rechnen können (1981 plus 2 DM Bonus). Der Zinsüberschuß stieg um 27,9 Prozent auf 455 Mill. DM, der Provisionsüberschuß um 30,1 Prozent auf 74 Mill. DM.

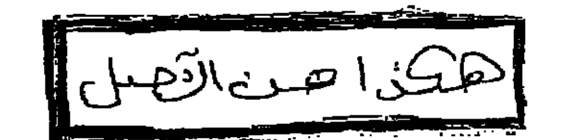
Nach einem Zwischenbericht erzielte die KKB-Bank 1982 im Spar- und Kreditgeschäft zweistellige Zuwachsraten. Der Forderungsbestand stieg um 12 (11,7) Prozent auf 4,4 Mrd. DM. Der Bestand an Kundeneinlagen lag mit 4,8 Mrd. DM um 17 (5) Prozent über dem Vorjahr. Der Zuwachs bei den Spareinlagen fiel mit 40 Prozent besonders stark aus. Die Bilanzsumme wuchs um 11 (5,5) Prozent auf 5,7 Mrd. DM. Die Zahl der Konten in allen Geschäftssparten erhöhte sich um 11 Prozent auf 1,6 Mill. in 260 Zweigstellen.

RENTENMARKT / Leichter Zinsrückgang

Geschäft läuft verhalten

Die Rententendenz ist zwar freundlich, wie der Renditenrückgang in der Tabelle erkennen läßt, aber das Geschäft entwickelt sich nur sehr verhalten. Der Markt steht zur Zeit völlig im Schatten der Aktienbörse; sie stiehlt ihm die Schau. Entgegen manchen Erwartungen zeigen Ausländer augenblicklich nur sporadisches Interesse für Rentenwerte, obwohl nach einem bürgerlichen Wahlsieg nicht nur ein Währungsgewinn, sondern auch Kursgewinne winken dürften. Nach dem letzten Rückgang der Preissteigerungsrate und auch angesichts der weiteren Inflationserwartungen ist die Realverzinsung inzwischen im historischen Vergleich überdies so hoch, daß ein Zinsrückgang „in der Luft liegt". Im Mittelpunkt steht zur Zeit die 7,5prozentige Bundesanleihe, deren Plazierung nicht schwierig sein dürfte. (cd.)

Emissionen	25. 2. 83	18. 2. 83	11. 2. 83	30. 12. 82	30. 12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,11	7,16	7,17	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,88	6,97	7,02	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,38	7,46	7,51	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,82	7,76	7,81	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,31	7,36	7,44	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,99	7,05	7,11	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,78	7,83	7,93	8,94	8,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,31	7,36	7,43	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,47	8,44	8,54	8,45	10,32



DG HYP / Die Ertragskraft wurde weiter verbessert

Boom bei Hypotheken

JAN BRECH, Hamburg

Die Nachfrage nach Darlehen hat sich bei der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank (DG Hyp), Hamburg, in den ersten Wochen dieses Jahres weiter verstärkt. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Karlheinz Soesters sind im Neugeschäft bis heute Darlehen in Höhe von 960 Mill. DM zugesagt worden. Davon entfielen 660 Mill. DM auf Hypothekendarlehen, die sich gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres damit fast verdoppelt haben.

Der steigende Anteil von Darlehenszusagen für Neufinanzierungen lasse die allgemeine Belebung im Wohnungsbau erkennen, betonte Soesters. Obwohl eine Ermäßigung der Zinsen um etwa einen halben Prozentpunkt in den nächsten Monaten noch möglich sei, hätten offensichtlich viele Bauherren erkannt, daß sich angesichts vorprogrammierter Baupreissteigerungen die Finanzierungskosten in diesem Jahr kaum noch günstiger gestalten ließen. Auch steige der Mut, sich zinsmäßig längerfristig zu binden, erklärte Soesters. Von den gesamten Zusagen seien inzwischen fast 80 Prozent auf mehr als 5 Jahre, rund 50 Prozent allein auf 10 Jahre festgelegt.

Der Nachfragestoß bei der DG Hyp sei so groß, daß man personell und organisatorisch aus allen Nähten platze, erklärte Soesters. Die Bank habe deshalb das zum Verkauf stehende neue Verwaltungsgebäude der angeschlagenen Neuen Heimat erworben, in das 1983 umgezogen werden soll. Der Personalbestand müsse ebenfalls aufgestockt werden. Da das derzeitige Zinsniveau eine gesicherte Grundlage habe und bei den Kreditnehmern der Volks- und Raiffeisenbanken nach wie vor ein hoher Konsolidierungsbedarf vorhanden sei, erwarte die Bank in diesem Jahr im Hypothekendarlehensgeschäft neue Rekordzahlen.

Die DG Hyp ist bereits im Berichtsjahr von der Stärke des Neugeschäfts überrascht worden. Mit der Ausweitung der Bilanzsumme auf fast 25 Mrd. DM sei das Institut zur größten privaten Hypothekenbank in der Bundesrepublik avanciert, betonte Soesters. Das seit Jahren verfolgte ertragsorientierte Wachstum habe zudem wieder eine überproportionale Zunahme des Betriebsergebnisses bewirkt.

Im Zuge sinkender Zinsen erteilte die Bank Darlehenszusagen mit einem bisherigen Höchstvolumen von 5 Mrd. DM (plus 45 Prozent). Während die Zusagen für Kommunaldarlehen geringer als im Vorjahr waren, da sich die Bank aus Ertragsgründen weitgehend auf Kredite an Kommunen beschränkte, stiegen die Zusagen von Hypothekendarlehen um fast 45 Prozent. Für Beleihungen im Wohnungsbau wurden allein 2,3 Mrd. DM zugesagt. Fast die Hälfte hiervon betrafen Umschuldungen, rund 30 Prozent Neufinanzierungen, der Rest Modernisierung. Bei Neufinanzierungen dominierten mit nahezu 80 Prozent die Beleihung von Ein- und Zweifamilienhäusern. Am gesamten Darlehensbestand blieb der Anteil von Hypothekendarlehen mit 61 Prozent unverändert.

Im Rahmen der Gesamtentwicklung nicht beunruhigend bezeichnet Soesters die 1982 stark gestiegenen Zinsrückstände im Hypothekengeschäft. Sie erhöhten sich von 4,4 auf 9,1 Mill. DM und betragen überwiegend Einfamilienhausbesitzer. Die Zahl der anhängigen Zwangsversteigerungen bei Grundstücken stieg von 334 auf 644 Einheiten.

DG Hyp	1982	±%
Hypoth.Zus. (Mill. DM)	2 001	+44,8
Kom.Darl.-Zus.	2 046	–21,1
Darl.Auszahl.	4 543	– 0,5
Darl.Best.	23 480	–12,8
Bilanzsum.	24 597	+13,0
Eigenkapital	465	+21,4
Betriebsergebnis	84	+48,0
Zinsüberschuß	138	+30,2
Jahresüberschuß	51	+49,7

NAMEN

Reinhard Mohn wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gruner & Jahr AG gewählt. Er ist Nachfolger von **Dr. Mandfred Fischer**, der sein Mandat niedergelegt hat und aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist. **Bernhard Fessel** (35), Taunusstein, und **Helmut Zaunschirm** (43), Zürich, sind zu Geschäftsführern der zum 1. März 1983 gegründeten Polydata Deutschland GmbH, Wiesbaden, gewählt worden. **Robert M. Südmeyer** ist zum Generalbevollmächtigten der Holstein und Kappert GmbH, Dortmund, bestellt worden. **Dr. Walter Kirsten**, seit 1976 Vorstandsmitglied der Deutschen BP AG, Hamburg, ist mit Wirkung vom 1. März 1983 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes ernannt worden.

MAIZENA / Im Markenartikelgeschäft Position behauptet, im Industriebereich gelang die Stabilisierung nicht voll

Wieder etwas von der alten Stärke zurückgewonnen

JAN BRECH, Hamburg

Nach den schweren Einbrüchen in den Jahren 1979 und 1980 rückt die Maizena GmbH, Hamburg, langsam wieder an das Ertragsniveau früherer Jahre heran. Die Verbesserung der Rendite von 2,6 auf 5,2 Prozent reiße einen zwar nicht vom Sitz, betont der Vorsitzende der Geschäftsführung, Harald Lungwitz, zeige jedoch in die richtige Richtung. Maizena, deutsche Tochtergesellschaft des US-Konzerns CPC International, weist für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) einen um 28,8 Prozent erhöhten Jahresüberschuß von 39,4 Mill. DM aus. Auch unter Berücksichtigung, daß das Ergebnis durch eine Reihe von Sondereinflüssen aufgebessert und das Betriebsergebnis nur um etwa 7 Prozent gestiegen ist, bleibt die Stärkung der Ertragsbasis bemerkenswert.

Dies gilt um so mehr, als Maizena in den beiden großen Bereichen Industrie- und Markenartikelgeschäft real kein Wachstum erreichte und die erhoffte Stabilisierung im Industriegeschäft nicht voll gelang. Die Ausweitung des Gesamtumsatzes um 4,1 Prozent auf 1,24 Mrd. DM geht ausschließlich auf Preiserhöhungen zurück.

Zur Ertragsverbesserung hat gleichwohl das Industriegeschäft maßgeblich beigetragen. Allerdings, so schränkt Lungwitz ein, sei Maizena, das bei Stärke-Hauptprodukten in Deutschland über Marktanteile von 40 bis 50 Prozent verfügt, erst wieder auf einem Ertragsniveau, das schon Anfang der siebziger Jahre erreicht worden war. Absatzschwächen im Inland glich Maizena zum Teil durch sehr gute Exportgeschäfte aus. Ferner gelang es, Preisanhebungen vorzunehmen, wenn auch nicht in dem von Lungwitz für notwendig bezeichneten Ausmaß.

Im Markenartikelgeschäft, das nicht ganz die Hälfte zum Umsatz, aber überproportional zum Ertrag beisteuert, habe Maizena in wichtigen Produktgruppen die Positionen behauptet, in Teilbereichen ausgebaut, erklärte Lungwitz. Hohes Wachstum sei besonders mit in den letzten Jahren neu eingeführten Produkten erzielt worden. Insgesamt gehe Maizena gestärkt aus dem schweren Jahr heraus. Dies wertet Lungwitz vor allem unter längerfristigen Aspekten positiv. Immerhin habe sich das Maizena-Markenartikelsortiment mit den Bereichen Knorr und Maizena stabil gegenüber den „no names" erwiesen. Die wachsende Flut von Angeboten markenloser Ware werde von Maizena zwar nicht unterschätzt, doch lasse die Entwicklung in den letzten Monaten die Grenzen der Billigmarken erkennen.

Das unternehmenspolitische Konzept bleibe im Markenartikelgeschäft auf die Herstellung und Vermarktung hochwertiger, innovativer Produkte ausgerichtet, erklärt Lungwitz. Im Industriegeschäft werde das Schwergewicht in zwei Bereichen gesetzt. Einmal strebe das Unternehmen im Verbund mit den Schwestergesellschaften in Frankreich, Benelux und Skandinavien eine Optimierung der Kapazitäten an. Zum anderen verstärke Maizena die Bemühungen, die Technologie der Verarbeitung von Weizen zu Stärke bei 100 Prozent Verwertung des Rohstoffs zu beherrschen. Die zu diesem Zweck für 50 Mill. DM errichtete Weizenstärke-Anlage in Jülich soll im Juli in Betrieb gehen. Diese Versuchsanlage ist auf eine kommerzielle Größe von 60 000 t Verarbeitung ausgelegt. Die Erfahrungen mit der Anlage, die in Europa nichts Vergleichbares hat, sollen zeigen, ob künftig weitere Anlagen dieser Art allein gebaut oder mit Maisstärkefabriken kombiniert werden können. Das Projekt einer neuen Maisstärkefabrik im süddeutschen Raum hat Maizena dagegen vorerst zurückgestellt.

Trotz der wettbewerbsverzerrenden EG-Stärkemarktordnung, die es erschwere, mit Stärkeprodukten als Rohstoffe etwa für die chemische Industrie in ganz neue Märkte vorzustoßen, glaube Maizena an die Zukunft der von ihr aus „stetig nachwachsenden Rohstoffen" erzeugten Vorprodukte, versichert Lungwitz. Dies spiegelt sich sehr deutlich in der Investitionspolitik des Unternehmens wider. Nachdem Maizena im Berichtsjahr mit 50 Mill. DM mehr als das Doppelte der Abschreibungen investiert hat, sind für dieses Jahr 90 Mill. DM vorgesehen.

Auslandsaufträge fließen spärlicher

rtr, Mannheim

Die Mannheimer Bilfinger + Berger Bau-AG konnte 1982 die Bauleistung vor allem im Ausland erheblich steigern. Wie das Unternehmen mitteilte, war die Ertragslage 1982 „befriedigend". Die Gesamtleistung der Gruppe stieg auf knapp 4,4 (3,7) Mrd. DM. Dabei nahm die Auslandsleistung auf 3,2 (2,6) Mrd. DM zu, während die Inlandstätigkeit nahezu stagnierte.

Vor allem wegen der rückläufigen Zahlungsfähigkeit ölproduzierender Länder schrumpfte der Auftragseingang aus dem Ausland um gut 1 Mrd. auf 2 Mrd. DM. Im Inland stieg er leicht auf 1,22 (1,19) Mrd. DM. Die Unternehmensgruppe verfügte Ende 1982 über einen Gesamtauftragsbestand von 5,5 (6,56) Mrd. DM, davon entfielen 4,47 Mrd. DM auf das Ausland.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses, über das keine genauen Angaben gemacht werden, könne für 1982 wiederum eine „angemessene Dividende" ausgeschüttet und die Rücklagen entsprechend dotiert werden. Für 1981 hatte Bilfinger 10 DM Dividende je 50-DM-Aktie und 1 DM Bonus ausgeschüttet.

Victoria zahlt wieder 16 Prozent

J. G. Düsseldorf

Die Victoria-Versicherungen, Berlin/Düsseldorf, kündigen für beide Gesellschaften (Leben und Feuer) für 1982 Dividenden von abermals 16 Prozent an. In der Lebensversicherung, wo Victoria mit der per Anfang 1983 vollzogenen Geschäftsübernahme ihrer Tochter Vorsorge-Leben zum viertgrößten Unternehmen der Branche aufgestiegen ist, wuchsen zwar die Beitragseinnahmen noch um 6,1 (9,4) Prozent auf 1,02 Mrd. DM, doch ging im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturabschwächung das Neugeschäft nach Jahren überdurchschnittlichen Wachstums erstmals um 8,2 Prozent auf 3,36 Mrd. DM zurück. Die Kapitalanlagen erhöhten sich hier auf 6,24 (5,64) Mrd. DM mit „deutlich" erhöhtem Bruttoertragsüberschuß.

Die Feuerversicherung steigerte ihre Brutto-Prämieneinnahmen auf 1,09 (1,02) Mrd. DM. Die Schadenaufwendungen stiegen stärker als die Beitragseinnahmen mit besonders ungünstiger Entwicklung in der Hausrat-, Wohngebäude- und Leitungswasserversicherung.

LIGNA / Holzwirtschaft ist zuversichtlich

Spürbare Nachfragebelebung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die in den letzten Monaten beobachtete Nachfragebelebung in der Holz- und Möbelindustrie führt auch bei den Herstellern von Holzbearbeitungsmaschinen zu einer zuversichtlicheren Einschätzung der Geschäftsaussichten. Gesicherte Erkenntnisse über die weitere Entwicklung verspricht sich die Branche von der vom 11. bis zum 17. Mai in Hannover stattfindenden Internationalen Fachmesse für Maschinen und Ausrüstung der Holzwirtschaft Ligna '83. Das Interesse an dieser alle zwei Jahre veranstalteten Messe ist groß. Nach dem bisherigen Stand haben sich 936 Aussteller, davon die Hälfte aus dem Ausland, angemeldet.

Erich Naumann, Geschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige, rechnet für 1983 erstmals seit drei Jahren wieder mit realen Zuwachsraten. Dies gelte vor allem für die Möbelindustrie, die seit November zweistellige Zuwachsraten beim Auftragseingang verzeichne und derzeit gut beschäftigt sei. Dennoch, so Naumann, wäre es verfehlt, von einem Boom ähnlich dem im Jahre 1976 zu sprechen. Vielmehr handele es sich nach dem Umsatzeinbruch 1982 (real minus 10 Prozent) um einen „Aufholeffekt". Auch die übrige Holzindustrie mit ihrem Schwerpunkt im baulichen Bereich habe wieder „Land in Sicht".

Ähnliche Beobachtungen registriert Hermann Theis, Geschäftsführer der Fachgemeinschaft Holzbearbeitungsmaschinen im VDMA. Jüngste Umfragen bei den Mitgliedsfirmen zeigten eine „deutliche Belebung des Auftragseingangs im letzten Quartal 1982" (plus 10 Prozent).

Die derzeitige Situation der Branche, die 1981 einen Umsatz von 2,1 Mrd. DM erzielte (220 Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten), ist aber immer noch bedrohlich. Bei Durchlaufzeiten zwischen 2,5 und 4 Monaten pro Maschine reiche der Auftragsbestand nur für drei Monate. In den ersten neun Monaten lag die Produktion mit 1,4 Mrd. DM nominal um 8,4 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Als Stütze erwies sich der Export, der „nur" um 3,6 Prozent auf 910 Mill. DM zurückging, während die Importe mit 219 Mill. DM sogar ein Minus von 11,4 Prozent auswiesen.

HUTSCHENREUTHER

Zufrieden mit Geschäftsjahr

VWD, Selb

Die Hutschenreuther AG, Selb, ist mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1982 im allgemeinen zufrieden. Nach den sehr hohen Zuwachsraten des Vorjahres habe sich der gesamte Umsatz 1982 um 1,6 Prozent verringert. Weil man rechtzeitig mit Kosteneinsparungen reagiert habe, sei dennoch ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht worden. Man erwarte, gestützt „auf eine Fülle innovativer Ideen", Impulse von der Frankfurter Frühjahrsmesse, heißt es. Im Hauptbereich „Haushalt und Gastronomie" gingen die Umsätze 1982 um 0,9 Prozent auf 278,7 Mill. DM zurück (1981 plus 15,4 Prozent). Die Exportquote erhöhte sich auf 36,4 (34,1) Prozent. Mit der Geschäftstätigkeit der Industriebeteiligungen zeigt sich der Vorstand „sehr zufrieden". Sowohl bei der Hutschenreuther-Keramag GmbH als auch bei der Sociede de Porcelanas Limitada (Portugal) seien die geplanten positiven Ergebnisse erzielt worden. Zum Jahresende 1982 zählte die Hutschenreuther AG 5714 Beschäftigte (plus 2,5 Prozent).

Lufthansa wird mit Gewinn abschließen

rtr, Köln

Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, und ihre Töchter haben 1982 mit einem Gewinn abgeschlossen. In einem Aktionärsbrief charakterisiert der Vorstand die Entwicklung mit den Worten „1982 war ein gutes Jahr. Wir schließen mit Gewinn ab". Die Planung für die Zukunft sei auf eine vorsichtige Expansion abgestellt. Bei den Töchtern werde die Entwicklung 1983 uneinheitlich verlaufen, wobei die Beteiligungen im Luftverkehr ihr Vorjahresergebnis wahrscheinlich nicht erreichen würden.

Betriebs- und Streckenergebnis hätten sich 1982 gegenüber dem Vorjahr verbessert. Als ausschlaggebend dafür wird die nach zwei Expansionsjahren stark gebremste Aufwandserhöhung genannt, der eine Steigerung der Brutto-Verkehrserlöse um 8,9 Prozent gegenüber 1981 auf 7,18 Mrd. DM nach vorläufigen Zahlen gegenüberstehe. Der Passagierverkehr habe mit 2,07 Mrd. Tonnenkilometern ein Plus von 2,8 Prozent verzeichnet, bei der Fracht seien mit 1,61 Mrd. Tonnenkilometern 6,1 Prozent mehr verkauft worden, die Postbeförderung habe mit 95,6 Mill. Tonnenkilometern um 8 Prozent höher als im Vorjahr gelegen.

ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Hamburg – Leverkusen	3:0	(1:0)
Stuttgart – Düsseldorf	1:1	(1:1)
Bochum – Frankfurt	1:2	(1:1)
München – Bielefeld	5:0	(3:0)
Dortmund – Braunschw.	3:2	(2:1)
M'gladbach – Karlsruhe	ausgef.	
Berlin – Bremen	ausgef.	
Köln – Nürnberg	ausgef.	
K'lautern – Schalke	ausgef.	

TABELLE

Platz	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Hamburg	21	12	8	1	52:21	32:10
2. München	22	13	6	3	54:18	32:12
3. Dortmund	22	13	4	5	52:31	30:14
4. Stuttgart	21	12	5	4	48:25	29:13
5. Köln	21	11	5	5	43:26	27:15
6. Bremen	19	11	4	4	35:22	26:12
7. K'lautern	21	8	9	4	31:29	25:17
8. Nürnberg	21	8	4	9	27:39	20:22
9. Braunschw.	22	7	6	9	26:35	20:24
10. Frankfurt	22	8	3	11	31:30	19:25
11. Bielefeld	22	7	5	10	32:49	19:25
12. Bochum	21	5	7	9	23:29	17:25
13. Düsseldorf	21	5	7	9	36:52	17:25
14. Gladbach	20	6	2	12	32:38	14:26
15. Leverkusen	21	4	6	11	18:40	14:28
16. Hertha	21	3	7	11	24:38	13:29
17. Schalke	21	4	5	12	28:45	13:29
18. Karlsruhe	21	4	5	12	26:51	13:29

DIE SPIELE

München – Bielefeld 5:0 (3:0)
München: Müller – Augenthaler – Dremmler, Grobe, Horsmann – Kraus (68. Pflügler), Nachtweih, Breitner, Del'Haye (68. Mathy) – Hoeneß, Rummenigge. – **Bielefeld:** Diergardt – Pohl – Geils, Hupe, Büscher – Schnier, Rautiainen (68. Maier), Riedl (68. Krajczy), Schröder – Grillemeier, Lienen. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Breitner (2. Foulelfmeter), 2:0 Hoeneß (12.), 3:0 Rummenigge (38.), 4:0 Breitner (59.), 5:0 Hoeneß (71.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karte:** Schröder (3).

Bochum – Frankfurt 1:2 (1:1)
Bochum: Zumdick – Bast – Zugcic (46. Krella), Knüwe, Jakobs – Lameck, Woelk, Oswald, Patzke – Pater, Schreier. – **Frankfurt:** Jüriens – Pezzey – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Kroth, Sievers, Trieb – Gulich, Tscha. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottdorf). – **Tore:** 1:0 Schreier (9., Foulelfmeter), 1:1 Sziedat (19.), 1:2 Körbel (65., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 10 000.

Dortmund – Braunschw. 3:2 (2:1)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Horn (46. Eggeling), Koch, Bönighausen – Tenhagen, Abramczik, Burgsmüller, Zorc – Klotz (88. Freund), Keser. – **Braunschweig:** Franke – Studzizba – Eigendorf, Hollmann, Merkhoffer – Tripbacher, Kindermann, Borg, Geiger – Geyer (68. Zavisic), Worm (72. Herbst). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Geyer (7.), 1:1 Keser (10), 2:1 Rüßmann (32.), 3:1 Abramczik (81.), 3:2 Geiger (82.). – **Zuschauer:** 18 000.

Hamburg – Leverkusen 3:0 (1:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Rolff, Groh, Magath – Hrubesch, Bastrup (46. Milewski). – **Leverkusen:** Greiner – Gelsdorf – Saborowski, Demuth, Winklhofer – Hörster, Wojtowicz, Röber, Vöge – Økland, Waas (46. Knauf). – **Schiedsrichter:** Klauser (Vaterstetten). – **Tore:** 1:0 Hrubesch (14.), 2:0 Rolff (70.), 3:0 Kaltz (74.). – **Zuschauer:** 15 600.

Stuttgart – Düsseldorf 1:1 (1:1)
Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, K.-H. Förster – Kempe, Niedermayer, Habiger, B. Förster, Sigurvinsson – Reichert (76. Hadewicz), Ohlicher. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Kuczinski, Theis – Bokkenfeld, Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 0:1 Dusend (36.), 1:1 Kempe (41.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Ohlicher, Wenzel (4).

VORSCHAU

Spiel	Hinrunde
Bremen – Köln	(1:2)
Karlsruhe – Stuttgart	(1:4)
Leverkusen – M'gladbach	(1:3)
Bielefeld – Hamburg	(1:3)
Frankfurt – München	(0:4)
Braunschweig – Bochum	(2:0)
Schalke – Dortmund	(0:2)
Nürnberg – K'lautern	(1:2)
Düsseldorf – Berlin	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Morgen sollen zwei Bundesligaspiele und zwei Viertelfinal-Begegnungen im Pokal nachgeholt werden. Auch diesen Spielen droht allerdings eine Absage. Heute werden Kommissionen entscheiden, ob folgende Begegnungen stattfinden können:

Bundesliga: Mönchengladbach – Bremen (20.00 Uhr), Bochum – Leverkusen (20.00).

Pokal: Köln – Schalke (20.00), Stuttgart – Hertha BSC (19.30).

STATISTIK

● **Torschützenliste:** Einen Münchner Zweikampf gibt es an der Spitze der Torschützenliste. Karl-Heinz Rummenigge führt mit 15 Treffern vor Dieter Hoeneß mit 13. Ein Tor weniger als Hoeneß schossen Allgöwer, Burgsmüller und Völler.

● **Zuschauer:** Nur 68 600 Zuschauer sahen die fünf Spiele, die stattfinden konnten. Das bedeutet einen Durchschnitt von 13 720. Das ist die tiefste Marke der Saison. Zuvor gab es mit 16 459 Zuschauern im Durchschnitt am ersten Spieltag der Rückrunde das geringste Interesse.

● **Sperren:** Der Düsseldorfer Rüdiger Wenzel und der Bielefelder Detlef Schnier sind automatisch für ein Spiel gesperrt. Beide wurden am Samstag zum vierten Mal verwarnt.

● **Ausfälle:** Neun Spiele sind bisher ausgefallen. Werder Bremen ist nun schon mit drei Begegnungen im Rückstand. Ein Trost aus der Statistik: In 20 Bundesligajahren fiel im Monat März noch kein Spiel aus.

FUSSBALL / Vier Spiele der Bundesliga fielen aus – Thema Nummer eins bleibt die Nationalmannschaft

Jupp Derwalls Flug zu Bernd Schuster als „geheime Aktion"

BERND WEBER, Bonn

Eigentlich hatte Bundestrainer Jupp Derwall sein Wochenende so geplant: Er wollte das Bundesligaspiel Kaiserslautern gegen Schalke besuchen, sich dann an die Bearbeitung liegengebliebener Post heranmachen und im übrigen ein paar ruhige Stunden im Kreise der Familie begehen. Daß es ganz anders kam, daß diese Pläne restlos über den Haufen geworfen wurden, hat nun freilich überhaupt nichts damit zu tun, daß das Spiel auf dem Betzenberg ausfiel. Nein, die katastrophale 0:1-Niederlage der deutschen Nationalmannschaft am vergangenen Mittwoch in Portugal hat Derwall dazu veranlaßt, umzudisponieren.

Der Sportinformations-Dienst (sid) nannte es „eine geheime Aktion": Derwall bestieg am Samstagnachmittag in Frankfurt ein Flugzeug nach Barcelona und sah sich dort am Abend die sensationelle 0:2-Heimniederlage des FC Barcelona gegen den Tabellenletzten Racing Santander an. Er erlebte, wie die 100 000 Zuschauer die Gastgeber, und vor allem auch ihren Trainer Udo Lattek, erbarmungslos auspfiffen – und verließ die Ehrentribüne dennoch hochzufrieden.

Denn was Derwall sehen wollte, hatte er gesehen: Einen Bernd Schuster, der als einziger Spieler auf dem Feld in Topform war, der aber dennoch seine Mannschaftskameraden nicht mitreißen konnte. Nach dem Schlußpfiff trafen sich der Bundestrainer, Schuster und dessen Frau Gaby zu einem Gespräch im Hotel „Princesa Sofia". Derwall eröffnete den Plausch mit der Feststellung, daß er sich ungemein freue, den Bernd in bester körperlicher Verfassung gesehen zu haben. Und er sagte auch: „Ich rechne ganz fest damit, dich am 30. März in Tirana gegen Albanien in Hochform zu erleben."

Anschließend diskutierten der Bundestrainer und der Spanien-Profi ziemlich lange über ein Comeback des Hamburgers Felix Magath, den Derwall noch kurz vor seinem Abflug angerufen und mit dem er einen Gesprächstermin für die übernächste Woche vereinbart hat (siehe unten, „Kulisse"). Schuster setzte sich mit allem Nachdruck dafür ein, den Hamburger für die Nationalelf zu reaktivieren. Wörtlich erklärte der Mittelfeldstar des FC Barcelona: „Es kommt jetzt darauf an, das Team aus seinem spielerischen Tief herauszuführen. Da muß der Felix genauso mit anpacken wie ich. Und was unser beider Zusammenspiel anbelangt, da sehe ich überhaupt keinerlei Probleme. Wir sind zwei Spieler, die absolut zusammen passen. Wir würden zusammenarbeiten und nicht versuchen, uns gegenseitig den Rang abzulaufen."

So weit, so positiv. Es gibt freilich auch Aspekte nach dem Gespräch, die den Bundestrainer nicht unbedingt ruhig schlafen lassen, was die beiden Spanier angeht. Am 30. März ist nämlich Pokal-Tag in Spanien. Schuster befürchtet, daß er wieder einmal Freigabe-Schwierigkeiten durch seinen Klub bekommt. Derwall meinte zwar: „Bernd hat einen Passus im Vertrag, der ihm auch bei Pflichtspielen die Freigabe garantiert, wenn gleichzeitig Pflichtspiele unserer Nationalmannschaft anstehen. Da kommt Barcelona nicht heraus." Man weiß indes, daß gerade in Spanien Papier sehr geduldig sein kann. Sicher ist, daß Uli Stielike von Real Madrid, den der Bundestrainer ebenfalls unbedingt gegen Albanien aufstellen will, noch schwerer herauszupauken sein wird. Er kann überhaupt keinen Vertragspassus vorweisen, der die Freigabe eindeutig regelt.

Bei dem Gespräch mit Schuster fehlte übrigens Udo Lattek. Der hatte Derwall, mit hochrotem Kopf und offensichtlich sehr überrascht darüber, daß er aufgetaucht war, nur kurz im Kabinengang begrüßt und war dann verschwunden. Sicherlich war Lattek nicht ganz wohl in der Haut, weil er sich in Interviews allzu deutlich als möglicher neuer Bundestrainer angedient hatte. Derwall sprach Lattek, der jetzt selbst ganz schön in der Klemme sitzt (die Zeitung „Dicen" schrieb: „Barcelona ist kaputt, dank Lattek"), auf die Interviews an. Der Trainer redete sich heraus – das ist nicht gerade neu bei ihm –, er sei mißverstanden und weitgehend falsch wiedergegeben worden.

Die Gefahr, falsch verstanden zu werden, hat HSV-Spielmacher Felix Magath nach dem 3:0-Sieg über Leverkusen in den Vordergrund gestellt. „Ich sage erst wieder etwas zum Thema Nationalmannschaft", erklärte er, „wenn ich mit Derwall meinen Termin gehabt habe." Das für gestern fest vereinbarte Gespräch unter vier Augen mit HSV-Manager Günter Netzer fiel aus, weil die beiden nach München zur Sportartikelmesse ISPO fliegen mußten. Der dortige Trubel war bestimmt nicht dazu geeignet, sich ernsthaft und ungestört miteinander zu unterhalten.

Über die Leistung Magaths am Samstag gehen die Meinungen ziemlich weit auseinander. Der Sportinformations-Dienst (sid) bescheinigte ihm lediglich eine „Durchschnittsleistung" und „zu wenig Ideen, um der Forderung als Messias in Derwalls Truppe gerecht zu werden". „Welt am Sonntag" hat ihn hingegen „gut" und „Bild am Sonntag" hat ihn „stark" gesehen.



Den Winterschlaf habe er unterbrochen, so schrieb gestern die „Welt am Sonntag" über Manfred Kaltz, der das 3:0 gegen Leverkusen erzielte. FOTO: HASPO

Felix Magath grübelt noch immer: „Ich weiß gar nicht, was ich dem Bundestrainer sagen soll"

Von ULRICH DOST

Für die Öffentlichkeit hat **Felix Magath** (29) erst einmal die Rollladen heruntergelassen. Ob er nun der Messias des deutschen Fußballs werden will oder doch eine Vogel-Strauß-Politik betreiben wird, dazu wollte der Hamburger am Wochenende keinen Kommentar abgeben. Wie soll er auch über etwas reden, worüber er sich selbst nicht im klaren ist. Noch am Freitag hat er im privaten Kreis gesagt: „Ich wüßte gar nicht, was ich dem Bundestrainer Jupp Derwall sagen soll, wenn er jetzt nach Hamburg käme."

Doch diese Aussage des Hamburgers, der nach seinem freiwilligen Rücktritt aus der Nationalelf nach nur 24 Länderspielen nun der große Lenker und Denker nach den Mißerfolgen der letzten Monate werden soll, muß differenzierter gesehen werden. Eigentlich ist er sich schon darüber klargeworden, die Verantwortung in der Nationalelf zu übernehmen. Nur, derzeit hat der Hamburger noch keinen Weg gefunden, wie er es Jupp Derwall beibringen kann, daß er mit seiner Rückkehr auch Bedingungen stellen wird. Wie, und das allein ist sein Problem, will einer, der als sensibel und introvertiert gilt, wie soll der sich plötzlich vor dem Bundestrainer aufbauen und sagen: „Ich komme nur, wenn noch einige meiner Mitspieler vom Hamburger SV ebenfalls berufen werden." Magath hat nie um seinen Führungsanspruch in der Nationalmannschaft gekämpft. Nicht als **Paul Breitner** (30) kam und der Hamburger Linksaußen spielen mußte. Und auch dann nicht, wenn es bei den vermeintlichen Spielmachern einmal nicht so gut lief.

Deshalb tut es dem Hamburger sicherlich gut, daß er jetzt Unterstützung und Anstöße von außen bekommt. Wie es im „Aktuellen Sportstudio" am Samstag **Franz Beckenbauer** (37) tat. Beckenbauer sprach sich für eine Rückkehr von Magath aus und meinte: „Nur mit der Blockbildung im Nationalteam hatte der deutsche Fußball internationl die größten Erfolge." Was ja nichts anderes heißt, als daß Magath auch im Team von **Jupp Derwall** (53) Spieler wie **Wolfgang Rolff** (21) oder **Jürgen Groh** (26) um sich braucht, um ein genialer Spielmacher zu sein, wie er es beim Hamburger SV unter Trainer **Ernst Happel** (57) häufig bewiesen hat.

Auch der frühere Nationalspieler **Jürgen Grabowski** (38), der 1978 vor einer ähnlichen Situation stand, rät Magath zu einem Comeback. Vor der Weltmeisterschaft in Argentinien wollte der damalige Bundestrainer **Helmut Schön** (64) den Frankfurter zur Rückkehr bewegen. Grabowski: „Der Kölner Block war damals zu stark, wenn es schiefgegangen wäre, hätten alle auf mir herumgehackt. Der Druck war zu groß." Dieses Argument läßt Grabowski für Magath nicht gelten, wenn er in vertrauter Umgebung spielen kann. „Außerdem ist der Druck bei einer EM-Qualifikation mit Spielen gegen Albanien, Türkei und Österreich nicht so groß wie bei einem Endrunden-Turnier um die Weltmeisterschaft."

*

Jupp Derwall besäße bei den Spielern längst keine Autorität mehr. Das war einer der Vorwürfe gegen den Bundestrainer nach der blamablen 0:1-Vorstellung der Nationalmannschaft in Portugal. Derwall hat sich dagegen gewehrt. Er habe sich nichts vorzuwerfen, er werde genauso weiter arbeiten wie bisher, alles könne ja plötzlich nicht falsch sein an seinem Stil. Wirklich nicht?

Jetzt hat ein Spieler, der die schwarze Nacht von Lissabon miterlebt hat, ausgeplaudert, was der Bundestrainer der Mannschaft zur Pause gesagt hat, als sich die Katastrophe schon andeutete: „Engagiert euch mehr, macht mehr Dampf."

Das war alles, was dem Bundestrainer an Tips eingefallen ist, um das Unheil abzuwenden. Also kein Appell an die Moral, an die Einstellung. Keine Warnung davor, daß man auf dem besten Wege sei, dem deutschen Fußball großen Schaden zuzufügen. Keine taktischen Hilfen also, wie man ein Reserveteam auszuspielen hat. Mehr Dampf sollten sie halt machen.

Gewiß, das ist ein Ausdruck aus der Fußballsprache, doch in diesem Fall zeigt er nur die Hilflosigkeit. Es gibt nämlich auch andere Ausdrücke im Fußball, die jeder Spieler versteht. Jupp Derwall sollte sich besser an die Worte von **Hennes Weisweiler** (62) erinnern: „Es wird Zeit, daß Jupp Derwall einmal kräftig auf den Tisch haut." Und wie das geht, wird der Bundestrainer wohl wissen, oder?

*

Gerd Zewe (32), viermaliger Nationalspieler, wurde bei Fortuna Düsseldorf schon oft in Gedanken in die Wüste geschickt. Phlegma warfen sie ihm vor, seine Einstellung stimme nicht, viele Verletzungen täusche er nur vor. Alle diejenigen, so sagt **Willibert Kremer** (44), seit elf Spielen Trainer in Düsseldorf, die so über den Libero gesprochen haben, hätten „absoluten Blödsinn" erzählt. Der wirkliche Gerd Zewe sei ganz anders. Wer ihn noch nicht gekannt hat, so Kremer, der konnte ihn am Samstag beim überraschenden 1:1 der Düsseldorfer beim Meisterschafts-Aspiranten VfB Stuttgart sehen. Kremer: „Sein Trikot war dreckverschmiert, er hat gekämpft, grätschte in die Bälle, stieg zum Kopfball hoch und leitete zudem noch jeden unserer Angriffe ein." Die Düsseldorfer würden ihren Gerd Zewe nicht mehr wiedererkennen. Auch außerhalb des Spielfelds sei er plötzlich aufgeschlossen und umgänglich. Wie ist der Wandel zu erklären? Kremer: „Der Gerd braucht jemanden, der zu ihm steht, der immer zu ihm hält. Er muß das Gefühl haben, daß die Mannschaft ihn braucht, dann wird er zum großen Kämpfer."

Überhaupt hat es der Trainer verstanden, den Spielern Selbstvertrauen zu geben. Kremer: „Das muß ganz tief drinnen festsitzen. Die Spieler müssen daran glauben." Er habe sich selbst erschreckt, als beim Anpfiff in Stuttgart gleich sechs, sieben Spieler zum Angriff übergingen. Kremer: „Welche Mannschaft macht das auswärts schon. Es ist zwar nichts passiert, aber die Stuttgarter waren eingeschüchtert."

In zehn von elf Spielen konnte der Trainer die gleiche Mannschaft aufstellen. Auswechslungen nimmt er nur ungern vor. Kremer: „Früher ließ sich der Ralf Dusend immer auswechseln wegen irgendwelcher Wehwehchen. Jetzt hat er schon elfmal durchgespielt."

Auch Torwart **Wolfgang Kleff** (36) strahlt wieder Selbstbewußtsein und Sicherheit aus. Kremer: „Vor einigen Wochen habe ich ihm gesagt: Wolfgang, allmählich mußt du mal wieder einen von den sogenannten unhaltbaren halten, die haltbaren kann ich selber halten." Das hat sich Kleff offenbar zu Herzen genommen.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga



Ein Gruß zum Abschied: Wegen einer Sehnenquetschung in der rechten Ferse ging Paul Breitner vorzeitig in die Kabine. FOTO: SVEN SIMON





Da hilft auch das Festhalten von Dietmar Demuth nicht: Horst Hrubesch machte ein Tor und war der beste Hamburger Spieler. FOTO: WITTERS

INTERVIEW

Horst Köppel: Kampf gegen den Abstieg

DW. Bielefeld

In der Hinrunde war Arminia Bielefeld einmal Tabellenführer. In der Rückrunde gab es bisher 1:9 Punkte. Ein Interview mit Trainer Horst Köppel.

Frage: Welche Erklärung haben Sie für die 0:5-Niederlage beim FC Bayern München?

Köppel: Ich habe vor allem den Kampfgeist bei meiner Mannschaft vermißt. Mit Schönspielerei kann man in München nichts erreichen. Nach dem schnellen 0:2-Rückstand war mir schon alles klar. Es wird langsam Zeit, daß einige Herren aufwachen und merken, daß wir jetzt mitten im Abstiegskampf stecken. Einige Spieler halten sich nicht an ihre taktische Aufgabe. Namen möchte ich bei meiner Kritik nicht nennen, weil die Spieler das nicht aus der Zeitung erfahren sollen, sondern von mir.

Frage: Was sind die Gründe für den krassen Leistungsabfall Ihrer Mannschaft?

Köppel: Mit Pagelsdorf und Wohlers fehlen mir die beiden besten Spieler der Hinrunde wegen Verletzungen. Durch den Ausfall von Wohlers ist unsere Abwehr geschwächt und total verunsichert. Pagelsdorf spielt vielleicht schon am nächsten Samstag gegen den Hamburger SV. Dort hat mein Team die Gelegenheit, mit einem guten Spiel alles wieder vergessen zu machen. Bereits ein Unentschieden wäre ein großer Erfolg für uns.

Frage: Sie sind beim Deutschen Fußball-Bund als Assistent von Jupp Derwall im Gespräch. Ist eine Entscheidung schon gefallen?

Köppel: Ich kann diese Frage fast schon nicht mehr hören. Ich werde mit Herrn Neuberger einen Termin vereinbaren. Eine Entscheidung fällt wahrscheinlich nach dem HSV-Spiel. Schließlich wollen der DFB, Arminia Bielefeld und auch ich wissen, wie es weitergeht. Im Grunde ist mir die Sache langsam richtig peinlich, weil man den Eindruck haben könnte, die Leistung der Mannschaft stehe im Zusammenhang mit dem DFB-Angebot.

ZWEITE LIGA

Wattenscheid: Siegprämie verdoppelt

DW. Bonn

Wattenscheid 09 galt bereits als sicherer Absteiger aus der Zweiten Liga. Jetzt reißt die Siegesserie des Vereins nicht mehr ab. Dem 2:1-Erfolg beim Aufstiegskandidaten Fortuna Köln folgte ein 4:2 über Darmstadt 98. Der amtsmüde Vereinspräsident und Mäzen Klaus Steilmann, ein Textilfabrikant, hat offensichtlich auch wieder Lust, den Verein noch weiter zu führen. Das jedenfalls ist aus einer Geste zu ersehen: Nach dem Sieg über Darmstadt verdoppelte er die Siegprämie. Die Spieler kamen so in den Genuß von 600 Mark. Und einige hatten es auch nötig. Während des Spiels war in der Kabine eingebrochen worden. Die Diebe stahlen aus den Brieftaschen der Wattenscheider rund 1000 Mark.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Duisburg – Köln	2:3	(1:0)
Wattenscheid – Darmstadt	4:2	(1:1)
Mannheim – Aachen	5:1	(2:1)
Offenbach – Augsburg	ausgefallen	
Neuhaus – Lüttringhausen	ausgefallen	
Frankfurt – Freiburg	ausgefallen	
Essen – Kassel	ausgefallen	
Fürth – Hannover	ausgefallen	
Osnabrück – Stuttgart	ausgefallen	
Solingen – Uerdingen	ausgefallen	

DIE TABELLE

Platz	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Mannheim	25	15	7	3	57:20	37:13
2. Offenbach	25	16	4	5	54:27	36:14
3. Kassel	25	14	4	7	51:33	32:18
4. Köln	26	11	9	6	55:38	31:21
5. Uerdingen	23	12	6	5	41:27	30:16
6. Freiburg	24	10	8	6	38:32	28:20
7. Darmstadt	25	10	6	9	40:40	26:24
8. Stuttgart	24	10	5	9	45:34	25:23
9. Duisburg	24	10	5	9	35:30	25:23
10. Aachen	24	9	7	8	33:34	25:23
11. Fürth	25	8	7	10	41:51	23:27
12. Osnabrück	23	10	2	11	42:40	22:24
13. Essen	25	8	6	11	34:38	22:28
14. Hannover	23	7	7	9	43:42	21:25
15. Solingen	23	6	8	9	34:44	20:26
16. Augsburg	24	7	5	12	17:33	19:29
17. Lüttringh.	24	7	5	12	36:57	19:29
18. Wattensch.	26	7	5	14	37:50	19:33
19. Frankfurt	25	5	6	14	34:64	16:34
20. Neuhaus	25	4	4	17	28:59	12:38

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Freitag, 4. März, 19.30 Uhr: Darmstadt – Fürth, Hannover – Essen; 20.00 Uhr: Aachen – Solingen; Samstag, 5. März, 15.30 Uhr: Köln – Osnabrück, Stuttgart – Mannheim, Freiburg – Wattenscheid, Augsburg – Frankfurt, Uerdingen – Schloß Neuhaus; Sonntag, 6. März, 15.00 Uhr: Lüttringhausen – Offenbach, Kassel – Duisburg.

EUROPAPOKAL / HSV-Spiel im Fernsehen?

Sehnenquetschung – aber Paul Breitner will spielen

DW. Bonn

In der 77. Minute des Spiels gegen Arminia Bielefeld humpelte Paul Breitner vom Platz. In seltener Kollegialität lief der Mann, der ihn gefoult hatte, hinterher. Helmut Schröder erkundigte sich danach, was er angerichtet hatte, und sagte später: „Es ist wohl nicht so schwerwiegend, der Paul wird sicherlich spielen können." Die Fürsorge des Bielefelders galt dem Europapokal-Spieltag am Mittwoch, an dem noch drei deutsche Mannschaften beteiligt sind.

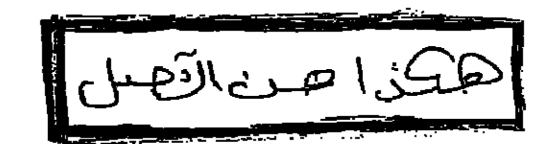
Bayern München spielt im Viertelfinale des Pokals der Pokalsieger im Olympiastadion gegen die schottische Spitzenmannschaft FC Aberdeen (20.00 Uhr). Und Paul Breitner wird wohl auf die Zähne beißen und mitmachen. Gestern sagte er: „Ich werde spielen. Je mehr ich laufe, um so besser geht es." Deshalb will er auch keine Trainingspause einlegen.

Schröder hatte den Münchner Kapitän an der rechten Ferse getroffen. Vereinsarzt Müller-Wohlfarth stellte eine Quetschung fest, sagte aber: „Gott sei Dank ist die Achillessehne nicht in Mitleidenschaft gezogen." Breitner hat gerade eine acht Wochen lange Pause wegen einer Knieverletzung hinter sich. Für den Fall, daß Breitner doch nicht spielen kann, nannte Trainer Pal Csernai Mathy und Pflüger als mögliche Ersatzspieler.

Derartige Sorgen hat Ernst Happel nicht. Er kann mit der besten Mannschaft im Europapokal der Meister gegen Dynamo Kiew antreten. Das Spiel findet im 100 000-Mann-Stadion der georgischen Metropole Tiflis statt, weil während des Winters in Kiew nicht gespielt werden kann. 100 Schlachtenbummler werden den deutschen Meister in einer Charter-Maschine begleiten. Das Erste Deutsche Fernsehprogramm (ARD) bemüht sich noch um eine Direktübertragung des Spiels, das bereits um 16.00 Uhr beginnt.

Dritte deutsche Mannschaft in den europäischen Pokalwettbewerben ist der 1. FC Kaiserslautern. Er trifft im UEFA-Cup am Mittwoch (20.00 Uhr) auf die rumänische Studentenmannschaft Universitatea Craiova. Der Ausfall des Bundesligaspiels gegen Schalke 04 (das Spielfeld am Betzenberg stand nach dem Tauwetter unter Wasser), kam Kaiserslautern nicht ungelegen. Hans-Peter Briegel, der sich beim Länderspiel gegen Portugal eine Leistenzerrung zugezogen hatte, sagt: „Wir haben uns nicht verausgabt und konnten zusätzliche Kräfte sammeln." Die einzigen Sorgen, die Kaiserslautern vor dem Spiel hat, ist erneut das Wetter. In den Rasen der Spielfläche wurden Löcher gebohrt, um das Wasser versickern zu lassen. Wenn es heute und morgen in Kaiserslautern regnet, wird auch das Europapokalspiel ausfallen müssen.

Die Viertelfinalspiele der europäischen Wettbewerbe sind eine Chance, das Ansehen des deutschen Fußballs wenigstens auf Vereinsebene wieder etwas aufzupolieren. Wolfgang Klein, der Präsident des Hamburger SV, sieht in diesem Zusammenhang die Gefahr, daß die Spitzenmannschaften der Bundesliga erstklassig bleiben und die Nationalelf ins Mittelmaß absackt. Klein sagt: „Wenn wir so weit kommen, daß ein Bundesligaklub den Vergleich mit der Nationalelf nicht mehr zu scheuen braucht, sondern von vornherein als stärker angesehen wird, ist das eine ungesunde Entwicklung."



HANDBALL / Deutsches Team in der Hauptrunde

Zwei Siege, aber „wahres Gesicht nicht gezeigt“

JOACHIM NEUSSER, Sittard

Zweimal gewonnen und doch nichts verraten: Das Versteckspiel beherrschte die Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland bei ihren beiden Pflichtsiegen gegen Frankreich mit 22:18 (11:8) und gegen die Niederlande mit 19:10 (9:6) besonders gut. Beide Erfolge sichern bereits den Einzug in die Hauptrunde der Handball-B-Weltmeisterschaft.

Jetzt konzentriert sich alles auf das Schlüsselspiel der Gruppe B, heute gegen die CSSR in Nijmegen. Dann zeigen wir unser wahres Gesicht, verspricht Torjäger und Regisseur Erhard Wunderlich nach dem Aufgalopp. Kapitän Heiner Brand beschwört seine Mannschaftskameraden: „Wir müssen mit 6:0 Punkten aus der Vorrunde herauskommen, das wäre für den weiteren Turnierverlauf eminent wichtig.“

Das zehnte Länderspiel gegen Holland vor 3200 Zuschauern in der ausverkauften Sporthalle von Sittard verlief nur in den ersten 20 Minuten spannend. Bis zu diesem Zeitpunkt spielte der krasse Außenseiter Holland weit über seinen Möglichkeiten. Mit der „Gummersbacher Brechstange“ wurde bis zur Pause in dieser hektischen und spielerisch niveauarmen Begegnung ein 9:6-Vorsprung herausgeholt. Hatte das deutsche Team in den ersten 30 Minuten längst nicht alle Karten aufgedeckt, so machte es nach der Pause vorübergehend ernst und schoß bis zur 47. Minute einen 14:6-Vorsprung heraus.

Dennoch konnte Schobel in seinem 17. Länderspiel als Bundestrainer in vielen Belangen nicht zufrieden sein. Da wurde zeitweise viel zu statischer Handball gespielt, Kreisläuferspiel und Tempogegenstöße gänzlich vermißt. Diese Begegnung zeigte wieder einmal, daß Schobel mit dem Torwart-Dreigestirn Andreas Thiel, der für das CSSR-Spiel geschont wurde, Klaus Wöller und Dieter Bartke die wenigsten Probleme hat. Erhard Wunderlich hatte zwar nicht seinen besten Tag erwischt, aber als Anspieler und Kopf der Mannschaft war er mit einer mittelmäßigen Leistung immer noch ein wichtiger Faktor im deutschen Spiel.

Der Großwallstädter Manfred Freisler überzeugte mit seinen Kernwürfen aus der zweiten Reihe. Seine Bilanz von fünf Toren aus sieben Versuchen konnte sich sehen lassen. Ebenfalls vier Treffer steuerte Wunderlich bei, der damit nach seinen neun Erfolgen beim Sieg gegen Frankreich mit 13 Treffern obligatorisch im deutschen Team der beste Werfer ist. Der 2,04-m-Riese scheiterte mit seinem sechsten Siebenmeter im Turnier erstmals an Torhüter de Jonge.

Nach seinen vielversprechenden Ansätzen und vier Toren gegen die Franzosen blieb Rechtsaußen Frank Dammann diesmal im Angriff ohne große Wirkung, ebenso wie Mittelmann Peter Meisinger und die wenig eingesetzten Klaus Voik und Reinhard van der Heusen.

*

Deutschland: Wöller (Reinickendorfer Füchse), Bartke (Frischauf Göppingen) – Meisinger (TV Großwallstadt), Freisler (TV Großwallstadt – 5), Dammann (VfL Gummersbach), Krokowski (VfL Gummersbach – 3), Wunderlich (VfL Gummersbach – 4/1), Fey (VfL Gummersbach – 2), Voik (TuS Hofweier – 1), Brand (VfL Gummersbach – 1), Roth (MTSV Schwabing – 2), van der Heusen (Tusem Essen). – **Niederlande:** De Jonge, Josten – Schuurs (1), Verjans (4/3), Prevo, De Bakker (1), Berenosen, Kooij (1), Nijsten, Hamers (1), Bouwer, Beekmann (2). – **Schiedsrichter:** Jorgensen/Christensen (Dänemark). – **Zuschauer:** 3200 (ausverkauft). – **Strafminuten:** Holland: 10, Deutschland: 8.

TENNIS

Bunge – Hanika im Endspiel

dpa, Oakland

Das hat es bisher noch nicht gegeben: Die Münchnerin Sylvia Hanika und die für Cuxhaven spielende Bettina Bunge erreichten das Finale in Oakland und machten den mit 150 000 Dollar (etwa 360 000 Mark) dotierten Wettbewerb als erstes bedeutendes internationales Tennis-Turnier zu einer deutschen Auseinandersetzung.

Sylvia Hanika schaltete im Halbfinale die Australierin Wendy Turnbull mit 6:0, 4:6, 6:4 aus, nachdem sie zuvor die Amerikanerin Pam Shriver besiegt hatte. Bettina Bunge hatte wenig Mühe bei ihrem 6:1, 6:4-Erfolg über die erst 16 Jahre alte Ungarin Andrea Temesvari.

„Ich bin in der Form meines Lebens“, erklärte Sylvia Hanika, die jedoch den Fehler beging, Wendy Turnbull nach dem glatten Gang im ersten Satz im zweiten Durchgang zu unterschätzen. Der Erfolg der Münchnerin, die mit großartigem Aufschlag- und Volleyspiel glänzte, geriet jedoch im dritten Satz nicht mehr in Gefahr.

Bettina Bunge ging mit einigem Bangen in ihr Spiel gegen das Talent aus Ungarn, das am Freitag die an Nummer eins gesetzte Amerikanerin Tracy Austin in eindrucksvoller Manier bezwungen hatte. Immerhin hatte Andrea Temesvari die beiden vorangegangenen Begegnungen gegen die Deutsch-Amerikanerin gewonnen. Doch mit konzentriertem, kraftvollen Spiel ließ Bettina Bunge die Ungarin nicht zur Entfaltung kommen. „Sylvia Hanika ist zwar in glänzender Form. Doch ohne Chance bin ich im Finale nicht“, sagte Bettina Bunge.

STANDPUNKT

Voreiliger Entschluß

Als der Generalsekretär des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) die namentliche Meldung für den Federation-Cup abgab, fehlte auf diesem Papier die beste deutsche Spielerin: Sylvia Hanika, die so oft unberechenbare und launische Neu-Berlinerin.

Nachdem die Weltranglisten-Siebente in der Vergangenheit so gut wie über alle Funktionäre in der Öffentlichkeit hergezogen war und auch ihre deutschen Spielerkolleginnen nicht verschonte, wollte der DTB Größe zeigen und verzichtete auf einen Federation-Cup-Einsatz der deutschen Spitzenspielerin. Nur hat der Verband eines dabei vergessen: die Mannschafts-Weltmeisterschaft findet erst im Juli statt. Bis dahin kann gerade im Spitzensport einiges passieren.

Der DTB hat dem Comeback von Sylvia Hanika einen Riegel vorgeschoben, denn eine Nachmeldung ist nicht mehr möglich. Und genau dieser Umstand kann zum ersten Reinfall des neuen Sportdirektors Günter Sanders werden. Was passiert, wenn sich auf einmal Sylvia Hanika mit Bettina Bunge versöhnt? Vor vier Wochen haben beide zusammen auf einem Turnier in Washington Doppel gespielt. Oder was passiert, wenn eine der Damen Bunge, Kohde, Pfaff wegen einer Verletzung ausfällt? Was geschieht zum Beispiel, falls Sylvia Hanika sich in Berlin, Paris oder Wimbledon ganz nach vorn in der Weltrangliste spielt?

Eine Nominierung, die nicht gleichbedeutend mit einem Start in Zürich gewesen wäre, hätte keinem geschadet. Hier hat der DTB kurzsichtig entschieden.

H.-J. POHMANN



Noch vor dem ersten Sprung riß die Achillessehne: Brigitte Holzapfel bangt um ihre Karriere. FOTO: WENDE

LEICHTATHLETIK / Brigitte Holzapfels Karriere schon beendet?

Falscher Schritt beim Anlauf – zwölf Zentimeter langer Riß in der Sehne

KLAUS BLUME, Bonn

Gestern wurde Brigitte Holzapfel in Essen operiert. Professor Hartmut Krahl behandelte einen etwa zwölf Zentimeter langen Riß der rechten Achillessehne mit einer Klebetechnik. Eine Transplantation war nicht nötig. Die Hochspringerin Brigitte Holzapfel (24) war am Freitagabend, beim Springermeeting mit Musik in Berlin, beim ersten Versuch über die Anfangshöhe von 1,75 m nach drei Anlaufschritten zusammengebrochen. Eine in der Halle anwesende Ärztin diagnostizierte: „Achillessehnenabriß, rechts.“

Als das Fernsehen das tränenüberströmte Gesicht der deutschen Hallenmeisterin filmte, als diese Momentaufnahmen auf dem Bildschirm erschienen, erschrak daheim in Krefeld ihr ehemaliger Trainer Harry Renter: „Das war für mich ein absoluter Schock.“

Auch für Brigitte Holzapfel. Denn eines ist sicher: Die Weltmeisterschafts-Saison 1983 ist für sie beendet, noch bevor sie überhaupt begonnen hat. Auch die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles ist in weite Ferne gerückt – möglicherweise muß sie ihre sportliche Laufbahn sogar beenden.

Das ist bitter, denn Brigitte Holzapfel hatte sich nach einer schweren Achillessehnenverletzung im linken Sprungfuß, zugezogen im Juli 1980 in Backnang, mit viel Mühe wieder nach oben gearbeitet. Vor vierzehn Tagen wurde sie, in Abwesenheit von Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth, in Sindelfingen mit 1,90 m deutsche Hallenmeisterin. Der Weg dorthin, wo sie schon einmal stand, schien wieder begehbar.

1977 hatte Brigitte Holzapfel in San Sebastian bei den Hallen-Europameisterschaften den zweiten Platz belegt, ebenso ein Jahr später in Mailand. Bei den Europameisterschaften 1978 in Prag, einem Wettkampf bei empfindlicher Kühle und viel Regen, gewann sie die Bronzemedaille. Bei 1,95 m stand damals ihr deutscher Rekord, und Trainer Harry Renter hatte bis 1984 eine sorgfältige, kontinuierliche Steigerung bis 2,06 Meter vorgesehen.

Doch Mitte Dezember 1979 wechselte Brigitte Holzapfel nach siebenjähriger Zusammenarbeit den Trainer. Dragan Tancic sollte fortan ihre Höhenflüge beflügeln. Tancic: „Bei mir springt sie zwei Meter.“ Das traf nicht ein. Brigitte Holzapfel landete ein halbes Jahr später im Krankenhaus, Achillessehne gerissen.

Nun gab es eine erneute Verletzung, die vielleicht sogar das Ende ihrer einst so erfolgreichen Karriere bedeutet. Das Erstaunliche: In Berlin riß die Achillessehne beim Anlauf, nicht beim Absprung. Doch schon beim 1,90-m-Sprung von Sindelfingen war deutlich zu beobachten, daß Brigitte Holzapfel – im Gegensatz zu früher – zwischen dem dritten und vierten Anlaufschritt gewissermaßen die Bremse anzog, um danach mit viel Kraft abzuheben. Mag sein, daß diese Angstbremse, dieser urplötzliche Stau, Verletzungen begünstigt. Es mag auch sein, daß sich Brigitte Holzapfel (Körpergröße: 1,83 m, aber Schuhgröße nur 37) für Krafttraining und Kraftsprünge nicht allzusehr eignet.

Bekannt ist, daß ihre überaus empfindliche Achillessehne während ihrer Erfolgskarriere bei Renter besonders gepflegt wurde. Bekannt ist auch, daß es bei Renter keinerlei Verletzungen dieser Art gegeben hat. Brigitte Holzapfel, die ehemalige Junioren-Europameisterin im Fünfkampf, hatte zwar nach einer Stauchung beim Weitsprung mit andauernden Wirbelsäulen-Beschwerden zu tun, doch Fachärzte diagnostizierten das als Erbanlage und nicht als Folge des Hochleistungssports.

Die Deutsche Presseagentur (dpa) nannte den Unfall von Berlin eine „persönliche Tragödie“ der Brigitte Holzapfel. Sie, die trotz Ulrike Meyfarth als talentierteste Hochspringerin in diesem Lande gilt, muß, wenn überhaupt, wieder ganz von vorn beginnen. Mit Krafttraining ist da wohl nicht mehr viel zu machen, schließlich ist der Flop – das rückwärts über die Latte Fliegen – ein sogenannter beweglicher Sprung, bei dem sich die Athletin nicht als eigene Abschußrampe verstehen soll.

SPORT-NACHRICHTEN

Spasski Turniersieger

Madrid (dpa) – Der frühere Schach-Weltmeister Boris Spasski (UdSSR) gewann das internationale Turnier von Linares (Spanien) mit 6,5 Punkten. Da Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR) in der letzten Partie gegen Jassir Seirawan (USA) nur ein Remis erreichte, mußte er sich bei 6 Punkten mit dem Schweden Ulf Andersson den zweiten Platz teilen.

Schach in Bad Kissingen

Bad Kissingen (dpa) – Das Viertelfinale der Herausforderungsrunde um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Viktor Kortschnoi (Schweiz) und Lajos Portisch (Ungarn) wird in Bad Kissingen ausgetragen. Die Spiele beginnen am 26. März.

Leverkusen im Halbfinale

Wien (dpa) – Der deutsche Handballmeister der Frauen, Bayer Leverkusen, steht im Halbfinale des Europapokals der Landesmeister. Nach dem 17:16-Erfolg im Hinspiel gewannen die Leverkusenerinnen auch das Viertelfinal-Rückspiel bei Südstadt Wien mit 15:14.

Kretschmer dabei

Düsseldorf (sid) – Morgen wird Bundestrainer Xaver Unsinn einen vorläufigen Kader für die Eishokkey-Weltmeisterschaft in Deutschland benennen. Mit dabei sein wird der Rosenheimer Horst-Peter Kretschmer, der beim Iswestija-Turnier aus disziplinarischen Gründen fehlte.

USA mit Sandy Mayer

Hamburg (dpa) – Titelverteidiger USA wird bei der inoffiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft im Tennis, dem World Team Cup, durch die Nummer 17 der Weltrangliste, Sandy Mayer, verstärkt. Vor einem Jahr mußte Mayer noch wegen einer Verletzung absagen. In Düsseldorf wird er vom 2. bis 9. Mai zusammen mit seinem Bruder Gene und Eliot Teltscher für die USA antreten.

Winkelhock optimistisch

Waiblingen (sid) – Zuversichtlich für die kommende Formel-1-Saison zeigte sich Manfred Winkelhock (Waiblingen) nach dreitägigen Testfahrten im südfranzösischen Le Castellet. Sein ATS-Wagen, der erstmals mit einem Turbo-Motor von BMW ausgerüstet wurde, lief nach Winkelhocks Angaben bereits am ersten Tag ohne Probleme.

Falun will sich bewerben

Falun (dpa) – Der schwedische Wintersportort Falun will sich um die Olympischen Winterspiele 1992 bewerben. Nach Angaben von Gunnar Ericsson (Schweden), Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), wollen sich die Schweden bei ihrem zweiten Anlauf um verstärkte Werbung bei den IOC-Mitgliedern bemühen. Falun würde damit zum Rivalen für eine geplante deutsche Bewerbung (Garmisch-Partenkirchen oder Berchtesgaden).

Sieg beim Abschied

Gevelsberg (dpa) – Mit einem Sieg beendete Klaus-Peter Thaler seine Karriere als Radprofi. Das Abschieds-Querfeldeinrennen in Gevelsberg gewann Thaler, der vor einer Woche bei der Weltmeisterschaft in Birmingham Dritter geworden war, mit 27 Sekunden Vorsprung vor Weltmeister Roland Liboton (Belgien) und Vize-Weltmeister Albert Zweifel (Schweiz).

Bulau vor Nykänen

Falun (sid) – Bei den Nordischen Skispielen in Falun (Schweden) gewann Horst Bulau (Kanada) das Skispringen mit Weiten von 90 und 91,5 Metern vor dem finnischen Weltmeister Matti Nykänen. Den Sieg in der Nordischen Kombination holte sich Esben Andersen (Norwegen) vor Gunther Schmider und Uwe Dotzauer (beide „DDR“).

Fünf Mark für Stiftung

München (sid) – Fünf Mark von jeder verkauften Video-Kassette über das Leben und die besten Fußball-Spiele von Franz Beckenbauer fließen der „Franz-Beckenbauer-Stiftung“ zu. Dies wurde bei der Vorstellung des 100-Minuten-Films auf der Müchner Sportartikel-Messe (ISPO) bekannt. Der Film soll im April in den Handel kommen und zwischen 100 und 150 Mark kosten.

Bilardo unterschrieb

Buenos Aires (dpa) – Carlos Salvador Bilardo, Nachfolger von Cesar Luis Menotti als Trainer der argentinischen Fußball-Nationalmannschaft, hat einen Drei-Jahres-Vertrag unterzeichnet.

LEICHTATHLETIK / Grippekranker Hans-Jürgen Orthmann gewann die deutsche Meisterschaft im Cross-Laufen

Thränhardt steigerte sich auf 2,33 m: „Da ist noch mehr drin“

sid/U. F./K. Bl. Berlin

„Ich bin in der Hoffnung hierher gekommen, 2,36 Meter zu überspringen, bin aber mit dem Ausgang der Konkurrenz und dem Ergebnis recht zufrieden.“ Das sagte der Kölner Hochspringer Carlo Thränhardt als Sieger des Berliner „Springens mit Musik“. 2,36 Meter wären Weltrekord gewesen. Doch Thränhardt schaffte nicht das, sondern mit 2,33 m eine neue Hallen-Weltbestleistung. Acht Tage zuvor hatte sich der Kölner bereits in Dortmund auf 2,32 m gesteigert.

„Da ist noch mehr drin“, meinte Thränhardt nach Abschluß des Wettkampfes wohl im Hinblick auf die Hallen-Europameisterschaften am nächsten Wochenende in Budapest. In Berlin profitierte er davon, daß sich sein „Angstgegner“, der deutsche Hallenmeister Gerd Nagel (Frankfurt), selber auspokerte. Als Nagel mit einem riesigen Satz 2,27 m überwunden hatte, sagte er zu seinem Trainer Günther Eisinger: „Was hälst du davon, wenn ich 2,30 Meter auslasse?“ Nagel lachte, Eisinger ebenfalls, denn 2,30 m – so schien es in Berlin – waren für den Europameisterschaftsdritten kein Problem. Doch sie wurden es, als Nagel gleich im ersten Versuch knapp riß. Damit war die Bahn frei für Thränhardt, der sich seit Wochen in hervorragender Form befindet.

Den Hochsprung der Frauen gewann mit der neuen persönlichen Bestleistung von 1,89 m die 19 Jahre alte Anne Heitmann (Pinneberg-Wedel). Zur Zeit ist Anne Heitmann, die heute ihre schriftlichen Abiturarbeiten beginnt, hierzulande die Nummer eins in ihrer Disziplin – trotz Ulrike Meyfarth. Da baut wohl der Rechtsanwalt Horst Kahl – nebenher ein exzellenter Hochsprung-Fachmann – in aller Stille eine erfolgreiche Athletengruppe auf: In Berlin wurde sein ständig von Verletzungen geplagter Schützling Hans Burchhardt (Kaltenkirchen) mit 2,27 m Dritter. In Düsseldorf gewann Teamkamerad Karl-Heinz Roth mit 2,12 m die deutsche Jugendmeisterschaft. Und nun kam noch der Höhenflug von Anne Heitmann ...

Der Mainzer Zehnkämpfer Siegfried Wenth erreichte in Berlin eine Hallen-Weltbestleistung (6114 Punkte) im Siebenkampf. Er verbesserte die alte Marke des Polen Dariusz Ludwig um 206 Punkte und schaffte als erster mehr als 6000 Punkte. Im Stabhochsprung überquerte Wentz 4,50 m, eine persönliche Bestleistung. Jürgen Hingsen trat am zweiten Tag wegen einer Sprunggelenkverletzung nicht mehr an.

*

Hans-Jürgen Orthmann (Webbach) ist wohl doch der beste deutsche Cross-Läufer. Immerhin war er 1980 bei den Weltmeisterschaften in Paris schon einmal Zweiter. Bei den deutschen Meisterschaften in Ahlen/Westfalen rannte Orthmann auf der verschlammten Strecke der Konkurrenz bereits nach zwei Kilometern auf und davon und siegte nach 10 700 m in 36:14,4 Minuten. Orthmann wunderte sich: „In den letzten zwei Tagen hatte ich noch eine Grippe und am Morgen vor dem Start noch Fieber. Ich kann meinem Körper wohl nicht mehr trauen, wenn ich trotzdem gewinne.“ Der Frankfurter Marathonspezialist Ralf Salzmann, Titelverteidiger und diesmal Siebenter, war auch zufrieden: „Ich hatte kurz zuvor einen schnellen Marathonlauf in Tokio absolviert. Das steckte mir noch in den Knochen.“ Zu den Cross-Weltmeisterschaften Mitte März in Gateshead (England) wird Salzmann jedoch fahren. Bei den Frauen gewann auf der Langstrekke die Darmstädterin Charlotte Teske.

*

Bei den amerikanischen Hallenmeisterschaften in New York schaffte Carl Lewis als zweiter Athlet nach Barney Ewell (1945) das Doppel: Er gewann über 60 Yards mit 6,04 Sekunden und im Weitsprung mit 8,35 m. Stephanie Hightower lief über 60 Yards Hürden mit 7,36 Sekunden eine neue Hallen-Bestleistung. Langstrecken-Weltrekordlerin Mary Decker-Tabb zog sich erneut einen Ermüdungsbruch zu und muß nun wieder einige Wochen pausieren.

BIATHLON / Zum Abschluß der Weltmeisterschaft ein vierter Platz in der Staffel

Peter Angerer: „Das wichtigste ist, daß meine beiden Medaillen den Nachwuchs anspornen"

sid/dpa, **Antholz**

Es blieb dabei: Peter Angerer gewann bei den Biathlon-Weltmeisterschaften in Antholz Silber und Bronze – die Staffel des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) belegte zum Abschluß, wie vor einem Jahr in Minsk, den vierten Platz. „Unsere Skijäger stießen mit diesen Erfolgen in die absolute Top-Förderung vor, denn Einzelmedaillen wiegen eben schwerer als Erfolge in der Staffel", zog DSV-Sportwart Helmut Weinbuch dennoch ein mehr als positives Fazit. Hinter der „DDR" (3 Gold-, 4 Silbermedaillen), der UdSSR (2/1/2) und Norwegen (1/0/2) reichte es erneut zum vierten Platz im Medaillenspiegel.

Im Staffelrennen blieb die UdSSR als einziges Quartett am Schießplatz ohne Fehler und sicherte sich erstmals seit den Olympischen Spielen 1980 in Lake Placid die Goldmedaille. Beim deutschen Team gab es am Anfang lange Gesichter: Startläufer Franz Bernreiter war nach einer Strafminute nur als Neunter von der ersten Schleife zurückgekehrt. Der für Andreas Schweiger in die Erfolgsstaffel gekommene Ruhpoldinger Walter Pichler („Ich kann mit dieser Leistung zufrieden sein"), schob sich auf den vierten Platz vor. Als Peter Angerer ebenfalls eine Strafrunde laufen mußte, schien die Entscheidung gefallen. Norwegens ehemaliger Weltmeister Odd Lirhus machte die Sache noch einmal spannend. Ihm unterliefen drei Schießfehler, und Schlußläufer Fritz Fischer lag vor den letzten 2,5 km nur noch 15 Sekunden hinter dem Norweger.

„Ist das ein Krimi", rief Traudl Hächer aus der alpinen Ski-Nationalmannschaft. Die Freundin von Peter Angerer hoffte gemeinsam mit 70 aus Ruhpolding angereisten Fans wieder auf eine Überraschung. Doch im Ziel trennten Fritz Fischer 35 Sekunden von der Bronzemedaille. Fischer: „Lirhus ist gerannt wie der Teufel. Er war heute einfach zu schnell für mich."

Und Angerer, der nun im Weltcup die Führung übernommen hat? „Ich habe am Morgen ernsthaft überlegt, ob ich überhaupt starten sollte", sagte der Weltmeisterschaftszweite über 10 Kilometer vom Samstag. Ihn hatte nicht nur eine Grippe geschwächt, er hatte auch in den zuvor stattgefundenen Einzel-Wettbewerben alles gegeben. Und daß er sich die Goldmedaille für die Olympischen Winterspiele 1984 in Sarajewo aufgespart habe, davon wollte der 23 Jahre alte Gebirgsjäger vom SV Hammer nichts hören. Angerer: „Heut' bist du vorn dabei, morgen schießt du zweimal daneben und rangierst unter ferner liefen." Sarajewo ist für den blonden Bayer ein gutes Pflaster. Am Berg Igman, wo in einem Jahr die Olympiasieger gekürt werden, wurde der Hobby-Bergsteiger vor zwei Jahren Junioren-Weltmeister im Sprint und in der Staffel. Auf die Möglichkeiten, in Sarajewo zu gewinnen, reagierte der Biathlon-Star eher unterkühlt. „Das wichtigste ist", sagt er, „daß meine beiden Medaillen den Nachwuchs anspornen."

Bundestrainer Jürgen Seifert, mittlerweile längst im internationalen Geschäft erfolgreicher als seine viel bekannteren Kollegen aus dem alpinen Sektor des Deutschen Ski-Verbandes, will nach den Spielen in Jugoslawien im nächsten Jahr sein Amt niederlegen. An einen Nachfolger hat Seifert bereits gedacht: An Gerd Winkler, den Bronzemedaillen-Gewinner von Lake Placid in der Staffel.

Eishockey: Erich Weißhaupt wehrte drei Penalties ab

DW. **Bonn**

Die beiden besten Mannschaften haben das Finale der deutschen Eishockeymeisterschaft erreicht: Landshut und Mannheim, die nach der Vorrunde nur um einen Punkt getrennt an der Tabellenspitze standen, kämpfen zwischen dem 4. und 13. März um den Titel. Wieder gewinnt die Mannschaft, die als erste drei Siege erreicht.

Titelverteidiger Rosenheim gab sich gegen Mannheim erst nach einem Penalty-Schießen geschlagen. Nach 60 Minuten regulärer Spielzeit und 20 Minuten Verlängerung stand es 2:2. Dann kam es zum großen Duell der Nationaltorwarte. Karl Friesen wehrte für Rosenheim zwei Penaltys ab, Erich Weißhaupt übertraf ihn und hielt drei. Nach dem Spiel wurde hinter der vorgehaltenen Hand davon gesprochen, daß Weißhaupt in der nächsten Saison für den Kölner EC spielen werde. Die Kölner wollen ihm beim Aufbau einer beruflichen Existenz helfen.

Noch ein Star also für den diesmal erneut gescheiterten Favoriten? Landshut gewann in Köln 6:3, weil es zwar auch sehr viele Einzelkönner besitzt, alle aber ihre Fähigkeiten der Mannschaft unterordnen. Trainer Karel Gut über die Kölner Startruppe: „Es ist eben noch lange nicht gesagt, daß die Mannschaft mit den Besten auch die beste Mannschaft ist." Erich Kühnhackl war mit drei Treffern der überragende Landshuter Spieler. In 15 Jahren hat er jetzt 599 Bundesliga-Treffer erzielt.

Die Spannung hat sie aufs Tor und auf die Knie getrieben: Die Rosenheimer Berwanger, Scharf und Zach beobachten das Penalty-Schießen. FOTO: SIMON

Von der BBC abgehängt: Das kommerzielle Frühstücksfernsehen in England

Zuviel Dampf im Morgengrauen

Wir sind doch nicht die Titanic auf der Jungfernfahrt. Man kann uns wenige Wochen nach der Abfahrt noch nicht beurteilen." Mit solchem Zweckoptimismus versucht Programmdirektor Michael Deakin darüber hinwegzutrösten, daß Englands Fernsehgesellschaft „TV-am" zwar noch nicht auf Eis gelaufen, aber doch auf recht eisige Ablehnung beim Publikum gestoßen ist.

Der Start des Frühstücksfernsehens geht an gefährlichen Untiefen und Eisbergen vorbei. Seit die BBC ihr Frühstücksfernsehen am 17. Januar vom Stapel gelassen hat, seit am 1. Februar Peter Jay, Ex-Botschafter in Washington, am Ruder des kommerziellen Konkurrenten „TV-am" folgte, haben sich die meisten Prognosen als falsch erwiesen. Acht Millionen Briten sahen sich in der ersten (BBC) Woche an, was ihnen da zu nachtschlafender Zeit frei Haus geliefert wird. Inzwischen steht fest: So aufregend fanden die meisten die Telekost zur Morgenstunde nun doch nicht, um ihren Wecker eine Stunde vorzustellen.

Die Euphorie bei der öffentlich-rechtlichen BBC hat sich mittlerweile gelegt. Die Sehbeteiligung lag in der letzten Berichtswoche bei 1,8 Millionen. Kein Grund zum Triumphieren für die Kommerziellen: Sie konnten nur kümmerliche 500 000 Zuschauer anlocken und stecken damit in einer akuten Existenzkrise.

Die Vorauskalkulationen von „TV-am" nahmen eine Sehbeteiligung von fünf Prozent an, was rund einer Million Zuschauer entspricht. Dieser Prozentsatz galt als Rentabilitätsfaktor, denn erst von einer solchen Einschaltquote an sind angemessene Werbeeinnahmen zu erwarten. Die Sätze für Werbespots sind in den Keller gefallen. In der ersten halben Stunde nach dem Auftakt um sechs Uhr morgens wurden gar nur an die 50 000 Zuschauer registriert. Es kam so weit, daß Werbespots von 30 Sekunden Dauer, für die rund 18 000 Mark kassiert werden können, schon für 1800 bis 2200 Mark verhökert wurden.

Dabei deutete zunächst alles darauf hin, daß die sich ausschließlich aus der Werbung finanzierende „TV-am" den zeitlichen Vorsprung der öffentlich-rechtlichen BBC rasch einholen und sie klar abhängen würde. Peter Jay schickt nämlich mit den „Famous Five" ein beispielloses Starquintett in das Rennen, TV-Profis und Publikumslieblinge wie David Frost, den der BBC abgeworbenen zugkräftigen Talkmaster Michael



Peter Jay, Chef des kommerziellen Senders „TV-am" FOTO: CAMERA PRESS

Parkinson, den ebenfalls aus der Konkurrenz-Anstalt gelockten Starjournalisten Robert Kee und last but not least Anna Ford und Angela Rippon, jahrelang die beliebtesten TV-Nachrichtensprecherinnen.

Die Frühstücksfernsehmacher mußten einsehen: Die konservativen Briten lassen sich nicht im Handumdrehen aus den Betten locken. Und eine journalistisch ausgezeichnet gemachte, auch in der Präsentation tadellos professionelle, aktuelle Show wie die von „TV-am" hat für den noch niedrigen morgendlichen Butdruck offenbar viel zuviel Dampf. Der gemütlicheren, legereren Tonlage bei der BBC kann man ohne große Anstrengung folgen.

„TV-am" setzt nun am heutigen Montag die erste tiefgreifende Reform in Kraft: „Daybreak", die um sechs Uhr beginnende erste Stunde des Frühprogramms, wird um eine halbe Stunde gekürzt und der Beginn der zweiten Show „Good morning Britain" um 30 Minuten vorverlegt. Die beliebtere der beiden Shows beginnt damit zeitgleich mit der BBC-Show „Breakfast time". Es bleibt abzuwarten, ob dies nur auf eine kosmetische Korrektur hinausläuft. Fürs erste will man daran festhalten, bis 9.15 Uhr zu senden, eine Viertelstunde länger als die BBC.

Der Zuschauer-Rückgang bei „TV-am" von 800 000 in der ersten Woche auf 500 000 und die damit verbundene Einbuße der Werbeeinnahmen hatten bereits zur Folge, daß die „Famous Five" als Gesellschafter ihre Einlagen erhöhten. Sie zumindest glauben, daß sie ihr Geld gut angelegt haben.

SIEGFRIED HELM



Der Alptraum vieler Journalisten wurde für den Deutschlandfunk-Chefredakteur Bernhard Wördehoff Wirklichkeit: Das Tonband versagte – ausgerechnet bei der Aufzeichnung des **„Interviews der Woche" mit Bundeskanzler Helmut Kohl.**

Mit Tontechnikerin und -band begab sich Wördehoff aus dem Bonner DLF-Studio am vergangenen Donnerstag zum Kanzler. Erst bei der Aufnahme stellte sich heraus, daß das Gerät nicht funktionierte; noch im Studio hatte es sich als brauchbar erwiesen. Auf dem kurzen Weg zu Kohl muß es – aus welchen Gründen auch immer – funktionsunfähig geworden sein. Wördehoff blieb nichts anderes übrig, als das Interview am Samstag in Ludwigshafen, dem Wohnort des Kanzlers, nachzuholen.

*

Die ARD verhandelt gegenwärtig mit der „DDR" über eine **Direktübertragung des Gottesdienstes am 4. Mai auf der Wartburg** in Eisenach, mit dem die evangelischen Kirchen in der „DDR" offiziell ihre Feiern im Lutherjahr eröffnen. Wie der Evangelische Pressedienst (epd) am Wochenende in Berlin berichtete, hat dies der für die Fernseharbeit zuständige Referent des „DDR"-Kirchenbundes, Lutz Borgmann, erklärt.

Die erste Gottesdienstübertragung aus der „DDR" zu Weihnachten des vergangenen Jahres, die das ZDF aufgezeichnet hatte, habe für die Kirchen in der „DDR" jedoch die Frage aufgeworfen, ob ein solches Ereignis als TV-Sendung nicht zum Handelsobjekt würde. Es stelle sich die Frage, ob nun die erste TV-Direktübertragung eines Gottesdienstes einer „DDR"-Kirchengemeinde nicht zuerst auch ins heimische Fernsehen gehöre, sagte Borgmann.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft der Herren in Holland, Gruppe B: Deutschland – Frankreich 22:18, CSSR – Holland 24:8, Deutschland – Holland 19:10. – Gruppe A: Schweden – Bulgarien 27:16, Ungarn – Israel 28:13, Schweden – Israel 28:21. – Gruppe C: Spanien – Island 23:16, Schweiz – Belgien 26:19, Schweiz – Island 15:19.

Europacup der Landesmeister, Frauen, Viertelfinale: Wien – Leverkusen 14:15 (Hinspiel: 16:17 – Leverkusen im Halbfinale), Vasas Budapest – Spartakus Budapest 21:16 (Vasas im Halbfinale).

Europapokal der Pokalsieger, Damen, Viertelfinale: Magdeburg – Västeras 32:18 (Hinspiel: 27:19, Magdeburg im Halbfinale), Gottwaldov – La Haye 21:12 (Hinspiel 19:17, Gottwaldov im Halbfinale).

HOCKEY

Qualifikation zur 4. Hallen-EM der Herren in Orleans: Deutschland – Österreich 14:1, Polen – Deutschland 5:10, Deutschland – Schottland 13:4, Deutschland – Wales 10:1, Schottland – Wales 4:2, Frankreich – Schweiz 6:4, Schottland – Schweiz 6:5, Frankreich – Österreich 6:3.

BOB

Viererbob-Weltmeisterschaft in Lake Placid (Stand nach zwei von vier Läufen: 1. Schweiz II (Pilot Fasser), 2. „DDR" I (Richter), 3. Deutschland (Kopp) ... 6. Deutschland II (Weikenstorfer)

LEICHTATHLETIK

Deutsche Cross-Meisterschaften in Ahlen/Westfalen: Männer, Langstrecke (10 700 m): 1. Orthmann (Wehbach) 36:14,4 Min., 2. Krippner 36:41,0, 3. Leibold (beide Fürth) 36:48,9. – Mannschaften: 1. Quelle Fürth 15 Punkte, 2. Frankfurt 39, 3. Hoechst 80. – Mittelstrecke (3200 m): 1. Mönkemeyer (Wattenscheid) 10:10,7, 2. Becker (Wolfsburg) 10:17,2, 3. Miko (Darmstadt) 10:23,4. – Mannschaften: 1. Darmstadt 32, 2. Leverkusen 50, 3. Wattenscheid 55

Frauen, Mittelstrecke (2700 m): 1. Kraus (Köln) 10:10,7, 2. Michalek (Ahlen) 10:19,1, 3. Heldt (Salzgitter) 10:22,9 – Mannschaftswertung: 1. Leverkusen 23, 2. Köln 27, 3. Bielefeld 45. – Langstrecke (6400 m): 1. Teske (Darmstadt) 23:48,9, 2. Lövenich (Bonn) 23:54,6, 3. Kieninger (Sindelfingen) 25:11,8. – Mannschaftswertung: 1. Bonn 15, 2. Dortmund 36, 3. Aalen 65.

Hallenmehrkämpfe in Berlin: Siebenkampf Männer: 1. Wentz 6114 Punkte (Weltbestleistung) – 60 m: 6,8 Sek./Weit: 7,37/Kugel: 15,49/Hoch: 2,06/60 m Hürden: 7,7/Stabhoch: 4,50/1000 m: 2:42,6, 2. Kratschmer (Mainz) 5971. – 6,9/7,40/14,46/1,94/7,7/4,70/2:41,9, 3. Schulze (Mainz) 5907. – 6,8/6,95/14,38/1,97/7,8/4,40/2:36,1.

Fünfkampf Frauen: 1. Krolkiewicz (Fürth) 4370 Punkte (60 m Hürden: 8,6/Hoch: 1,67/Kugel: 13,75/Weit: 6,08/800 m: 1:38,5), 2. Hidding (Holland) 4351, 3. Marquardt 4245. Hochsprung, Männer: 1. Thränhardt (Köln) 2,33 m (Jahresweltbestleistung), 2. Nagel (Frankfurt) 2,27, 3. Surbeck (Sindelfingen) 2,27, 4. Biczysko (Polen) 2,27, 5. Burchard (Kaltenkirchen) 2,27. – Stabhochsprung: 1. Vigneron (Frankreich) 5,57 m, 2. Kozakiewicz (Polen) 5,42, 3. Lohre (Kornwestheim) 5,30, 4. de Raad (Wattenscheid) 5,30. – Hochsprung, Frauen: 1. Heitmann (Wedel-Pinneberg) 1,89, 2. Soetewey (Belgien) 1,89, 3. Meyfarth (Leverkusen) 1,86.

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-off-Runde, Halbfinale: Köln – Landshut 3:6, Rosenheim – Mannheim n. V. 2:2, 3:2 im Penaltyschießen.

BIATHLON

Weltmeisterschaft in Antholz: 10 km Sprint: 1. Kvalfoss (Norwegen) 31:12,3 Min. (2 Strafrunden), 2. Angerer (Deutschland) 31:31,2 (0), 3. Eder (Österreich) 31:45,5 (0) ... 13. Fischer 32:41,0 (2), 14. Bernreiter 32:50,3 (0) ... 37. Schweiger (alle Deutschland) 35:39,4 (3). – Stand im Weltcup nach sechs Rennen: 1. Angerer 138 Punkte, 2. Ullrich 134, 3. Rötsch (beide „DDR") 108, ... 9. Fischer (Deutschland) und Miloradow (UdSSR) je 65 ... 13. Schweiger 51 ... 24. Bernreiter 28. – 3x7,5-km-Staffel der Junioren: 1. „DDR" 1:15:50,37 Std./null Strafrunden, 2. UdSSR 1:16:20,09/1, 3. Norwegen 1:16:44,82/0, ... 5. Deutschland 1:20:20,1/4.

SKI ALPIN

7. **Weltcup-Riesenslalom** der Herren in Gällivare/Schweden: 1. Stenmark (Schweden) 2:29,11 (1:17,32/1:11,79), 2. P. Mahre (USA) 2:30,83 (1:18,41/1:12,42) und Julen (Schweiz) 2:30,83 (1:17,79/1:13,04), 4. Wallner (Schweden) 2:30,88 (1:18,18/1:12,70), 5. Strel (Jugoslawien) 2:31,04 (1:18,64/1:12,40) ... 23. Hirt 2:32,71 (1:19,70/1:13,01), 24. Wörndl (beide Deutschland) 2:32,75 (1:19,34/1:13,41). – Stand im Riesenslalom-Weltcup (nach sieben von 10 Saisonrennen): 1. Zurbriggen 90, 2. Julen 83, 3. Stenmark 79.

SKI NORDISCH

Weltcup-Langlauf der Herren über 30 Kilometer in Falun/Schweden: 1. Sawjalow (UdSSR) 1:24:12,8 Std., 2. Wassberg (Schweden) 1:24:52,9, 3. Lindvall (Norwegen) 1:25:11,0 ... 17. Behle 1:27:19,3 ... 21. Dotzler (beide Deutschland) 1:27:43,2. – Stand im Weltcup: 1. Koch 95 Punkte, 2. Burlakow (UdSSR) 66, 3. Sawjalow 64, 4. Wassberg 60, 5. Lindvall 58 ... 15. Dotzler 29 ... 21. Behle 23. – Nordische Kombination: 1. Andersen (Norwegen) 407,880 Punkte, 2. Schmider 407,660, 3. Dotzauer (beide „DDR") 402,890.

Weltcup-Springen auf der 70-m-Schanze: 1. Bulau (Kanada) 262,5 Punkte (90+91,5), 2. Nykänen (Finnland) 254,1 (90,5+87), 3. Hansson (Norwegen) 251,7 (88+88) ... 11. Waldvogel 236,3 (85,5+84) ...

FUSSBALL

Erste englische Division, 28. Spieltag: Birmingham – Nottingham 1:1, Brighton – Stoke 1:2, Everton – Swansea 2:2, Ipswich – Luton 3:0, Manchester United – Liverpool 1:1, Notts – Coventry 5:1, Sunderland – Manchester City 3:2, Tottenham – Norwich 0:0, Watford – Aston 2:1, Bromwich – Arsenal 0:0, West Ham – Southampton 1:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 63:23 Tore/63 Punkte, 2. Watford 49:28/49, 3. Manchester United 37:21/48, 4. Nottingham 42:36/45.

„DDR"-Oberliga, 15. Spieltag: Dynamo Berlin – Rostock 1:0, Erfurt – Dresden 1:1, Magdeburg – Leipzig 2:1, Böhlen – Zwickau 2:1, Halle – Union Berlin 5:2, Aue – Frankfurt 0:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 36:12/25:5, 2. Jena 24:18/19:9, 3. Magdeburg 34:18/19:11, 4. Leipzig 26:13/19:11.

BASKETBALL

Endrunde, Herren, 7. Spieltag: Leverkusen – Göttingen 89:77, Hagen – Bayreuth 95:77, Köln – Berlin 86:94.

1. Köln	24	21	3	2096:1784	42: 6
2. Leverkusen	25	15	10	2058:1856	30:20
3. Göttingen	25	15	10	2062:1885	30:20
4. Bayreuth	24	14	10	1882:1874	28:20
5. Hagen	24	12	12	1945:1840	24:24
6. Berlin	24	12	12	1889:1892	24:24

Bundesliga, Damen, Endrunde, 4. Spieltag: Agon Düsseldorf – SG München 85:42.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: Cosinus (Frl. D. Ristler), 2. Apologie, 3. Transatlantik, Toto: 348, Pl. 30, 14, 19, ZW: 920, DW: 4560; 2. R.: 1. Thumo (Frl. A. Schlimme), 2. Niederung, 3. Malta, Toto: 32, Pl. 15, 16, 26, ZW: 116, DW: 1304; 3. R.: 1. Ägäis (P. Remmert), 2. Etoile Bernin, 3. Mykenä, Toto: 17, Pl. 12, 22, 42, ZW: 84, DW: 2240; 4. R.: 1. Factiore (F. Puchta), 2. Arminius, 3. Hampelmann, Toto: 128, Pl. 38, 21, 34, ZW: 820, DW: 10 516; 5. R.: 1. Belasco (D. Kuhlenkamp), 2. Amberger, 3. Dokteur Simeoni, Toto: 56, Pl. 15, 13, 17, ZW: 228, DW: 1488.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 13, 17, 36, 44, 48, Zusatzzahl: 32. – Spiel 77: 0 2 6 6 1 2 5. – Toto, **Elferwette:** 1, 1, 0, 0, 0, 0, 2, 1, 1, 2, 2. **Rennquintett,** Pferdetoto: 6, 17, 15. – Pferdelotto: 2, 6, 10, 15. (Ohne Gewähr).

SKI ALPIN

Luxemburgs erster Sieg

sid, **Gällivare**

Ingemar Stenmark hat die 17. Weltcup-Trophäe seiner glanzvollen Karriere gewonnen. Einen Tag nach seinem Riesenslalom-Sieg von Gällivare reichte ihm der dritte Slalom-Rang am gleichen Ort in 1:34,08 Minuten hinter dem für Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli (1:32,49) und seinem Landsmann Stig Strand (1:33,88) zum Gesamtsieg.

Mit 110 Punkten liegt Stenmark vor dem letzten Saisonrennen, das in drei Wochen beim Weltcup-Finale in Japan ausgetragen wird, in Front. Strand, der wie Stenmark aus dem Dörfchen Tärnaby stammt, hat nun 105 Punkte auf seinem Konto und könnte durch einen Sieg bei Furano noch mit Stenmark gleichziehen. Doch die Zahl der Siege, die bei Punktgleichheit entscheidet, spricht auf alle Fälle für Stenmark (derzeit 3:1).

Auf dem Siegespodest stand ein strahlender Marc Girardelli zwischen den „zwei aus Tärnaby". Der 19 Jahre alte Vorarlberger sorgte für den ersten Weltcup-Sieg Luxemburgs in der Geschichte dieser Sportart. Bereits seit sechs Jahren startet er für das Großherzogtum.

Girardelli, der schon nach dem ersten Durchgang mit einer halben Sekunde gegenüber Stenmark und Strand führte, war bereits vor zwei Jahren als 17jähriger dicht an einem Weltcup-Sieg. Schon damals lag er beim Slalom in Wengen (Sieger Krizaj/Jugoslawien) vor Stenmark. Im letzten Winter wurde er auch beim Riesenslalom im italienischen Sansicario Zweiter, war am Ende hinter Phil Mahre und Stenmark Dritter in der Disziplin-Wertung und Sechster im Gesamt-Weltcup.

Beide Rennen von Gällivare wurden zur Talentschau der Schweden. Am Samstag landete John Wallner auf Rang vier, und zwei weitere holten Weltcup-Punkte. Gestern kamen vier Schweden unter die besten zehn.

EISSCHNELLAUF / Titel wieder in die „DDR"

Bundesrepublik dritte Kraft

dpa, **Helsinki**

Die 21 Jahre alte Dresdner Studentin Karin Enke gewann in Helsinki zum dritten Mal seit 1980 und 1981 die Sprint-Weltmeisterschaft im Eisschnellauf und entthronte damit die sowjetische Titelverteidigerin Natalja Petrussewa. Karin Enke, 1980 Olympiasiegerin über 500 Meter und 1982 Weltmeisterin im Großen Vierkampf in Inzell, krönte damit eine beispiellose Erfolgsserie der „DDR": Vor ihr hatte sich in diesem Winter bereits ihre Vereinskameradin Andrea Schöne die Europa- und Welttitel im Großen Vierkampf gesichert.

Gewissermaßen zur dritten Kraft im internationalen Geschehen wurden die Sprinterinnen aus der Bundesrepublik im Schatten der übermächtigen „DDR" und der Sowjetunion. Daß sie die einst dominierenden Teams aus den USA, Holland und Kanada verdrängt haben, ist nicht zuletzt ein Verdienst des holländischen Bundestrainers Ab Krook. Leistungssport ist für den Holländer die Kunst des Möglichen: „Ich arbeite nicht in der DDR und auch nicht in Holland. Ich muß mit dem vorlieb nehmen, was da ist." In der Bundesrepublik ist das, qualitativ und quantitativ, herzlich wenig. Aber daß die hiesigen Sprinterinnen mit ihren nicht einmal 450 Aktiven heutzutage stärker sind als die Hollands mit annähernd 70 000 Aktiven – das verdient Respekt.

Immerhin steht fest: Für die Olympischen Winterspiele 1984 in Sarajevo hat der Verband zwei ganz sichere Kandidaten, zwei Sprinterinnen: Monika Holzner-Pflug und Sigrid Smuda, die Achte und Elfte wurden. Bei den Herren siegte der Japaner Akira Kuroia.

OLYMPIA / Ärger um Wettkampfstätten

Handballturnier gefährdet

dpa, **Los Angeles**

Die Sorgen um die Wettkampfstätten für die Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles reißen nicht ab. Neuester Unsicherheitsfaktor ist die 4000 Zuschauer fassende Halle der polytechnischen Universität von Kalifornien in Pomona. Hier sollten eigentlich, wie auch in Fullerton, die Spiele um die Handball-Medaillen ausgetragen werden. Doch nach einem Bericht der „Los Angeles Times" vom Wochenende ist es zwischen der Universität und dem Organisationskomitee der Spiele zu einem Streit um die Finanzen und die Ausstattung der Halle gekommen.

Tom Megonigal, zuständiger Kommissar für Handball bei den Spielen im nächsten Jahr, ist nach Europa geflogen, um die aufgetretenen Probleme mit Vertretern des Internationalen Handball-Verbandes (IHF) zu besprechen. Ebenfalls unsicher ist die Austragung der Eröffnungs- und Schlußfeier sowie der Leichtathletik-Wettbewerbe im „Coliseum". Der Besitzer des örtlichen Football-Teams, der „Raiders", fordert vom Organisationskomitee einen Teil der Einnahmen für die Logen-Plätze, die er im Stadion hatte bauen und renovieren lassen.

Nachdem das Internationale Olympische Komitee (IOC) Las Vegas als Austragungsort der Schützen-Wettbewerbe abgelehnt hatte, müssen die Organisatoren auch hier noch für Ersatz sorgen. Zeit bleibt ihnen dafür noch bis Ende März, denn Los Angeles wurde vom IOC beauftragt, alle Probleme im Zusammenhang mit den Wettkampfstätten bis zur IOC-Vollversammlung in Neu-Delhi zu lösen.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
(Nur über die Sender HR, NDR, RB, SFB und WDR)
10.00 heute
10.05 Und das am Montagmorgen
Deutscher Spielfilm
11.35 Tagebuch
11.58 Nordlichter
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 MM Montags-Markt
Luise Crome und Peter Krebs, die zwölf Jahre in Japan gelebt haben, berichten über ihre Erlebnisse / Besuch bei Johannes Mario Simmel / Wie kommen eigentlich junge und ältere Studenten miteinander aus? / Geburtstagskinder, die am 29. Februar geboren sind, sollen diesmal die Quizfragen beantworten.
17.50 Tagesschau
Anschl.: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Parteien zur Wahl
20.15 Die fünfte Jahreszeit
Letzter Teil: Ski total
Von Felix Mitterer
Mit Karl Merkatz, Doris Goldner, Elfi Eschke u. a.
Regie: Reinhard Schwabenitzky
Winter 1979/80: Das Dorf besteht fast nur noch aus Hotels und Pensionen. Einzig Franz ist stur geblieben. Immer noch ist er Bauer und nur Bauer.
Anschl.: Parteien zur Wahl
Anschl.: Ein Platz an der Sonne
21.15 New York, New York
Werner Baecker berichtet über neue Pläne des Verpackungskünstlers Christo / Wie sich das Leben eines New Yorker Lotto-Millionärs veränderte / Ein Tag mit Désirée Nosbusch in einem Schauspiel-Studio / Begegnung mit Simon Estes, dem auch in Bayreuth gefeierten Baß-Bariton
22.00 ARD-Sport extra – aus Nimwegen
Hallenhandball-B-WM
Deutschland – CSSR
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Der Feind
Türkischer Spielfilm (1979/82)
(Mit deutschen Untertiteln)
Regie: Zeki Ökten
In Momentaufnahmen wird festgehalten, wogegen Ismail zu kämpfen hat: gegen Armut, Arbeitslosigkeit und ihre erniedrigenden Folgen.
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Mangelnde Mitarbeit
Teil 2: Schulstreß und Schülerangst
Oftmals merken Lehrer gar nicht, wer von ihren Schülern eigentlich ängstlich ist. Gerade die Ängstlichen fallen wenig auf. Die Sendung versucht zu zeigen, woran man Ängstlichkeit erkennt und welche Hilfen man durch Ängstlichkeit überforderten Kindern geben kann.
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Büffel
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Relax, Piffke und Paffke
17.50 SOKO 5113
Koks und Kakao, Teil 1
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 SOKO 5113
Koks und Kakao, Teil 2
18.57 Programm-Service
19.00 heute
Anschl.: Parteien zur Wahl
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
20.15 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Vielleicht ist es doch wahr
Jugend und Glaube
Die Zukunftsängste einer jungen Generation und der Glaube einer „alten Kirche" sind das Thema der Sendung.
21.00 heute-journal
Anschl.: Parteien zur Wahl
21.20 Notsignale
Innige Verbundenheit
Mit Sabine Kaack, Eva Maria Hagen, Dieter Hufschmidt, Susanne Beyer, u. a.
22.55 Aus Hollywood: Golden Globe
Filme, Stars und ihre Preise
Mit Robert Wagner, Dustin Hoffman, u. a.
23.40 heute





Aytac Arman (l.) und Güngör Bayrak spielen die Hauptrollen in dem türkischen Film „Der Feind", ARD, 23.00 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

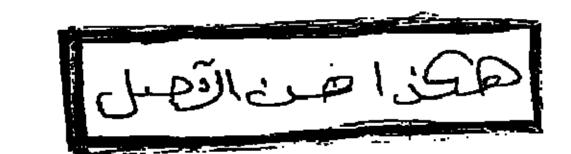
WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch 22
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Anruf erwünscht
Im Computer-Club
21.45 Länderspiegel
Lokaltermin
Zahlt der Wald die Zeche?
Beitrag zum Interessenstreit zwischen Bergbau und Naturschutz
22.15 Levins Mühle
Fernsehfilm nach dem Roman von Johannes Bobrowski
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Berufsausbildung
Drei Jahre später (1)
19.15 Die Sprechstunde
Die ersten 365 Tage im seelischen Leben des Kindes (7)
Die Entdeckung der Umwelt
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Wolf von Lojewski mit Gästen aus England
21.30 Parkett Mitte
21.45 Gespräche am Abend
Bei Professor Otto von Simson
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (9)
19.00 Märchenhafte Reise durch den Vogelsberg (2)
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Standpunkte
Ein sozial-politisches Magazin
21.15 Captain Paris
22.00 Kultur – aktuell in Hessen
22.50 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Deutsch (22)
19.00 Komm ins Meer (2)
19.30 Bonanza
20.25 Menschen unter uns
Noch lieben die Götter Singapur
Dokumentarfilm
21.20 Soap oder Trautes Heim
21.45 Reden muß man miteinander (1)
Der Fall Egon
Mit Doris Bierett, Erik Schumann, u. a.
Regie: Wilhelm Semmelroth
22.50 TV World Cup 82

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Die schönsten Fabeln der Welt
Der kleine und der große Fisch
19.05 Der Untergang der Titanic
US-Spielfilm (1953)
Mit Barbara Stanwyck, Clifton Webb, u. a.
Regie: Jean Negulesco
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Bergleute auf der Suche nach der eigenen Vergangenheit
22.55 Rundschau



Pankraz, ein Lexikon und die Dissidenten

Unter dem Titel „Die sich lossagten" hat der Kölner Markus-Verlag soeben „das erste Dissidenten-Lexikon" auf den Markt gebracht. Es versammelt an die fünfhundert Namen von Schriftstellern aus der Sowjetunion, aus Osteuropa und der „DDR", von Achmatowa bis Zwerenz (auch Pankraz ist drin), und Herausgeber Peter Boris versichert, daß es leicht noch mehr hätten sein können. Er habe strenge Maßstäbe anlegen müssen.

Trotzdem begegnet man in dem Buch so manchem, der gewiß nicht hineingehörte. Für die Hereinnahme solcher schillernden Grenzgänger wie Rolf Schneider oder Wolfgang Seiffert entschuldigt sich Boris im Vorwort; ihre Aufnahme sei gewissermaßen auf Probe erfolgt, und man werde ihren Status noch endgültig klären müssen (während ein Wolfgang Harich wegen seiner „zwielichtigen Haltung" von vornherein abgewiesen wurde). Isaak Babel ist drin, obwohl er sich nie vom System losgesagt hatte; er gehörte in den dreißiger Jahren zum Hofstaat des Exekutors Jeschow und wurde zusammen mit diesem liquidiert. Anatol Baconsky ist drin, der zum Hofstaat von Ceausescu gehörte, bis ihn das Erdbeben in Bukarest verschlang. Dudinzew ist drin, der sein Leben lang ein regimetreuer Schreiber war, der unglückselige Alexander Dubcek ist drin und sogar Djomin, der langjährige König der Moskauer Unterwelt, der die politischen Häftlinge an der Kolyma quälte.

Lange streiten könnte man sich darüber, ob Anna Achmatowa in ein Dissidentenlexikon gehört, Wladyslaw Bartoszewski oder Jürgen Rühle. Sie und viele andere der hier Verzeichneten waren niemals Kommunisten und konnten sich deshalb auch nicht „lossagen". Überhaupt stimmt die Sache mit dem Lossagen hinten und vorne nicht. Peter Boris räumt selbst ein, daß die allermeisten seiner jüngeren Klienten sich niemals im Vollbewußtsein ihrer Verantwortung für den Kommunismus entschieden; sie wurden vielmehr in ihn hineingeboren, er wurde ihnen in der Schule eingetrichtert, und als sie dagegen aufbegehrten, wurden sie verhaftet oder sonstwie mundtot gemacht. Ihr „Sichlossagen" war kein apostatischer Kirchenaustritt, sondern einfach jugendliche Rebellion gegen Diktatur und Bevormundung. Auch seinen eigenen „Fall" würde Pankraz so sehen.

Es ist ihm also gar nicht recht, daß er seine geistige Person hier gleichsam auf sein Verhältnis zum Kommunismus reduziert findet, und das trifft nicht nur auf ihn selbst zu, sondern auf noch manchen anderen. Für Literatur-Nobelpreisträger Czeslaw Milosz mag es ein großes Ärgernis sein, denn er betrachtet den Kommunismus nur als eine unerquickliche Episode in seinem Leben, das der polnischen Literatur und der Philosophie der Mystik geweiht ist. Wenn sich die Dinge nicht ändern, dann wird Milosz zwar ein lebenslanger Emigrant, doch nie ein lebenslanger Dissident gewesen sein. Ähnlich steht es mit Louis Fischer, der seinen Kommunismus schon längst äonenweit hinter sich gelassen hat und zu einem der größten Kenner fernöstlicher Philosophien aufgestiegen ist.

Freilich, Namen wie Milosz oder Fischer steht im Lexikon eine Fülle von Namen gegenüber, die reinen Berufsdissidenten gehören, Menschen, die auch nach dem Bruch nie vom Kommunismus losgekommen sind, die sich – trotz Flucht und Folter, Gefängnis und Tod – nach wie vor irgendwie dazugehörig fühlen und über die Grenzen hinweg mit der kommunistischen Orthodoxie diskutieren. Meist sind sie bei der SPD untergekrochen, leiten Beraterstäbe, werden in den Medien als „Ostexperten" oder auch „Kreml-Astrologen" gehandelt und verbellen voll Zorn jeden ehemaligen Genossen, der von ihren Glasperlenspielen die Nase voll hat, als „Renegaten".

Oftmals tragen diese Leute untereinander noch jahrzehntelang innerparteiliche Kämpfe aus, die für die geliebt-gehaßte Partei selbst völlig obsolet geworden sind. Opfer und Henker, die später ebenfalls Opfer wurden, treffen sich im Westen wieder und gehen aufeinander los. Das Kölner Lexikon verzeichnet neben Ernst Bloch beispielsweise Dietfried Müller-Hegemann, der in den Jahren 1956/57, als Bloch drüben abgetan wurde, Chef der Psychiatrie an der Universität Leipzig war und als solcher zu den schärfsten Kritikern des philosophischen Kollegen gehörte (er warf ihm „Abweichung von den Ideen Pawlows" vor). Zehn Jahre später wurde Müller-Hegemann, zermürbt von der von ihm selbst diagnostizierten „Mauerkrankheit", selber zur Unperson, flüchtete im Mai 1971 und ist heute Chefarzt eines Krankenhauses in Essen.

Das Dissidentenlexikon ist voll von solchen und ähnlichen Geschichten, es ist eine immer spannende, tragische, manchmal tragikomische Lektüre. Glaubenshelden und blinde Eiferer tauchen darin auf, bemitleidenswerte Opfer im Spiel der Mächtigen und auch die Mächtigen selber, wie Trotzki oder Herbert Wehner. Keinen geringen Platz nehmen ehemalige Angehörige der kommunistischen Geheimpolizei, der GPU, des KGB oder der Stasi ein, die – indem sie Regimegegner verhörten – innerlich selber zu Regimegegnern werden, eines Tages flüchten konnten und oft die besten, informativsten Bücher über das Wesen des Kommunismus geschrieben haben.

Wer den Band am Ende zuschlägt, der kann sich nur noch wundern, daß ein System, das so unmenschlich ist und so viel Leid zufügt, immer noch überlebt. Einer der Hauptgründe, so geht ihm auf, ist wohl die Dummheit und Gleichgültigkeit des Westens, ohne dessen materielle und geistige Hilfestellung der Spuk schon längst vorüber wäre. Der geballte Erfahrungsschatz aller Dissidenten, wie ihn das Dissidentenlexikon widerspiegelt, könnte dazu beitragen, daß sich das über kurz oder lang endlich ändert.

Pankraz

Meister des modernen psychologischen Theaters – Zum Tode des Dramatikers Tennessee Williams

Immer am Abgrund, dennoch glücklich

Fast zwei Jahrzehnte, von 1944 bis 1962, beherrschte Tennessee Williams das amerikanische und das Welttheater mit acht Stücken, von denen fünf Welterfolge wurden und ihm Preise, Ruhm und Geld eintrugen. Aber dann war seine Schöpferkraft gebrochen: Ein durch viele Krankheiten, Alkohol- und Rauschgiftmißbrauch geschädigter Körper war dem Flug des Geistes nicht mehr gewachsen – und so schrieb er Mißerfolg um Mißerfolg. Aber er schrieb, denn: „Von einem Geschäft kann man sich zurückziehen, aber nicht von Kunst." Nun hat er sich aus dem Leben zurückgezogen, 71 Jahre alt. Man fand ihn am Freitag tot in einem New Yorker Hotel, erstickt an dem Plastikverschluß einer Medikamentenflasche, den er verschluckt hatte.

Tennessee Williams, der über Nacht mit der „Glasmenagerie" berühmt wurde, hatte eine unerfreuliche Jugend, die vielleicht in ein so selbstzerstörerisches Erwachsenenleben führen mußte. Er haßte seinen Vater, einen schwer trinkenden, allen Frauen nachstellenden Handelsreisenden, der den kleinen, schmächtigen und introvertierten Thomas Lanier – dies die eigentlichen Vornamen des Dichters – „Miß Nancy" nannte. Er liebte seine schöne und gütige Mutter, die Tochter eines Geistlichen, bis an ihr Lebensende und hatte ein inniges Verhältnis zu seiner Schwester Rose, die nach einem Nervenzusammenbruch den Rest ihres Lebens in Anstalten verbringen mußte.

Am 26. März 1911 kam er in Columbus, im Delta des Mississippi, zur Welt. Er verbrachte dort seine Jugend, studierte mit mäßigem Erfolg an drei Colleges, arbeitete in der Schuhfabrik, die auch seinen Vater beschäftigte, und einigen anderen Jobs. Auch mal als Kellner in Valeska Gerts „Beggar Bar" in New York. Während all dieser Jahre schrieb er unermüdlich. Sein erstes aufgeführtes Stück, „Battle of Angeles", von der angesehenen Theatre Guild herausgebracht, kam nie nach New York, weil die Premiere in Boston zugleich die Derniere war. Danach Drehbuchschreiber in Hollywood. Und aus einem Skript, das zurückgewiesen wurde, entstand dann sein erster Broadway-Erfolg „Die Glasmenagerie" (1944). Es folgten „Endstation Sehnsucht" (1947), „Der steinerne Engel" (1948), „Die tätowierte Rose" (1951), „Camino Real" (1953), „Die Katze auf dem heißen Blechdach" (1954), „Süßer Vogel Jugend" (1956) und „Die Nacht des Leguan" (1962). Dazwischen einige Einakter – und danach nichts mehr von Belang.

Vielleicht, weil er an Schicksalsschläge gewöhnt war, ließ sich Williams von den zahlreichen Mißerfolgen nicht unterkriegen. „Tatsächlich bin ich ein relativ glücklicher Mensch", sagte er 1972 in einem Interview. „Nicht etwa, weil ich glaube, daß Glück in diesem Leben überhaupt erreichbar ist. Aber ich bin glücklich, da ich das tue, was ich tun möchte, und es mir Spaß macht nach einer Zeit, in der ich in einen Abgrund stürzte und so tief sank, wie ein Mensch überhaupt nur sinken kann." In seinen 1975 erschienenen „Memoiren" (deren deutsche Version gegenüber dem Original „gereinigt" ist), hat der Autor in aller Offenheit diesen Abgrund beschrieben.



Zum Welterfolg mit „Endstation Sehnsucht": Tennessee Williams (1911–1983) FOTO: DPA

Unbeschadet des schwachen, ja banalen Alterswerks bleibt Williams' Bedeutung für das Theater dank seiner fünf großen Stücke unbestritten. Man wird ihn nach O'Neill als den wichtigsten amerikanischen Dramatiker ansehen müssen, und wie bei O'Neill tragen auch die Dramen von Williams viele autobiografische Züge. Aber das ist nicht das Entscheidende. Wichtig ist, wie er seine Biographie in Kunst sublimierte. Während O'Neill die Menschen des amerikanischen Nordens meisterhaft schildert, hat Williams (neben Faulkner) die Bewohner der Südstaaten treffender als es je zuvor der Fall war, in die amerikanische Literatur eingeführt. Insbesondere seine Frauengestalten – Amanda Wingate und Laura in der „Glasmenagerie", Blanche in der „Endstation Sehnsucht", Serafina in „Die tätowierte Rose", Alexandra in „Süßer Vogel Jugend" und Maxine in „Die Nacht des Leguan" – sind unvergeßlich. Neben ihnen verblassen selbst seine großen Männerrollen, Kowalsky in „Endstation" und Big Daddy in der „Katze auf dem heißen Blechdach".

Zwei Themen beherrschten sein gesamtes Werk: die Sexualität und die Lügenhaftigkeit im Denken und Fühlen einer Gesellschaft. Williams ging es nicht um Liebes- oder Eheprobleme, die auch Autoren vor ihm als Vorwürfe dienten, sondern um die Sexualität als Schicksal, wobei es nicht ohne Interesse ist, daß er bewußt nie die Homosexualität als Problem in den Mittelpunkt eines seiner Stücke gestellt hat. Das Thema von der Lügenhaftigkeit hat seit Ibsen immer wieder fasziniert. Aber Williams hat uns auf seine Weise eindrucksvoll klargemacht, daß es unerschöpflich sei und immer wieder dargestellt werden müsse, bis für alle Zeiten feststeht, daß der Mensch nicht nur – wie es sein Namensvetter Tom in der „Glasmenagerie" ausdrückt – instinktiv „Jäger, Liebhaber und Kämpfer" ist, sondern auch der größte Lügner unter allen Lebewesen.

Obwohl Kritiker „Endstation Sehnsucht" als Williams' vollendetstes Drama priesen, hatte der Autor selbst die „Katze" für sein bestes gehalten. So schrieb er einmal: „Ich glaube, daß ich in meiner Karriere als Bühnenautor mit diesem Stück so weit gegangen bin, wie es mir jemals in der Beherrschung dieses Metiers gelingen wird." Um so tragischer war dann sein Fall aus den olympischen Höhen, mit dem Tennessee Williams selbst den wohlmeinendsten Beobachtern ein Rätsel aufgab, so unlösbar wie die Problematik seiner Stücke. Denn zumeist blieb seinen Protagonisten kein anderer Ausweg als Trunksucht, Hysterie, Wahnsinn und Perversion.

HENRY MARX

Der Sieg über die Selbstgerechtigkeit – Horvaths „Der Jüngste Tag" im Stuttgarter Schauspielhaus

Wenn sich der Mensch zum tödlichen Rätsel wird

Ödön von Horvath zielt in „Der Jüngste Tag" auf mehr als Entlarvung der Kleinbürger mittels ihrer pseudomoralischen Sprache. In diesem Stück entdeckt er in ganz einfachen Leuten die Fähigkeit, zu ihrem unverstellten Selbst zu finden. Allerdings ist die Bedingung des Zugangs zur Wahrheit das Verbrechen; nur den aus sich selbst Vertriebenen, denen keine Klischees mehr helfen, gehen die Augen auf. Sie wehren sich noch eine Weile mit Sprüchen wie: „Ich war immer ein pflichttreuer Beamter", aber das glauben sie selbst schon nicht mehr. Nur die unbelasteten oder ortsüblich schmuddeligen Selbstgerechten hangeln sich an gängigen Sprüchen weiter. Die Ausgeflippten aber erinnern an die Sünderin, von der Jesus sagte: „Sie hat viel geliebt, ihr wird viel verziehen."

Aber es ist kein religiöses, sondern nur ein sehr kompliziertes Stück. Daß der Mörder am Ende mit seinen toten Opfern spricht, ist kein Hinweis auf ein Jenseits, sondern ein Selbstgespräch mit dem eigenen Gewissen. Es gibt keine lossprechende Instanz, sondern nur eine Umkehr, zu der sich der Hellhörige entschließt. In der Abkehr von Selbstjustiz und Selbstgerechtigkeit besteht die Hoffnung auf Selbstfindung. Mit diesem offenen Schluß endet das bodenlose Stück. Um es zu akzeptieren, bedarf es einer bestimmten Disposition des Zuschauers.

In der Stuttgarter Inszenierung erleichtert Regisseur Günter Krämer das Verständnis durch einen Kunstgriff: Er läßt die Hauptfigur, die stolz leidet, ahnungslos Schlimmes und immer Schlimmeres anrichtet und am Ende zerbricht, nämlich den Stationsvorsteher Hudetz (Benno Iffland), unnatürlich verrenkt umhergehen; Gemüt und Selbstverständnis eben ausgerenkt. Die Verrenkung wird immer bizarrer, wird im Kulminationspunkt zu einem wilden Jubeltanz, und erst ganz am Ende fällt die Verzerrung von ihm ab.

Anfangs erfahren wir, daß er unglücklich verheiratet ist mit einer viel älteren, entsetzlich eifersüchtigen Frau und deshalb kaum noch das Haus verläßt, zum Zorn der Kleinstädter, die alles begriffen haben und diese Frau und ihren vornehmen Bruder, einen Drogisten (Waldemar Schütz), mit wütendem Haß begeifern.

Die Katastrophenkette wird ausgelöst durch die junge Wirtstochter Anna (Elke Lang), die ihren Verlobten zum Zug bringt und dann den Hudetz stellt; sie weiß, daß er in sie verliebt ist, und sie ist es auch, und er weiß das. Sie macht ihm eine Szene, und darüber vergißt er, ein Signal zu stellen. Die Folge ist ein Unglück mit Toten. Anna rettet ihn durch einen Meineid, obwohl seine Frau (Hertha Martin) gegen beide aussagt.

Anna aber findet keine Ruhe mehr, sie gehört jetzt zu ihm, und auch er weiß das, sie sind aneinandergekettet. In der Dunkelheit unter einem Viadukt legt er sich zu ihr. Am anderen Tag wird Annas Mörder gesucht. Hudetz taucht auf der Flucht in der Wohnung seines Schwagers auf, wo er auch seine Frau wiedersieht. Er weiß, daß er Anna umgebracht hat, aber er begreift nicht, wie und wieso. Er hat sich doch mit ihr „verlobt". Seine Frau hat endlich begriffen, daß sie mitschuldig ist an allem, und Hudetz verzichtet auf Zivilkleidung für die weitere Flucht und geht plötzlich in voller Uniform hinaus in die Nacht und zum Bahndamm, zur Selbstjustiz. Den Schluß kennen wir schon, er stellt sich.

Hudetz ist sich selbst ein Rätsel. Wenn er wüßte, wie er sie umgebracht hat, dann „würd' ich mich kennen". Einfache Leute mit Worten wie von Kleist. Jeder Mensch kann sich zum Rätsel werden durch eine vernichtende absolute Tat.

Eine Stuttgarter Leistung aus einem Guß! Großer Beifall, besonders für den einzigen Klarsichtigen, den Drogisten, Waldemar Schütz.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Der Maler Balthus

Vor der Tapete die Nackten

Rilke hat ihn gelobt. Er war von dem „seltsam gegen den Osten zu orientierten Knaben" angetan. Der malende Knabe Baltusz Klossowski de Rola zählte damals vierzehn Jahre. Durch seine Mutter, die sich als Malerin Baladine nannte, war die Begegnung mit dem berühmten Dichter zustandegekommen.

Der Maler, der später nur mit Balthus signierte, wurde am 29. Februar 1908 geboren. Er wuchs in den sich verschränkenden Kulturkreisen beiderseits des Rheins auf. Später lebte er lange in der Schweiz. Von 1961 bis 1976 war er Direktor der Villa Medici in Rom. Seine erste Einzelausstellung hatte er 1934 in Paris. Seitdem gab es immer irgendwo einmal Bilder von ihm zu sehen. Bei der Biennale von Venedig 1980 wurde ihm sogar eine Retrospektive eingerichtet. Trotzdem ist dieser Maler bis heute ein Unbekannter geblieben.

Er selbst liebt die Auflösung seiner Biographie ins Nichts. Als er für eine Ausstellung in der Londoner Tate Gallery 1968 um genaue Einzelheiten gebeten wurde, schickte er ein Telegramm: „Keine biographischen Details! Anfang: Balthus ist ein Maler, über den nichts bekannt ist. Wenden wir uns jetzt seinen Bildern zu. Grüße B." Mit diesem kargen Text zur Person begnügt sich auch das erste deutsche Buch, das jetzt zum 75. Geburtstag bei Schirmer/Mosel in München erschien: „Balthus" von Stanislas Klossowski de Rola, dem Sohn (120 S., 80 Abb., 78 Mark).

Seine Bilder trugen Balthus einen zwiespältigen Ruhm ein. Vor allem seine Mädchenbilder erregten heftige Diskussionen, jene Akte in seltsam entspannt-verkrampften Haltungen, die so oft den Kopf über eine Stuhl- oder Sofalehne nach hinten hängen, ein Bein ausgestreckt, das andere angewinkelt.



Geniale Charakterisierung: „Joan Miró mit seiner Tochter" von Balthus (1937/38) FOTO: SCHIRMER/MOSEL

Das Interieur auf diesen Bildern ist stets äußerst karg, so daß das Inkarnat der Körper sich scharf von den Tapeten oder den orientalischen Bezügen der Polsterung abhebt. Selbst wenn die Figuren bekleidet sind und in kindlich verqueren Haltungen auf dem Boden Bücher lesen, haben sie noch eine erotische Ausstrahlung, die aufreizend mit der Unschuld spielt.

Zugleich läßt Balthus den Betrachter stets darüber im unklaren, ob die flächige Vereinfachung der Körper, ob ihre seltsam steifen Haltungen aus Stilwillen oder malerischer Unzulänglichkeit erwachsen. Andererseits gibt es Porträts von Joan Miró oder André Derain, die mit ihrer Charakterisierungskunst überraschen. Auch darf man die Landschaften nicht vergessen. Auf einer dieser Landschaften kann man auch den Künstler selbst entdecken, so wie er offenbar gesehen werden will: als winzig kleine Rückenfigur ganz weit im Hintergrund.

PETER DITTMAR

Michel de Montaigne, der Kopernikus der Seelen

Ein Knabe von zwei Jahren war Michel Eyquem de Montaigne, als Kopernikus im hohen Alter sein Buch „De revolutionibus orbium coelestium libri IV" veröffentlichte und damit dem Denken der gebildeten Menschen seines Jahrhunderts eine neue Welt entdeckte, in der sich der Mensch auf einen um die Sonne rotierenden Planeten versetzt fand.

Montaigne, der am 28. Februar 1533 geborene Sohn eines Kaufmanns in der Nähe von Bordeaux, besuchte damals das berühmte Collège de Guyenne, wo er – nachdem sein Vater ihm zuvor schon im Alter von zwei Jahren einen Lehrer gab, der ausschließlich Latein mit ihm sprach – eine humanistische Erziehung genoß. Sicher erfuhr er damals auch von den Entdeckungen seiner Zeit. Mit siebzehn begann er in Bordeaux zunächst Philosophie, dann Jura zu studieren. Er wird dann Ratsherr in seiner Heimatstadt. Mit 39 zieht er sich auf das vom Vater geerbte Landgut zurück, um sein Leben in Muße zu verbringen.

Doch nicht der alles verändernden Wissenschaft seiner Zeit widmet sich der Philosoph Montaigne. Die Bewegung der Planeten und die Naturphilosophie interessieren ihn nicht. Er schreibt über sich selbst, über dies und jenes, was ihn gerade beschäftigt. „So wie meine Einfälle hervortreten, so stelle ich sie in die Reihe. Zuweilen kommen sie haufenweise durcheinander, dann wieder in dünnen Gliedern. Mein Wille ist, daß man meinen natürlichen gewöhnlichen Schritt sehen solle, so wenig entschlossen er auch sein mag. Ich schlendere fort, wo ich mich eben gerade finde ..." Er schrieb so sein einziges Buch, die „Essays". 1580 veröffentlichte er sie. Es waren die ersten Essays der Literaturgeschichte.

So ganz ohne Vorsatz ist freilich Montaignes literarisches Schlendern nicht. Scheint er doch geradezu besessen von dem Ziel, minutiös und dabei elegant, scharfsinnig und vorurteilslos seine eigene Person zu beobachten und zu beschreiben – nicht weniger genau als Kopernikus die Grade der Planetenbewegung am nächtlichen Himmel maß. „So suche ich nach keiner anderen Wissenschaft als der, welche von der Kenntnis meiner selbst handelt und mich lehrt gut leben und gut sterben." Über sich selbst schreibt er, weil er sein Leben „so ungeschlacht und mager gefunden habe, daß darin kein Argwohn von Prahlerei stattfinden kann". „Ich lege ein niedriges, glanzloses Leben vor", konstatiert er.

Mit diesem „gewöhnlichen Leben" weiß Montaigne seine Leser freilich prächtig zu unterhalten. So vertraut er ihnen an, daß er kein Bier trinken mag, daß ihm mit den Jahren seine Nieren schmerzen und daß ihm langsam beginnen, die Zähne auszufallen. Er erzählt, was er über die Indianer weiß und denkt. „Sie stehen auf dem glücklichen Punkt, wo sie nichts weiter begehren, als was die Natur unumgänglich fordert; alles was darüber hinausgeht, halten sie für unnütz."

Doch auch solche Betrachtungen sind kaleidoskophafte Aspekte seiner Person, eines Ichs, das nicht einmal ein exemplarisches sein kann, insofern es überhaupt kein Ich, das auch nur immer dasselbe ist, gibt. Montaigne schreibt über sich selbst, weil nicht einmal er selbst sich eine endgültig zu definierende Person ist. „Ich kann meinen Gegenstand nicht zum Feststehen bringen, er wankt und schwankt wie von einem natürlichen Rauschen. In diesem Punkte nehme ich ihn, wie er ist, während der Augenblicke, da ich mir einen Zeitvertreib mit demselben mache. Ich male nicht das Wesen, ich male einen Übergang: nicht einen Übergang von einem Alter zum anderen ..., sondern von Tag zu Tag, von Minute zu Minute."

Mittels einer so unprätenziösen Selbstbetrachtung machte er nun freilich eine ebenso welterschütternde Entdeckung wie Kopernikus: Nicht nur befand sich der Mensch nicht mehr im Zentrum der Welt, der Mensch selbst hatte in sich kein Zentrum mehr. Er war nicht mehr wie selbstverständlich immer dieselbe Person, die sich mit einiger Regelmäßigkeit, aufgrund bestimmter Eigenschaften in bestimmten Situationen je gleich verhält. „Das beste nach meiner Meinung wäre, man führte sie (die Handlung) auf die nächst gelegenen Umstände zurück ..." Und an anderer Stelle: „Ich gebe meiner Seele bald dieses Gesicht, bald ein anderes, je nachdem die Seite beschaffen ist, wohin ich mich kehre."



Wurde heute vor 450 Jahren geboren: Michel de Montaigne FOTO: ULLSTEIN

Daß Montaigne seine Entdeckung nicht in der Form einer philosophischen Systematik entwickelte, sondern als Beobachtung und Beschreibung, ja, als lockere Erzählung, wies ihn mehr als alles andere als einen Zeitgenossen des Kopernikus aus, als einen typischen Repräsentanten des 16. Jahrhunderts. Erkenntnis beschränkte sich von nun an darin, Beschreibung zu sein.

Montaigne blieb dabei freilich nicht stehen, denn um die Moral war es ihm zu tun. Was kann tugendhaftes Handeln bedeuten? Nicht, das eine zu wollen oder das andere nicht zu wollen oder zu tun; sondern überhaupt erst eine Einheit der Person in der Zeit zu bilden. So lautete Montaignes Forderung. „Um eine Regel unseres Lebens aufzustellen, so heißt sie: Immer einerlei wollen und einerlei nicht wollen. Ich acht' es nicht der Mühe wert hinzuzusetzen: der Wille müsse gerecht sein; denn, ist er es nicht, so kann er unmöglich durchaus beständig sein." Tugendhaftes Leben hat also das Ziel, die erschütterte Einheit der Person wieder und im Grunde erst wirklich zu schaffen.

War es dieses, was Montaigne bewog, am Ende doch noch öffentlich tätig zu werden? Für drei Jahre wurde er Bürgermeister von Bordeaux, zur Zeit der Ausschreitungen gegen die Protestanten verstrickte er sich sogar in politische Händel, wurde Berater Heinrich IV. 1592 holte ihn der Tod. Seine „Essays" sind aber noch heute lebendig.

SIMONE GUSKI

JOURNAL

Umsatzsteuer für Theaterkarten geplant

dpa. **New York**

Die Broadway-Theater in New York befürchten einen weiteren Besucherschwund, wenn die Pläne der Stadt und des Staates verwirklicht werden, die Theaterkarten mit einer Umsatzsteuer zu belasten. Edward Koch, der Bürgermeister von New York, schlug eine dreiprozentige Steuer vor. Mario Cuomo, Gouverneur des Staates New York, sprach sich sogar für einen Steuersatz von 8,25 Prozent aus. Eine solche fünfprozentige Umsatzsteuer gab es bereits früher einmal. Sie wurde jedoch 1961 abgeschafft.

„Cesar" für Edwards, Wajda und Swaim

AFP. **Paris**

Die französische Akademie für Künste und Kinotechnik hat die „Cesars" für 1983 vergeben. Als bester ausländischer Film wurde „Victor Victoria" von Blake Edwards prämiert. Den „Cesar" für Regie erhielt der Pole Andrzej Wajda für seinen „Danton". Als beste französische Schauspieler des Jahres wurden Philippe Leotard und Nathalie Baye für ihre Rollen in „La Balance" von Bon Swaim ausgezeichnet. Das gleiche Werk erhielt außerdem den „Cesar" für den besten französischen Film.

Henkel-Stiftung besteht 25 Jahre

J. G. **Düsseldorf**

Gut 3,3 Millionen Mark hat die gemeinnützige Jost-Henkel-Stiftung in den 25 Jahren ihres Bestehens zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgegeben. Sie hat damit 687 Studenten – auch in industriefernen Gebieten – gefördert. Zum Jubiläum spendet die Stiftung 210 000 Mark an sieben Lehrstühle nordrhein-westfälischer Hochschulen, um die Folgen öffentlicher Sparmaßnahmen für die wissenschaftliche Lehre zu mildern.

Bilder von A. Danov in Benrath und Haan

DW. **Düsseldorf**

Gemälde von Alexander Danov sind bis zum 6. März in der Orangerie von Schloß Benrath in Düsseldorf zu sehen. Der 1941 im Kaukasus geborene Maler hat in Leningrad studiert und zeitweilig auch gelehrt. Seit 1978 lebt er in Düsseldorf. Aufsehen erregte er unlängst, als er gemeinsam mit Josef Kiblitsky dagegen protestierte, daß sie nicht zur Großen Düsseldorfer Kunstausstellung zugelassen wurden. Die beiden Künstler äußerten in diesem Zusammenhang den Verdacht, daß das aus Rücksicht auf die offiziellen sowjetischen Maler geschah, die als Gäste geladen waren. Anschließend wird die Danov-Ausstellung vom 7. bis 19. März in der Galerie Datscha in Haan zu sehen sein.

60 000 Sänger beim Chorfest in Hamburg

warn. **Hamburg**

Zum 18. Chorfest des Deutschen Sängerbundes, das vom 13. bis 19. Juni in Hamburg stattfindet, werden 60 000 Sänger erwartet, darunter auch Chöre aus Polen, Ungarn, Brasilien, Kanada, den USA, Japan und Australien. Zum erstenmal sind dem Chorfest eine Reihe von Jugendseminaren vorgeschaltet, die unter dem Motto „Wie und was musiziert die Jugend?" stehen. Ein Novum ist auch ein Interpretationsseminar für jüngere Dirigenten unter der Leitung von Helmut Rilling. Im Mittelpunkt der rund 150 Chorkonzerte stehen Brahms, Orff, Pepping und Distler.

THEATER-KALENDER

3. **Lüneburg**, Stadttheater; Kühn: Ein Tanz mit Mata Hari (U) (R: Kühn)
4. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Lange: Krankenzimmer Nr. 6 nach (U) (R: Tschechow) (U) (R: Lange)
   Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Fels: Lämmermann (U) (R: Waller)
5. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Stoppard: Nacht und Tag (DE) (R: Zanussi)
   Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Kleist: Der zerbrochene Krug (R: Wendt)
   Zürich, Schauspielhaus; Claudel: Mittagswende (R: Düggelin)
9. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Walser: In Goethes Hand (DE) (R: Eschberg u. Walser)
10. **Basel**, Komödie; Forte: Das Labyrinth der Träume (U) (R: Beyer)
    Hamburg, Ernst-Deutsch-Theater; Hochhuth: Ärztinnen (R: Hochhuth)
12. **Mannheim**, Nationaltheater; Strindberg; Die Stärkere (R: Falár)
    München, Kammerspiele; Feydeau: Ein Klotz am Bein (R: Dorn)
19. **Berlin**, Schiller-Theater; Genet: Der Balkon (R: Neuenfels)
    Frankfurt, Städt. Bühnen; Gorki: Wassa Schelesnowa (R: Dresen)
    Köln, Schauspiel; Bond: Sommer (R: Adler)
20. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Fo: Hohn der Angst (R: Rudolph)
26. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Hampton: Geschichten aus Hollywood (EE) (R: Palitzsch)
    Freiburg, Städt. Bühnen, und **Osnabrück**, Städt. Bühnen; Mennicken: Starker Hans (U) (R in Frbg.: Bitterli, in Osnbr.: Moniac)
27. **Karlsruhe**, Staatstheater; Lenz: Der Hofmeister (R: Ballhausen)

„Keine diplomatischen Gefälligkeiten“

Zimmermann: Rückhaltlose Ermittlung gegen Tabatabai

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat, nach dem Fall Tabatabai befragt, den Standpunkt vertreten, „diplomatische Immunität darf kein Schlupfloch für Rauschgifttäter sein“.

Tabatabai, von der iranischen Regierung als Sonderbotschafter bezeichnet, war bei der Einreise auf dem Flughafen in Düsseldorf mit 1,7 Kilogramm Roh-Opium im Handgepäck verhaftet worden. Zimmermann sagte, „hier muß ohne Ansehen von Person und Nationalität rückhaltlos ermittelt werden“. Das Thema Rauschgift sei, nicht zuletzt angesichts der Bilanz auf diesem Sektor der Kriminalität im vergangenen Jahr, zu ernst, „als daß ich hier irgendwelche diplomatischen Gefälligkeiten mitmachen und vor meiner inneren Überzeugung verantworten könnte“.

Die Zahl der Rauschgifttoten in der Bundesrepublik Deutschland betrug im vergangenen Jahr 383 – 23 Tote mehr als im Jahr zuvor. Erfreulichen Anzeichen einer Abkehr von sogenannten harten Drogen wie Heroin und Kokain stehe leider eine verstärkte Hinwendung der Konsumenten zu Haschisch und Marihuana gegenüber. Sichergestellt wurden 1982 im einzelnen: Drei Tonnen Cannabisprodukte, (zum Vergleich 1981: 6,7), 198,8 Kilogramm Heroin (1981: 96,7) und 23,1 Kilogramm Kokain (1981: 23,7). Für ganz Europa ist das Zahlenspiel noch bedrohlicher. 1982 wurden 64 Tonnen Cannabis ('81: 82), 937 Kilogramm Heroin ('81: 867) und 314 Kilo Kokain ('81: 262) beschlagnahmt.

Zur Zeit dominiere Heroin pakistanischer Herkunft auf der Rauschgiftszene, betonte Zimmermann. Aber auch der Marktanteil von Heroin aus Südostasien sei wieder im Steigen. Diese Entwicklung dürfte eine Folge der politischen Veränderungen im Nahen Osten und der durchgreifenden Maßnahmen der türkischen Regierung gegen den illegalen Drogenverkehr sein. Die Rauschgift-Schmuggelrouten hätten sich verlagert, ebenso würden immer neue Schmuggelmethoden erfunden.

Die Rauschgiftzahlen „zwingen zum Handeln“, sagte Zimmermann. Alle tragenden Kräfte der Parteien seien hierzu aufgefordert. Er wundere sich, von den anderen Parteien, insbesondere von den Grünen, zur Gefahr der Rauschgifte nichts zu hören. „Manchmal muß man sogar glauben, daß es in gewissen Kreisen noch schick ist, Drogen zu nehmen.“ Wem es mit der Bekämpfung der Umweltvergiftung ernst sei, der müsse sich auch um die Bekämpfung der Rauschgifte sorgen.

In sehr kritischem Ton äußerte sich Zimmermann auch in Richtung Justiz. Eine Schelte liege ihm zwar fern, meinte der Innenminister, „aber daß asylsuchende ausländische Rauschgifthändler nach der Verurteilung und verbüßter Strafhaft nicht – wie jetzt in Berlin geschehen – abgeschoben werden können, verhöhnt geradezu unsere Bemühungen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität“. Für einen solchen Urteilsspruch „habe ich überhaupt kein Verständnis“. Sollte er bestätigt werden, „muß der Deutsche Bundestag nach dem 6. März eindeutigere Gesetze beschließen“.

Die meist gut organisierten Täter, „die sich auf Kosten des Siechtums und des Sterbens von anderen jungen Menschen gnadenlos bereichern, verdienen nur eins: Schleunigst dem Richter vorgeführt zu werden, der dann hoffentlich die Strafrahmen voll ausschöpft“, sagte Zimmermann. Bei vielen Rauschgifthändlern sei das Wort von „Mördern auf Raten“ angebracht.

Nur „Aerobic“ rettet die Sportschau der Langeweile

PETER SCHMALZ, München

Die ISPO '83, die Internationale Münchner Sportartikelmesse, lief an mit einer Besetzung, die Autogrammjägern das Wasser im Mund zusammenlaufen ließ: Der Ertl Sepp kam, wenngleich in der Limousine des Bonner Ernährungsministers, so doch „nur“ in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Skiverbandes. Als solcher überreichte er einen Pokal an den Herrn Edson Arantes do Nascimento, genannt Pelé. Zwei andere Balltreter, die sich bisher leiden mochten wie Katz und Maus, setzten sich einträchtig nebeneinander: Bernd Schuster, der gerne in die Fußstapfen des Paul Breitner treten würde. Wenig später bog eine junge Dame namens Sydne Rome ihren schlanken Körper in der Weise, die Kenner als Gesundheitstanz erkannten, der unter dem Namen „Aerobic“ seit Wochen Deutschlands Frauen schöner und die Kassen der Sportgeschäfte voller machen soll.

Wobei wir schon mitten in der Problematik der ISPO '83 wären, der es in diesem ausklingenden Winter an Ideenreichtum mangelt. Wären da nicht noch rechtzeitig die im Rudel zu absolvierenden Dehn-, Streck- und Beugübungen à la „Aerobic“ aufs deutsche Fett angesetzt worden, müßte die ISPO diesmal ohne neue Welle in Kümmernis vor sich hindümpeln. Der große Push ist allerdings auch davon nicht zu erwarten, denn „Aerobic“ macht mehr die Aktivisten als die Bilanzen munter. Vier bis fünf der neuen hautengen Gymnastikanzüge samt Stirnband und Beinwärmer müssen schon über den Ladentisch gehen, ehe der Gegenwert eines einzigen Paars hochwertiger Skiers in der Kasse liegt.

Von „Aerobic“ profitiert ohnehin nur der deutsche Sporthandel. Die Sportartikelhersteller haben den raschen Einstieg ins neue Geschäft verpaßt. Ein Händler: „Wir mußten uns im Ausland eindecken. Die Deutschen haben geschlafen.“

In den klassischen Wintersportbereichen wie Alpin- und Langlaufski wirkt sich eine beim Konsumenten offenbar wie eine Seuche grassierende Erkenntnis fatal aus: Die Skifans halten die Hand auf der Geldbörse und fahren mit den alten Brettln ein Jahr länger. Große Anreize, blaue Scheine zu zücken, sind ohnehin kaum zu erkennen.

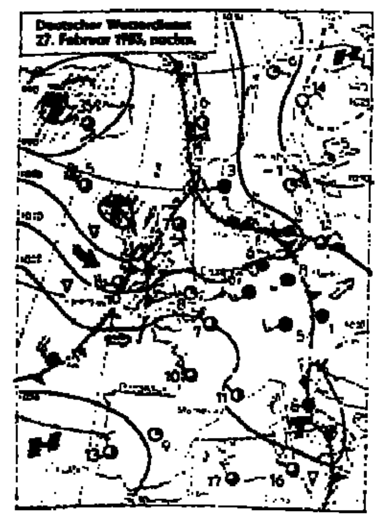
Die einzige Neuigkeit beim Abfahrtsski ist eine Verlustmeldung: Der Kompaktski, vor Jahren von der Branche noch als das Nonplusultra für den ungeübten Skifahrer gefeiert, ist aus dem Angebot verschwunden. Auch der sogenannte L-Ski, der Anfänger- oder Lernski, zeigt Abstiegtendenz. Obwohl für rund zehn Prozent der Skifahrer das ideale Modell, wie Insider berichten, läßt er sich kaum noch verkaufen. Der weniger Sportliche mag seinen Mangel offensichtlich nicht schon durch seinen Ski der Umgebung vorführen.

Auch bei den Bindungen ist die einzige tatsächliche Neuerung, die elektronische Bindung, noch immer nicht serienreif, obwohl sie schon vor Jahren ihre ISPO-Premiere feierte. Abschiedsmeldung auch bei den Schuhen: Der extrem hohe Skischuh ist verschwunden. Die Ärzte-Warnungen vor schweren Knieverletzungen haben gewirkt. Dafür wird der Einstieg immer simpler: Bei einem Modell muß man sich nicht einmal mehr bücken, bei anderen steigt man von hinten ein und braucht nur eine Schnalle zu schließen. Beim Langlauf bleibt die Masse bei den wachslosen Schuppenbelägen, während die Industrie das alte Wachsen als neuen Hit verkaufen will.

Insgesamt hat die Branche dennoch keinen Grund zur Klage. Nach einer jetzt veröffentlichten Studie des „Instituts für Freizeitwirtschaft“ (München) betreibt jeder dritte Bundesbürger Sport. Dafür wurden 1981 mehr als 18 Milliarden Mark aufgewendet. Der Sport schluckt somit zwölf Prozent der gesamten Freizeitausgaben von 160 Milliarden Mark. Nach einer Prognose sollen sie bis 1990 sogar auf 208 Milliarden Mark ansteigen.

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: Ein Tief zieht von der Nordsee südostwärts. Seine Fronten überqueren Deutschland und führen auf ihrer Rückseite wieder etwas kühlere Meeresluft heran.



Vorhersage für Montag:
Im Bundesgebiet und Berlin stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen, der im Süden und Westen auch länger andauert. Tageshöchsttemperaturen 5 bis 10 Grad. Tiefsttemperaturen nachts um 3 Grad. Mäßiger, zeitweise auffrischender Wind.

Weitere Aussichten:
Im Süden noch Regen, sonst Wetterberuhigung, leichter Temperaturrückgang.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	14°
Bonn	10°	Kopenh.	1°
Dresden	4°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	8°
Frankfurt	7°	Madrid	9°
Hamburg	6°	Mailand	1°
List/Sylt	3°	Mallorca	16°
München	–3°	Moskau	–8°
Stuttgart	7°	Nizza	11°
Algier	17°	Oslo	1°
Amsterdam	6°	Paris	7°
Athen	10°	Prag	4°
Barcelona	10°	Rom	8°
Brüssel	6°	Stockholm	–1°
Budapest	5°	Tel Aviv	9°
Bukarest	8°	Tunis	16°
Helsinki	–5°	Wien	1°
Istanbul	5°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 7.09 Uhr, Untergang: 18.01 Uhr. **Mondaufgang:** 20.50 Uhr, Untergang 8.29 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Es dauerte nur 12 Sekunden, auch wenn es den Menschen vorkam wie eine halbe Ewigkeit. Heute vor 23 Jahren, in der Nacht vom 29. Februar zum 1. März, legte eines der schwersten Erdbeben dieses Jahrhunderts die marokkanische Küstenstadt Agadir in Schutt und Asche. Was die Reporter damals nach Hause kabelten, wurde zur Schlagzeile in der gesamten Weltpresse: „Agadir ist tot.“ Heute ist die Stadt ein modernes Touristenzentrum mit ungeheurem Expansionsdrang. Doch unter einer dünnen Decke lärmender Geschäftigkeit lauern immer noch die dunklen Schatten der Erinnerung an jene grauenhafte Nacht.

Der Schock des Bebens ist in Agadir nicht verwunden

Ein Betongebäude im europäischen Teil der Stadt – zwei kurze Stöße und es existierte nicht mehr. FOTO: KEYSTONE

Von ULRICH BIEGER

Die Katastrophe hatte ihre Vorboten. Der Hausmeister Ben Mohamed weiß es heute, damals schenkte er ihnen keine Beachtung: „Wochen vor dem Beben hatten sich Tausende von Vögeln in der Stadt niedergelassen. Morgens und abends war die Luft erfüllt von einem nahezu ohrenbetäubenden Gekreisch. Zwei Tage bevor die Erde zu beben begann, waren sie alle weg.“

Seltsamer kam es dem heute 52jährigen da schon vor, daß einen Tag später auch sein Hund und seine Gazelle, die er im Garten seines Hauses hielt, verschwunden waren. „Einen Tag nach dem Beben waren beide wieder da. Aber da war es zu spät ...“ Ben Mohamed verlor Frau und Kind unter den Trümmern seines Hauses.

Kaum deutlicher hätte die letzte Warnung vor der Katastrophe sein können. „Ich arbeitete im Büro des Gouverneurs“, erinnert sich Irmgard Gräulich, die in Agadir mit einem Marokkaner verheiratet ist, „als es kurz vor Mittag plötzlich ein gewaltiges Krachen gab.“ Als sich dicke Risse in den Wänden zeigten, wollte sich die junge Frau nach draußen in Sicherheit bringen. Auf dem Gang begegnete ihr der Gouverneur und schickte sie zurück an ihre Arbeit: „Mittagspause ist erst um 12.“

Nur wenige Menschen in Agadir erinnerten sich an diesem Tage der alten Weisheit, daß sich ein Erdbeben nach zwölf Stunden wiederholen kann. Diejenigen, denen die Erinnerung kam, verließen die Stadt, besuchten Verwandte und retteten damit vielleicht ihr Leben.

Die meisten der damals rund 40 000 Einwohner Agadirs ließen sich jedoch von keinem der Vorboten beunruhigen. Nur die Tatsache, daß es in der Nacht des Bebens, wie in den Tagen zuvor, auch für marokkanische Verhältnisse unerträglich heiß war, trug vielleicht dazu bei, daß nicht noch mehr als die etwa 20 000 Opfer zu beklagen waren. Bruno Bingkowsky, heute Chef des Fremdenverkehrsverbandes in Agadir, wird es nie vergessen: „Schirga, der heiße Wüstenwind aus der Sahara, brachte schon seit Tagen Temperaturen von 45 Grad in die Stadt. Deswegen habe ich wie viele andere auch zu der späten Stunde noch draußen gesessen.“

Was dann um 1.45 Uhr geschah, beschreiben die, die es erlebten, mit einem an sich abgegriffenen Bild, das aber in jener Nacht makabre Präzision erreichte: „Die Gebäude stürzten ein wie Kartenhäuser.“ Kaum ein Stein blieb auf dem anderen. Auch die meisten der modernen Gebäude, damals schon existierende Luxus-Hotels, hielten der Urgewalt nicht stand. So kamen auch mehr als 2000 Europäer, darunter mehrere deutsche Touristen, ums Leben. Unvergleichlich schlimmer aber wütete das Beben in den elenden Lehmhütten der Kasbah. Hier wurden allein mehr als 10 000 Menschen unter den Trümmern begraben.

Das Ausmaß der Zerstörung ließ damals nicht nur die in Scharen eingeflogenen Berichterstatter resignieren. Auch die marokkanische Regierung erwog noch Tage nach dem Beben, die Reste von Agadir durch eine Napalmbombardierung vollends auszulöschen und die Stadt an einer anderen Stelle neu aufzubauen: Doch König Mohammed V. bat damals die Bundesregierung in Bonn um die Entsendung eines Expertenteams zur Bestandsaufnahme. Und so ist es letztlich auch deutschen Fachleuten mitzuverdanken, daß Agadir lebt. Kurioserweise waren ausgerechnet große Teile des Industrieviertels stehengeblieben. Ebenso waren die Hafenanlagen, mit Ausnahme der Ladekräne, nahezu unbeschädigt. Damit war neben dem Tourismus das wichtigste wirtschaftliche Standbein der Stadt erhalten geblieben.

Inzwischen ist Agadir aus dem wirtschaftlichen Gefüge Marokkos nicht wegzudenken. Die 1,3 Millionen Touristen, die der nordafrikanische Staat jährlich beherbergt, kommen fast ausnahmslos über die Stadt am Atlantik mit dem sagenhaft schönen und ebenso langen weißen Sandstränden. Die Stadt selber bietet zur Zeit 15 000 Betten, will aber, so Bruno Bingkowsky, bis 1987 die Kapazität verdoppeln. Agadir hat den größten Fischereihafen der afrikanischen Westküste und ist Hauptumschlagplatz für die riesigen Obst- und Gemüseernten im Souss-Gebiet.

Der florierende Handel aber brachte nicht den völligen Wandel. Noch heute begegnet einem auf



Großzügig und übersichtlich wurde Agadir wieder aufgebaut – dafür verlor es ohne Kasbah und Suks seine Atmosphäre. FOTO: MOURAD KUSSEROW

Schritt und Tritt die schrecklichste Nacht jener Stadt, deren Zitadelle schon im Jahre 1540 von Sultan Moulay Mohammed als Bastion gegen die nahenden Portugiesen gegründet wurde. Die Kasbah liegt heute noch malerisch auf dem Berg über Agadir. Von ihr blieb jedoch nur die brüchige Außenmauer. Die rote Mauer umringt nichts mehr – das Innere der Kasbah wurde nach dem Erdbeben von Bulldozern planiert, weil nicht alle Toten geborgen werden konnten. Sie gilt heute als Friedhof.

Von hier oben hat man auch den besten Blick auf die Stadt. Deutlich ist der Graben zu sehen, den das Beben gerissen hat. Auch die Medina, die Altstadt, ist heute ein freies Feld. Experten erkannten sie als Epizentrum des Bebens. Sie darf nicht mehr bebaut werden. Geplant ist hier ein Botanischer Garten und ein Campingplatz.

Nach der Entscheidung, die Stadt am gleichen Platz wieder aufzubauen, muß Agadir ein Schlaraffenland für Städteplaner gewesen sein. Sie konnten praktisch bei Null beginnen. Und sie machten weidlich davon Gebrauch. So ist der Grundriß heute, abgesehen von leeren und öden Plätzen, die immer noch an das Beben erinnern, fast geometrisch. Alle vom Gesetz auf neun Stockwerke gestutzten Gebäude, so versichert ein Sprecher der Stadtverwaltung, sind erdbebensicher – sie würden auch ein noch stärkeres Beben als das von 1960 überstehen: eine Orgie in weißgetünchtem Beton. Dafür verlor Agadir seine Atmosphäre. Ohne Kasbah, ohne Suks fehlen die malerischen Ecken, die der von Benidorm oder Torremolinos übersättigte Tourist sich von Afrika erhofft. Dafür findet er eine nahezu symmetriehafte Übersichtlichkeit: Es gibt eine Bankenzeile, eine Hotelzeile, eine Ämterzeile ...

Und es gibt immer wieder die Erinnerung: Kaum ein Barkeeper, ein Bademeister, Strandverkäufer oder Fremdenführer, der nicht Freunde oder Verwandte bei der Katastrophe verloren hat. Und so landen viele Gespräche immer wieder bei den schrecklichen Szenen an jenem ersten März ...

LEUTE HEUTE

Yard-Opfer klagt

„Als erstes ein schönes, großes, kühles Bier“, wünschte sich **Steven Waldorf**. Der 26jährige Londoner Videofilmer, der vor gut sechs Wochen von Scotland-Yard-Fahndern versehentlich angeschossen und lebensgefährlich verletzt worden war, konnte jetzt das Krankenhaus verlassen. Nach Genuß des langersehnten Biers führte Waldorfs nächster Weg in die Kanzlei von Rechtsanwalt **Arwyn G. Hopkins**: Er beabsichtigt, die Polizei auf Schmerzensgeld zu verklagen.

Schwer erkrankt

Der Schauspieler und Schriftsteller **David Niven** ist schwer erkrankt. In der Nacht zum Sonnabend mußte der 73jährige in besorgniserregendem Zustand in die „Wellington“-Privatklinik (Westlondoner Ortsteil St. John's Wood) eingeliefert werden. Niven – der in mehr als hundert Filmen mitgewirkt hat – klagte über zunehmende Schwächezustände. Inzwischen diagnostizierten die Ärzte einen schleichenden Muskelverfall, der dem Star das Sprechen und das Laufen immer schwerer macht.

Gestörte Nachtruhe

„Oh, wirklich?“ reagierte der 83jährige **James Cagney** auf die dringende Aufforderung seiner Sekretärin, schnell aus dem Bett zu steigen und seinen Landsitz zu verlassen, weil ein Feuer im Haus ausgebrochen sei. „Er dachte, ich mache Witze“, erklärte **Marge Zimmerman** die gelassene Reaktion des Filmstars. „Der Rauch war schon im Eßzimmer“, als Cagney und seine Frau endlich das millionenschwere Anwesen verließen. Cagney hatte sich als finsterer Typ in Gangsterfilmen der 30er und 40er Jahre einen Namen gemacht.

Für Amerikaner endet der Korea-Krieg

Die US-TV-Serie „Mash“ gibt nach elf Jahren freiwillig auf, ehe „ihr die Ideen ausgehen“

GITTA BAUER, New York

„Ich bin erleichtert, daß der Friede endlich bevorsteht.“ Das telegrafierte Henry Kissinger an jenes Team von Darstellern, Produzenten und Skriptschreibern, das elf Jahre lang ein Millionenpublikum am Bildschirm mit Geschichten aus einem Armee-Lazarett im Korea-Krieg unterhalten hat. Obwohl die Serie „Mash“ nach wie vor an dritter Stelle der Beliebtheit steht, haben ihre Schöpfer beschlossen, sie zu beenden, ehe ihnen Gedanken und Humor ausgehen, oder wie Hauptdarsteller Alan Alda sagte, „wir sie trockengemolken haben“.

Die reguläre Zuschauergemeinde von 32 Millionen Amerikanern, zu denen drei US-Präsidenten, Ronald Reagan, Jimmy Carter und Gerald Ford gehören, wird heute mit der zweieinhalbstündigen Abschiedsepisode auf eine ungeahnte Rekordzahl anschwellen. CBS, die Fernsehgesellschaft, der der große Wurf mit dieser Kriegsserie gelang, verlangt 900 000 Dollar für die Werbeminute. Tränen werden fließen, wenn der Waffenstillstand verkündet wird und das Team von Chirurgen, Krankenschwestern, Offizieren und Soldaten in alle Winde auseinanderfliegt. Der einzige Trost der Mash-treuen Zuschauer: Jetzt beginnt die Syndizierung an andere Fernsehstationen; viele der 250 Episoden werden auf anderen Kanälen wiederkehren.

Der einzigartige Erfolg der Serie beruht auf einer selten glücklichen Kombination von kreativen und miteinander harmonierenden Persönlichkeiten, einem interessanten Schauplatz – die meisten Szenen spielen im Operationssaal des Lazaretts – und jenem quicken Witz, der sich in sogenannten „one liner“ ausdrückt, einer Pointe in einem Satz. Daß der Hintergrund, der Krieg, ungemein ernst ist, daß es um verwundete Soldaten geht, um junge, zur Armee eingezogene Ärzte, die die Wunden des Krieges zu heilen haben, erhöhte die Serie zu einem im amerikanischen Fernsehen sonst fast nur aus England importierten Gut: der gehobenen Unterhaltung.

Das Nachrichtenmagazin „Newsweek“, die Fernsehzeitschrift „TV Guide“ widmeten dem Hinscheiden der Serie, der Auflösung des „Mobile Army Surgical Hospital 4077“, Titelgeschichten. „Life“ brachte eine vielseitige Fotostory. Sie alle bekundeten einen Konsensus von seltener Einmütigkeit über die Qualität der Fernsehserie.

Dieser Konsensus ist deswegen durchaus nicht selbstverständlich, weil das ursprüngliche Konzept noch stark von der Anti-Vietnam-Krieg-Welle beeinflußt war. Auch jetzt noch ist kaum einer dieser „zweckentfremdeten Zivilisten“ ein Freund des Kriegshandwerks. Der Kommandeur von Mash 4077, ein alter Berufsoffizier, hat es längst aufgegeben, die in den Heeresdienstvorschriften verordnete Disziplin aufrechtzuerhalten. Er toleriert sogar milde die Narreteien eines Gefreiten, der – um nach Haus zu kommen – den verrückten Transvestiten spielt. „Klinger“, sagt der Regimentspsychiater, „vor Ihnen sind noch 17 in Kleidern. Und manche haben wirklich Chic.“

Aber alle diese munteren Vögel eint eins: das Gespür für wirkliches Heldentum. Da ist der Hubschrauberpilot, der seinen verwundeten Kameraden durch das Gelände schleppt, weil seine Maschine heißgelaufen ist. Da sind Verwundete in solchen Mengen zu operieren, daß die Mash-Chirurgen Tag und Nacht auf den Beinen sind. Am Ende können sie nur auf die Pritsche sinken und nicht einmal dem selbstdestillierten Martini zusprechen. Und als einer der Ärzte versagte, weil er in der Nacht zuvor zuviel gezecht hat, erntet er die Mißbilligung der ganzen Mannschaft. „Sie waren immer mein Vorbild“, sagt der jüngste Gefreite. „Sie dürfen sich keine Schwäche leisten.“

So gab es auch von konservativer Seite kaum Kritik an der erfolgreichen Serie. Amrika erkannte sich in ihr wieder, vom liberalen Intellektuellen, der das Feuerwerk schwarzen Humors genoß, bis zum Vietnam-Veteranen, der sich von seinem Vaterland verkannt fühlte. Dem Autor des Buches allerdings, das Film und Fernsehserie vorausging, Richard Hornberger, 59, einem konservativen Republikaner, sind die Krieger im grünen Chirurgenkittel gelegentlich „zu liberal“. Er fühlte sich mehr zu Haus in dem Film mit Donald Sutherland und Elliott Gould.

Hornbergers Manuskript wurde von 17 Verlagen abgelehnt, ehe William Morrow es druckte. Das Filmdrehbuch Ring Lardners fand keine Gnade bei 15 Regisseuren, ehe Robert Altman daraus einen 40-Millionen-Dollar-Erfolg mit fünf Oskars machte. Die ersten Folgen der Fernsehserie standen am Ende der Saison an 46. Stelle. Jetzt hält „Mash“ vierzehn Emmys. Über die letzte Episode dürfte ein Regen von Auszeichnungen niedergehen. (SAD)

Zinsunterschiede bis 236 Prozent beim Autokauf

Erdbeben in Tokio

Blutbad in Fürth

Zehn Menschen verschü[...]

Trauung in luftiger Höhe

102mal in „ET“

110-Meter-Sturz überlebt

Geisterfahrer getötet

Giftopfern geht es besser

Wal tötet Touristen

ZU GUTER LETZT